

Heinrich Blobner
Dieter Knötzsch

„Auf Weisung des Ministers ...“
Die Berichterstattung der
Martin-Luther-Universität Halle zur
politisch-ideologischen Situation 1959–1989

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

	INHALT
1. Einleitung	2
2. Die Akten	3
3. Institutionen und Berichtswege	6
4. Die Inhalte	10
4.1. Überblick	10
4.2. Ausgewählte Beispiele	22
4.2.1. Marxismus-Leninismus. Politisch-ideologisches Bewusstsein und Erziehung der Studenten	22
4.2.2. Polen und die sozialistischen Bruderländer	34
4.2.3. Die Ablösung Ulbrichts als Erster Sekretär	48
4.2.4. Der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR (1972)	55
4.2.5. Perestrojka und Glasnost	60
4.2.6. Umweltschutz/Ökologie	67
4.2.7. Antisemitismus	69
5. Zusammenfassung	71
Aktenübersicht	82
Dokumentation	85
Abkürzungsverzeichnis	153

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter des Universitätsarchivs der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und des Bundearchivs, Außenstelle Berlin.

Hinweis: Die *kursiv* dargestellten Textstellen sind Abschriften. Sie wurden in alter Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden stammen, wurden orthografische und grammatistische Fehler nicht korrigiert.

1. Einleitung

Am 2. September 1955 hatte der Staatssekretär für Hochschulwesen, Prof. Dr. Harig, die bei ihm versammelten Prorektoren für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium aufgefordert, künftig am Monatsende einen kurzen Bericht über die politische Stimmung an ihren Universitäten oder Hochschulen zu geben. Er sollte *die wichtigste politische Argumentation der Wissenschaftler und Studenten an der politischen Entwicklung, zu Beschlüssen von Partei und Regierung, zur Hochschulpolitik, zur Republikflucht und anderen Fragen enthalten. Auf keinen Fall darf die Mitteilung den Charakter eines Rechenschaftsberichtes haben. Auch Form und Stil sind nicht entscheidend. Entscheidend ist die schnelle Information über die wirkliche politische Stimmung an unseren Hochschulen, die die Regierung befähigen soll, richtig und schnell zu reagieren.*¹

Zwei Wochen nach diesem Treffen wiederholte der Abteilungsleiter des Staatssekretärs diese Aufforderung schriftlich und nannte sogleich den Termin für den ersten Bericht: 2. Oktober 1955. Es war der Regierung ernst mit den Berichten über die politische Stimmung der Studenten und Wissenschaftler.

Die Hochschulen der DDR sind dieser Aufforderung über mehr als drei Jahrzehnte gefolgt, bis in den Oktober 1989, und haben regelmäßig über politische Diskussionen und Stimmungen berichtet, bald auch über „Besondere Vorkommnisse“, vom Ausfall der Heizung bis zur Republikflucht, vom Unfalltod einer Studentin bis zur Auflösung einer Beatband und „gegnerischen Aktivitäten“.

Wir wollen auf der Grundlage der Akten des Universitätsarchivs in Halle und des Bundesarchivs in Berlin den folgenden Fragen nachgehen:

- Welche Motive und Erwartungen hatte das Staatssekretariat bzw. das spätere Ministerium für Hochschulwesen an diese monatlichen Berichte und wie hat sie diese zum Ausdruck gebracht?
- Wie sind die Hochschulen, hier die Martin-Luther-Universität in Halle (MLU), der Aufforderung nachgekommen, wie wurden die Berichte zusammengestellt, welche Personen und Institutionen waren daran beteiligt, in welcher Form und in welchem Umfang wurde berichtet?
- Worüber berichteten die Informationsbeauftragten der Martin-Luther-Universität, welche Themen und Schwerpunkte hatten ihre Berichte,

¹ Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen an die Prorektoren für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium vom 19.9.1955, zitiert nach K. Wockenfuß, Streng vertraulich, Rostock 1995, S. 227

worüber berichteten sie nicht? – Dieses wird der Hauptteil der Untersuchung sein.

- Wie gingen Staatssekretariat bzw. Ministerium mit den Berichten um und wie informiert waren sie, konnten sie sein, über die politische Stimmung an den Hochschulen, hier der Martin-Luther-Universität?

Da in dem vorgegebenen Rahmen dieser Reihe eine vollständige Darstellung der Inhalte der Berichte nicht möglich ist, geben wir zunächst einen zusammenfassenden Überblick über die Kategorien und Schwerpunkte der Berichtsinhalte und stellen dann an ausgewählten Beispielen aus verschiedenen Bereichen exemplarisch dar, wie das Ministerium über politische Diskussionen, Meinungen und Stimmungen informiert wurde.

In einem Anhang haben wir Dokumente zusammengestellt, die inhaltlich interessant und für die Berichterstattung charakteristisch sind.

2. Die Akten

Das Universitäts-Archiv in Halle (UAH) verfügt seit dem Frühjahr 1990 über die archivierten Informationsberichte des Informationsbeauftragten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie sind jedoch bei weitem nicht vollständig.

Es fehlen vor allem Berichte aus der Zeit vor 1968, während die folgenden Jahre bis 1989 in wechselnder Dichte abgedeckt sind.

Auch beim Adressaten, dem früheren Staatssekretariat und späteren Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen wurden die Hallenser Berichte – wie die der anderen „nachgeordneten Universitäten, Hoch- und Fachschulen“² der DDR – grundsätzlich aufbewahrt und archiviert.

Die vorhandenen Bestände befinden sich heute in der Außenstelle Berlin des Bundesarchivs (BArch.). Sie reichen zwar zeitlich etwas weiter zurück als die in Halle, brechen aber 1975 ab. Über den Verbleib der danach eingegangenen Berichte gibt es keine Angaben.³

Die Berliner Akten setzen Anfang 1960 ein, der Berichtszeitraum beginnt dementsprechend Ende des Jahres 1959. Aber auch diese Akten enthalten noch nicht die gesuchten Informations-Berichte (IB), sondern eine Viel-

² so die Bezeichnung der Akte BArch, DR 3-B 915 a

³ Eine Möglichkeit bestünde darin, dass die entsprechenden Vorgänge vom Ministerium bis zum Jahre 1990 noch nicht an das DDR-Staatsarchiv abgegeben worden waren. Eine auch denkbare Vernichtung durch das MHF scheidet wohl nach Angaben von Sachkennern aus.

zahl sonstiger Berichte⁴ an das damalige Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen (SHF).⁵ Bis 1967 ist dieses der Adressat, danach das neu gebildete Ministerium (MHF) und dort speziell die „Gruppe Information“.

Auch der Berliner Aktenbestand (SHF/MHF) ist lückenhaft.⁶

Im Sinne unserer Fragestellung lässt sich als Ergebnis festhalten: eine doppelte Existenz der Informations-Berichte (nämlich sowohl in Halle als auch in Berlin) ist nur für einen relativ engen Zeitraum gegeben; abzüglich der existierenden Lücken umfasst dieser nur ganze sechs Jahre.

Die Informations-Berichte wie auch die Informations-Rückläufe (IR, siehe nächste Seite) wurden über weite Strecken hinweg sehr regelmäßig angefertigt, nämlich jeden Monat. Erst ab Mitte der siebziger Jahre ging man zu einem alternierenden Verfahren über und es traten auch ein- oder zweimonatige Lücken auf, in denen nicht berichtet wurde.

Ebenfalls unterliegt der textliche Umfang der archivierten Informations-Berichte z.T. erheblichen Schwankungen; wohl deshalb, weil in der letzten Zeit nur die Berichte über Allgemeine politische Probleme (ApP) archiviert wurden.⁷

Die Unterlagen im BArch. enthalten (z. T. in der selben Akte zusammengefasst) neben den Informations-Berichten anderer Universitäten auch noch Berichte aus dem MHF selbst: Zusammenfassungen der Berichte aus den verschiedenen Universitäten für regelmäßig stattfindende Beratungen auf der Ministerebene. Letztere bieten die Möglichkeit, vertikale Beziehungen zu untersuchen.

Allerdings sind solche Vergleiche nur für die drei Jahre von etwa Mitte 1970 bis Mitte 1973, also in einem sehr begrenzten Zeitraum möglich.⁸

Innerhalb der Hallenser Informationsberichte nach Berlin tauchte übrigens auch eine für uns völlig neue Textsorte auf, die innerhalb der im UAH archivierten Materialien bisher nicht vorzufinden war: nämlich gedruckte

4 Im Universitätsarchiv Halle und im Bundesarchiv existieren noch verschiedene weitere Berichte, z.B. über Forschungsvorhaben, über die Organisation der Studienjahre, über Prüfungen und deren Ergebnisse und ähnliches. Diese wurden manchmal gezielt als Sonderberichte durch das SHF/MHF angefordert. Auch hier ändern sich die Bezeichnungen und die Inhalte sehr stark. In seltenen Fällen wurden auch Fernschreiben eingesetzt.

5 Im BArch. als sogenannte „1. Schicht“ bezeichnet, im Unterschied zur „2. Schicht“, den Berichten an das erst zu Anfang der siebziger Jahre gebildete Ministerium (MHF).

6 Lücken: von 1963 bis 1968, von Sommer 1973 bis Sommer 74, sowie nach August 1975

7 Die Seitenzahlen schwanken ungefähr zwischen rund 10 Seiten in der Schlussphase und ca. 50 bis 60 Seiten um 1970. Im Juli 1978 werden einmalig 147 Seiten erreicht.

8 Dieser Zeitraum umfasst die Hochphase der neuen Bonner Ostpolitik.

bzw. hektographierte „Informationen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“, von denen einige Exemplare anscheinend als Belegstücke den IB beigelegt waren. Diese vier in den Berliner Akten erhaltenen Berichte stammen aus den Jahren 1971 und 1972; sie enthalten auf ca. 10 bis 20 Seiten interne Informationen und *Vorgaben* für die in den Instituten bzw. Sektionen zu erstellenden Berichte, die Informations-Rückläufe.⁹

Die Bezeichnung der Berichte in den Akten wechselt im Laufe der Zeit mehrfach und ist manchmal nicht ganz eindeutig erkennbar. Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verschwindet in der Regel die Bezeichnung als „IB“ und wird allein durch die Benennung des bisherigen ersten Berichtspunktes, nämlich „Allgemeine politische Probleme“ ersetzt. Die normalerweise monatlichen Berichtsperioden, sowohl für IB als auch für IR, waren gewissen Änderungen unterworfen; zeitweilig gibt es sie nur alle zwei Monate. In den achtziger Jahren ist auch ein periodischer Wechsel zwischen den beiden Berichtsformen, – also IB/IR – festzustellen. Das UAH in Halle besitzt die nach Berlin abgeschickten Berichte nur als Durchschläge,¹⁰ die IR dagegen oft als maschinenschriftliche Originale.¹¹

Um eine Verwirrung beim Leser zu vermeiden, benutzen wir – vor allem in den Fußnoten – für die frühe Phase nur die Abkürzungen IB/IR, für die Spätphase jedoch die Kürzel ApP/Zsf. (Zusammenfassung).

Noch ein Wort zu den Personen und zur Geheimhaltung.

Die vorliegenden Berichte sind weitgehend anonym, d.h. sie nennen praktisch keine Namen, weder von den Berichtenden, noch von Personen, über die berichtet wird.¹²

9 Als Beispiel sei aus einer dieser INFORMATIONEN zitiert: 4.) *Präzisierungen und Hinweise für die Informationsbeauftragten der Sektionen und Bereiche. ... Wir teilen Ihnen auf diesem Wege die Vorgaben für den Monat Juni (Termin: 10. 6. 71) mit und bitten Sie, diese Ihren Beauftragten für Information zur Kenntnis zu geben. Der monatliche Informationsbericht Juni 1971 enthält folgende Schwerpunkte: P. 1 Allgemeine aktuelle politische Ereignisse. Hierbei ist besonders auf die Auswertung der Materialien des XXIV. Parteitages sowie die Aktivitäten zur Vorbereitung des VIII. Parteitages einzugehen. ... P. 3.10.2 Fragen der Integration militärpolitischer, militärwissenschaftlicher, militärtechnischer und ZV-[Zivilverteidigung]spezifischer Fragen in den Ausbildungsprozeß, – bisherige Ergebnisse ...*, in: Informationen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. (Titelblatt gedruckt; übriger Text hektographiert) – Nur für den Dienstgebrauch – Herausgegeben vom Beauftragten für Information Halle, den 5. Mai 1971 Informationsblatt 4/71, S. 16f., hier: Anhang zum IB MLU Mai 1971, 18.5. 1971 (BArch, DR 3-(2. Schicht) B 858 a)

10 Deshalb sind sie oftmals nur sehr schlecht lesbar (ebenso die davon anfertigten Kopien).

11 später unter der Benennung „Diskussionen und Meinungen zu aktuellen politischen Problemen – Zusammenfassung von Informationen aus den für den Monat ... berichtspflichtigen Sektionen“ (so die Überschriften seit Mitte 1983)

12 Lediglich die Absender (auch die Empfänger) der Berichte werden öfters genannt. Bei Personen, über die berichtet wird, gibt es wenige (meist negative) Ausnahmen.

Alle entsprechenden Akten unterlagen innerhalb der beteiligten Institutionen verschiedenen Geheimhaltungsstufen.¹³

Eine – wie auch immer geartete – Verbindung zum Staatssicherheitsdienst ist innerhalb der durchgesehenen Akten nicht ersichtlich.

Eine schematische Übersicht über alle in Frage kommenden Akten aus dem UAH und dem Bundesarchiv, chronologisch geordnet und mit den jeweiligen Aktenzeichen versehen, befindet sich im Anhang.

3. Institutionen und Berichtswege

Darunter verstehen wir die an der Erstellung der Berichte beteiligten Institutionen und Abläufe, vertikale Vorgänge, die sich im Zusammenhang mit den aus Berlin angeforderten Berichten feststellen lassen.

Wie eingangs erwähnt, geht das gesamte Berichtswesen der Universitäten und Hochschulen auf Weisungen des damaligen Staatssekretärs Harig in den fünfziger Jahren zurück.¹⁴

1968 wurde vom MHF ein effektives „Leistungs- und Informationssystem“ gefordert und 1969 angemahnt. Diesem hat der Rektor der MLU mit Weisung vom 22. 5. und vom 22. 12. 1969 entsprochen. Am 16. 6. 1969 war eine „Arbeitsgruppe Information“ an der MLU berufen worden, der dann im Dezember eine über drei Seiten umfassende „Rahmengliederung“ „an alle Universitäts- und Sektionsdirektoren“ folgte.¹⁵

Die Gliederung der Berichte folgt zumeist einem bestimmten Schema, welches in den siebziger Jahren in etwa der genannten Rahmengliederung folgt. Später ändert sich dieses teilweise, so dass z. B. die „Besonderen Vorkommnisse“ am Ende der Berichte unter wechselnden Nomenklaturen geführt werden.¹⁶

13 Viele Jahre lang wurden alle Informationsberichte (IB und ApP) sowohl in Halle als auch in Berlin als „Vertrauliche Dienstsache“ (VD) behandelt; seit 1981 waren sie (in Halle) „Nur für den Dienstgebrauch“ bestimmt, ab 1988/89 trugen sie nur noch den Vermerk „Dienstsache“. In den letzten Monaten fehlte auch dieses. – 1985 wurden die älteren IB/ApP durch den Informationsbeauftragten der MLU auf das NfD-Niveau heruntergestuft; in Berlin war das bereits 1974 geschehen. Die Informationsrückläufe (IR und DuM/Zsf.) waren dagegen stets „Nur für den Dienstgebrauch“ (NfD) bestimmt.

14 Vorschläge für die „Einführung einer regelmäßigen Berichterstattung der Universitäten und Hochschulen“ finden sich in Berliner Akten bereits um 1952. Vgl. BArch, DR 3-ZSTA 145/146.

15 vgl. UAH, Rep. 9, Nr. 369

16 zunächst als Punkt 10; später: P. 150 bzw. P. 170

Inwieweit noch andere Fragenkataloge – wann und von welcher Ebene auch immer – auf die Berichterstattung eingewirkt haben, ließ sich nicht verifizieren.

Erst von 1988, also dem vorletzten Jahr, existiert eine weitere, neun Seiten umfassende „Weisung“ des 1. Prorektors „zur Erstattung von Meldungen über außergewöhnliche Vorkommnisse.“¹⁷ Sie enthält auf fünf Seiten eine größere Zahl von „Nomenklaturnummern“, von denen die ersten 14 (von insgesamt 54) ausgesprochen politischen Charakter besitzen.¹⁸

Die Berichte von der untersten Ebene, nämlich aus den Sektionen und Bereichen (früher: aus den Instituten) wurden von dem Informationsbeauftragten der Universität gesichtet und ausgewählt, sodann in einem „Kollegium“¹⁹ beraten und in neu zusammengestellter und kommentierter Form über die jeweils für die Absendung zuständige Stelle an das SHF bzw. MHF geschickt.²⁰ Die Zuständigkeit hierfür änderte sich zuweilen. War es zu Beginn unseres Untersuchungszeitraumes der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, so traten später der Rektor bzw. sein Vertreter (1. Prorektor) als Absender auf.

Über weite Zeiträume hin – besonders in den achtziger Jahren – sind Absender bzw. Adressaten überhaupt nicht mehr angegeben. Für den internen Hausgebrauch an der MLU wurden zur gegenseitigen Information der Berichterstatte auf der unteren Ebene sogenannte „Informations-Rückläufe“ erstellt, die nur in den Hallenser Akten enthalten sind.

Die Aufbereitung und Zusammenstellung erfolgte in jedem Falle durch den „Beauftragten für Information“ an der Universität. Dieser wird, so lange sie erscheinen, in den Vorlesungs- und Personalverzeichnissen ausdrücklich erwähnt, später auch in der auf ein Telefon-Verzeichnis reduzierten Version.

17 „Zur Durchsetzung der Anweisung Nr. 1/1988 des MHF vom 15. Januar 1988“, datiert: 1. März 1988. – Ältere Weisungen von 1980 bzw. 1984 verlieren damit ihre Gültigkeit.

18 U. a.: *Politisches Fehlverhalten ...*, *Politische Straftaten ...*, *Politische Provokationen ...*, *Ungeordnetes Verlassen der DDR – vollzogen/versucht ...*, *Antragstellungen auf Entlassung der Staatsbürgerschaft ...*, *Auftreten von Personengruppen mit negativen, gegen die Politik von Partei und Regierung gerichteten Stimmungen und Handlungen*. – Es folgen u. v. a.: Versorgungsstörungen, Schadensfälle, Unfälle, Todesfälle. Vgl. EMPORIUM. 500 Jahre MLU, Ausstellungskatalog, Halle (Saale) 2002, S. 264 (II.3/292). – UAH, Rep. 7, Nr. 1291-1

19 Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren unter der Leitung des Informationsbeauftragten: *ein Mitglied der UPL* [Universitäts-Parteileitung] ..., *Sekretär der UGL* [Universitäts-Gewerkschaftsleitung] ..., *Sekretär der FDJ* [Freie Deutsche Jugend] *KL* [Kreisleitung] ..., *Wiss. Sekretär des Prorektors für Gewi* [Gesellschaftswissenschaften] (*Partei-Sekretär der APO* [Abteilungs-Parteiorganisation] *Staatl. Leitung*), *Wiss. Sekretär des Rektors*, *Wiss. Sekretär des 1. Prorektors*. – vgl. UAH, Rep. 9, Nr. 369.

20 *In zweifacher Ausfertigung* heißt es im Anschreiben zum IB März 1971.

Im Laufe der Zeit ändern sich jedoch sowohl die Intensität der Berichterstattung als auch die Benennung der Berichte. Für ersteres ist gerade die Zeit der beginnenden kontinuierlichen Aktenüberlieferung ab August/September 1968 repräsentativ: etwa vier bis fünf Berichte (einschließlich Fernschreiben) gehen pro Monat nach Berlin.²¹

Die Berliner Akten (im Bundesarchiv) geben für eine begrenzte Zeit eine gewisse Vorstellung vom dortigen formalen Geschehen und bieten damit die Möglichkeit, den weiteren Gang der Informationen zu rekonstruieren.

In Berlin werden gesonderte Informations-Berichte zusammengestellt, die die aus den Universitäten und Hochschulen eingehenden Berichte zusammenfassen und für die Beratungen auf der Ministerebene aufbereiten. Die zuweilen täglich erstellten Texte umfassen etwa fünf bis sechs Seiten; manchmal umfassen die wöchentlichen Berichte bis zu 20 Seiten.

Es gibt noch andere Möglichkeiten, über das Umgehen mit den IB in Berlin gewisse Aussagen zu machen. Eine ganze Reihe von Berichten tragen verschiedene Bearbeitungsvermerke. Diese reichen von farbigen An- und Unterstreichungen bis hin zu verbalen Randbemerkungen, sind aber nur sehr unregelmäßig zu beobachten. Im ganzen Jahr 1971 sind nur in 5 von 12 Informationsberichten solche Bearbeitungsvermerke festzustellen.

Die Intensität ist äußerst unterschiedlich; feste Regeln scheinen nicht zu bestehen. Auch inhaltlich sind selten wichtige Sachverhalte erkennbar.²²

Immerhin erscheint damit erwiesen, dass die Berichte in Berlin von der „Gruppe Information“ zur Kenntnis genommen und zumindest zeitweilig auch wirklich bearbeitet wurden.

Hier muss allerdings völlig offen bleiben, in welcher Weise eventuelle Schlussfolgerungen gezogen wurden. Diese Frage könnte allenfalls dann beantwortet werden, wenn Protokolle von den Beratungen auf der Ministerebene – d. h. der des MHF – zur Verfügung stehen würden.

21 Dieses scheint durch die kritische Situation im Zusammenhang mit der Intervention des Warschauer Pakts in der ČSSR (Tschechoslowakische Sozialistische Republik) bedingt und endet schließlich nach etwa einem halben Jahr.

22 Es ist eine Ausnahme, wenn die folgende Textstelle mit Bleistift am Rande markiert erscheint:

Fragen, die nicht überzeugend geklärt werden konnten:

In der Sektion Germanistik/Kunstwissenschaft bestehen Bedenken

- *betr. Sieg des Sozialismus über den Imperialismus,*
- *warum ist es notwendig, den Charakter des 2. Weltkrieges gegenwärtig noch so stark zu betonen?*
- *War die Anti-Hitler-Koalition ein aktualisierbares Beispiel für die friedliche Koexistenz oder lagen damals prinzipiell andere Bedingungen vor?*

(BArch, DR 3-(2. Schicht) 1400/1a C: MLU, IB März 1975, S. 5).

Die Informations-Berichte der „Gruppe Information“ im MHF treten unter verschiedenen Benennungen auf (Vorlagen „für die ... Dienstbesprechung beim Minister“, monatliche Informationen oder „Sonder-Informationen“ zu speziellen Themen). Die regelmäßigen Monats-Informationen sind mit jeweils etwa 10 Seiten die ausführlichsten; jedoch wird nicht klar, ob diese innerhalb des MHF verblieben sind oder ob sie noch an andere Adressaten gelangten.

Am Beispiel von Januar/Februar 1971 lässt sich der vertikale Ablauf der Informationsgebung durch die verschiedenen Ebenen klar verfolgen:

1. Erstellung der Informationen auf der untersten Ebene und Weitergabe an den Info-Beauftragten der Universität bis etwa 15. 1.,
2. Erstellung des Monatsberichtes der MLU bis zum angeführten Datum: 20. 1.,
3. Eingang im MHF am 22. 1. – belegt durch Eingangsstempel,
4. Zusammenstellung der „Information Nr. 1/71 des MHF“ bis zum 3. 2.,
5. Erstellung der Vorlage (und Datierung) am 8. 2. und schließlich
6. die Dienstbesprechung beim Minister (MHF) am 15. 2.
(vgl.: BArch, DR 3-(2. Schicht) B 1241 e).

Eine eventuelle weitere, siebente Ebene lässt sich nicht feststellen.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu demonstrieren, wie die Abläufe zwischen den einzelnen Stationen bzw. Ebenen der Informationssammlung durch MLU und MHF geregelt waren und funktioniert haben.

4. Inhalte

4.1. Überblick

Die inhaltliche Grundlage der Informationsberichte nach Berlin sind die Berichte der Sektionen über Argumente und Meinungen aus den Lehrveranstaltungen der Seminargruppen, insbesondere des M-L-Grundstudiums. Ihre Themen sind in der Regel vorgegeben und häufig werden sie auch durch Materialien wie Plenums- oder Parteitagsbeschlüsse vorbereitet gewesen sein.

In Zeiten brisanter Entwicklungen (z. B. 1968 in der ČSSR oder 1971 bei der Ablösung Ulbrichts) oder auch bei grundlegenden Vorhaben des MHF (z. B. vor den „Prinzipien der weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung ...“ 1966) konnten auch konkrete Anfragen oder Vorgaben des Ministeriums Anlass und Inhalt von Diskussionen und Lehrveranstaltungen sein.

Wir beschäftigen uns hier mit 4 Themenbereichen, die in den Informationsberichten behandelt werden:

1. Aktuelle politische Ereignisse;
2. Grundlegende politische Themen, die über mehrere Jahre, oft durchgehend in der gesamten Berichtszeit Thema waren;
3. Politische Kampagnen, die an der MLU gelaufen sind;
4. Besondere Vorkommnisse an der MLU

(1) **Aktuelle politische Ereignisse**, mit denen sich aus der Sicht der Berichtersteller die Studenten und Mitarbeiter der MLU intensiv beschäftigt haben und über die an das MHF berichtet wurde, sind:

- Die Ereignisse in der ČSSR 1968
 - Die Bildung der Sozialliberalen Regierung in Bonn (1969)
 - Die Treffen zwischen Brandt und Stoph (1970)
 - Der Wechsel in der Parteiführung von Ulbricht zu Honecker (1971)
 - Das Programm des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zur „sozialistischen Integration“ (1971)
 - Die Ostverträge der Bundesregierung (1972)
 - Die Olympischen Spiele in München (1972)
 - Der Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR (1972)
 - Die Entwicklung in Chile vor und nach dem Sturz Allendes (1973)
 - Das Jugendgesetz der DDR (1973)
 - Der Rücktritt Willy Brandts und die neue Bundesregierung (1974)
 - Der Sieg Nord-Vietnams und die Wiedervereinigung Vietnams (1975)
 - Die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und die Unterzeichnung der Schlussakte (1975)
 - Die Moskauer Deklaration des Warschauer Paktes (1978/79)
 - Der NATO-Doppelbeschluss (1979)
 - Die Ereignisse in der Volksrepublik Polen (1980 ff.)
 - Das neue Wehrgesetz der DDR (1982), Wehrerziehung und Zivile Verteidigung
 - Die Wechsel im Amt des Generalsekretärs der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) (1982/85)
 - Der Regierungswechsel in Bonn: Die Regierung Kohl–Genscher (1982)
 - Die Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow (1985)
 - Der Informatikbeschluss des Politbüros der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) (1986)
-

-
- Die neue Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow (1986 ff.)
 - Der sowjetische Rückzug aus Afghanistan (1987/89)
 - Repräsentative Leistungsschau und Konzil der MLU (1987)
 - Der INF-(Intermediate-range Nuclear Forces)Vertrag zum Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa (1988)
 - Die Entwicklung in der Volksrepublik China seit dem Konflikt mit der Sowjetunion (SU) bis zur Niederschlagung der „Konterrevolution“.
 - Der Nahost-Konflikt

An den *Beispielen* Ablösung Ulbrichts (1971), Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR (1972), Entwicklung in Polen (1980/82), Perestrojka und Glasnost (1985 ff.) haben wir die Berichterstattung über aktuelle politische Ereignissen exemplarisch dargestellt.

Es fällt auf, dass hier einige *Ereignisse*, die sicherlich als wichtig und auch für die DDR-Geschichte bedeutungsvoll angesehen werden können, *nicht* als Themen der Studenten und Mitarbeiter genannt werden, obwohl sie in die Zeit fallen, für die die Akten vollständig vorliegen:

- Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition in der BRD (1968 ff.)²³
- Eurokommunismus, etwa auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiter Parteien 1976 in Ost-Berlin
- Die Ausbürgerung Wolf Biermanns (1976)
- Verhaftung und Prozess Rudolf Bahro (1978)
- Die Tätigkeit Robert Havemanns, etwa seine Thesen zum 30. Gründungstag der DDR oder seine Beteiligung am „Berliner Appell“
- Die Menschenrechtsgruppe „Charta 77“ in der Tschechoslowakei, wie auch die Menschenrechte in der Schlussakte der KSZE
- Die Stationierung der Kurzstreckenraketen von Typ SS 21 (1982)
- Der „Meinungsaustausch“ zwischen SPD und SED von 1984 bis zur Veröffentlichung des gemeinsamen Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ 1987

23 Im IB Mai 1973 gibt es einen Hinweis auf dieses Thema: *Vielfach wird von Studenten die Meinung vertreten, die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern sei dem Konsensdenken verfallen, ihr gehe es so gut, dass sie an gesellschaftlicher Umgestaltung nicht interessiert sei. Die Jugend und vor allem die Studenten spielten dort die revolutionäre Rolle. Das zeigt, dass die meisten unserer Studenten nur geringe Kenntnisse über den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und insbesondere über Wesen, Rolle und Ziel der Jugend und vor allem der Studentenbewegung in diesen Ländern besitzen (ebd., S. 6).*

- Die Friedensbewegung der DDR in vielen Aktionen, unter ihnen der „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ (1982)
- Die nationale Wende seit den späten 70er Jahren (das Denkmal Friedrichs II. 1980, das Lutherjahr 1983 u. a.)
- Tschernobyl
- Erscheinungen von Neonazismus und Antisemitismus²⁴
- Wahlen in der DDR, auf allen Ebenen, sind in den Berichten immer Gegenstand von Kampagnen, aber nicht von Diskussionen.

(2) **Grundlegende Themen:** Damit sind Themen gemeint, die über viele Jahre, wenn nicht über den gesamten Berichtszeitraum in den Berichten über politische Diskussionen und Meinungen Schwerpunkte bilden, unabhängig von der aktuellen politischen Situation und den agierenden Personen. Sie spiegeln über die aktuellen politischen Ereignisse und Kampagnen hinaus langfristige, ja existentielle Interessen und Probleme der DDR wider.

Das „**politisch-ideologische Bewusstsein**“ ist, vor allem im Selbstverständnis der Partei, ein solches Thema. Kein anderes prägt die Informationsberichte wie dieses, ungebrochen vom ersten bis zum letzten Bericht.

Die Berichte führen im Einzelnen die Veranstaltungen und Maßnahmen zur ideologischen Erziehung und Bildung an der Universität an, die immer wieder neuen Programme zu ihrer Verbesserung und das oft wohl auch überzeugte Bemühen vieler Lehrender. Sie machen zugleich deutlich, wie wenig erfolgreich am Ende diese Bemühungen gewesen sind, wenn bis in die 80er Jahre von fehlendem Klassenbewusstsein berichtet wird und von der Unfähigkeit, das gelernte Wissen auf konkrete politische Situationen anzuwenden. Und sie lassen auch erkennen, *warum* diese Bemühungen so wenig erfolgreich gewesen sind.

Wir haben dieses Thema in einem besonderen Kapitel ausführlicher behandelt.

„**Die Nationale Frage**“ wird auch in dieser Stelle als eine für die DDR in besonderer Weise komplizierte und gefährliche Frage deutlich.

In den 50er und 60er Jahren ist die Berichterstattung zu dieser Thematik noch ganz vom Denken und der Sprache des Kalten Krieges geprägt. Mit der neuen Ost- und Deutschland-Politik änderte sich ihre Qualität, die

²⁴ In Sonderinformationen werden gelegentlich, selten, „faschistische Schmierereien“ erwähnt, neben und gleichrangig mit Diebstahlsdelikten, Selbstmord und Sittlichkeitsverbrechen; vgl. die Sonderinformationen vom 26. 3. und 26. 5. 1971, in: UAH, Rep. 9, Nr. 366; vgl. ebenfalls dazu das Beispiel Antisemitismus.

widersprüchliche Position der SED gegenüber dem „Wandel durch Annäherung“ findet auch hier ihren Ausdruck. Auf der einen Seite standen die Chancen für eine äußere, diplomatische Anerkennung der DDR, auf der anderen die Gefahren einer inneren Destabilisierung durch die unvermeidbare Öffnung für westliche Einflüsse.

Studenten fragten jetzt, unter Hinweis auf die Annäherung zwischen der Bundesrepublik und den Bruderländern, nach der Berechtigung der Abgrenzungspolitik der DDR und stellten sehr konkrete Fragen: Wie soll der Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten geregelt werden, wie Familienzusammenführung und der Austausch von Büchern und Zeitschriften. Die Universitäts- und Parteileitung konnten darauf oft nur mit sehr abstrakten Erklärungen zum Wesen des Sozialdemokratismus als einer „imperialistischen Ideologie“ antworten und vor der sozialdemokratischen Politik als einer „Aggression in Filzpantoffeln“ warnen.²⁵

In dieser Zeit enthalten die Berichte regelmäßig eine Rubrik „Gegnerische Aktivitäten“, wozu auch westdeutsche Angebote zu wissenschaftlicher Zusammenarbeit, Einladungen zu Kongressen und Gastvorlesungen in der Bundesrepublik gezählt werden.

Mit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages, der Welle der diplomatischen Anerkennungen der DDR und ihrer Aufnahme in die UNO verlor die Nationale Frage an Brisanz und sie trat auch in den Berichten vorübergehend hinter andere Themen zurück.²⁶

Eine neue, andere Aktualität erhielt die Nationale Frage nach dem Amtsantritt der Regierung Kohl–Genscher (1983), der die offizielle Seite in den Diskussionen „Scharfmacherei“ und einen „Medienkrieg“ vorwarf, der die DDR von ihren sozialistischen Partnern und vor allem von der Sowjetunion isolieren sollte. Die Studenten orientierten sich in dieser Zeit in ihren Argumenten und Meinungen bald weniger an der Bundesrepublik als am „neuen Denken“ in der Sowjetunion unter Gorbatschow.

Das Verhältnis zu den sozialistischen Bruderländern²⁷, ist in vergleichbarer Weise ständiges Thema der Berichte, mit wechselnden Akzenten und Konkretisierungen entsprechend der politischen Situation.

1968 standen die Ereignisse in der ČSSR im Mittelpunkt. In zeitweise aufgeregten, sich überstürzenden Mitteilungen, oft im Abstand von weni-

²⁵ 18. November 1972, S. 10 und Dezember 1972, S. 6–8; vgl. dazu das Beispiel Grundlagenvertrag

²⁶ Die Änderung der DDR-Verfassung (1974): Streichung der „deutschen Nation“ und ihre Folgen (etwa das Quasi-Verbot des Textes der Nationalhymne) werden in den Berichten nicht erwähnt.

²⁷ Wir verwenden den Begriff hier entsprechend dem Sprachgebrauch in der DDR.

ger Tagen und in eiligen Fernschreiben gingen Meldungen der MLU über Stimmungen und Meinungen nach Berlin.

Zunächst stellten die Berichterstatter in ihren Berichten nach dem 21. August immer wieder fest, es lägen „aus vielen Bereichen der Universität positive Stellungnahmen“ zu der Entwicklung in der ČSSR vor²⁸ und in den Gesprächen überwiege die Zustimmung zu den Moskauer Beratungen ... Das Wesen der Konterrevolution und auch die Rolle des aggressiven westdeutschen Imperialismus werden immer besser und eindeutiger erkannt.²⁹

Zugleich wird die angespannte Stimmung in diesen Wochen deutlich. Es gäbe eine starke Zurückhaltung und Passivität, viele Studenten hätten den Klasseninhalt der Geschehnisse in der ČSSR nicht verstanden und äußerten sich nicht dazu. Selbstverständlich werden weitere Auseinandersetzungen mit ihnen geführt.³⁰

Die Fragen, die von Studenten und Mitarbeitern gestellt werden, zeigen die Problematik der Diskussionen an:

- Gibt es ein Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes?
- Warum mussten Truppen eingesetzt werden, besonders Truppen aus der DDR?
- Warum studieren unsere Studenten an den Hochschulen und Universitäten in der ČSSR nicht mehr weiter?
- Warum lehnten die KPF und die KPI das Eingreifen ab?³¹

Die Berichterstatter äußern den Eindruck, dass westliche Informationsquellen zur Agitation herangezogen wurden. Aus den Universitätskliniken melden sie daß manche Schwestern und Patienten den DLF gehört und sich so falsch orientiert haben³² und sie berichten von Maßnahmen der Leitung, um solchen negativen Diskussionen entgegenzutreten:

Mit den Rückkehrern aus der ČSSR werden Aussprachen geführt, das gleiche gilt für 40 slowakische Studenten an der Landwirtschaftlichen Fakultät, mit denen bereits ideologisch gearbeitet wird.³³

28 IB 28.8. 1968, S. 1

29 IB 2.6. 1968, S. 1

30 IB 1.10. 1968, S. 2 f.

31 ebd. S. 1 f.

32 IB 28.8. 1968, S. 2 f.; DLF: Deutschlandfunk

33 IB 29.8. 1968, S. 2

Die UPL [hat] festgelegt, dass in den Parteigruppen Probleme der Konterrevolution, des proletarischen Internationalismus und das Wesen imperialistischer Globalstrategie behandelt werden.³⁴

In allen Fakultäten suchten Vertreter des Lehrkörpers in Abstimmung mit der FDJ die Internate auf und diskutierten mit Studenten die Ereignisse in der ČSSR.³⁵

Am 22. Oktober wird noch einmal erklärt, dass die Diskussionen zu den Ereignissen in der ČSSR zielstrebig geführt worden (sind) ... Neue Aspekte haben sich nicht ergeben.³⁶ Danach tritt das Thema zurück und mit dem Januar-Bericht 1969 brechen die Mitteilungen dazu ab, mit einer quasi abschließenden Feststellung: Es gäbe in den Sektionen unterschiedlich wenige Studenten, [die] sich immer noch des Vokabulars des Klassengegners bedienen und in ihren Diskussionen Unverständnis für die Maßnahmen unserer Staatsführung ausdrücken, aber insgesamt kann die Lage so charakterisiert werden, dass bei der übergroßen Mehrheit der Studenten keine oppositionelle Haltung gegenüber unserer Politik vorhanden ist, dass andererseits jedoch nur wenige selbständige Gedanken verbunden mit echter Aktivität sichtbar werden ...³⁷

In den letzten Jahren Ulbrichts fällt eine gewisse Distanz zum Bündnis auf. Es gibt in den Diskussionen Hinweise auf eine wirtschaftlich-technische Rückständigkeit in den Bruderländern, die die Entwicklung der DDR behinderten; gelegentlich ist in der Argumentation von Studenten ein gewisser nationaler Hochmut nicht zu überhören, wenn etwa bei diesen Diskussionen auch Meinungen laut (wurden), dass die Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der sozialistischen Länder auf den ungenügenden Fleiß des einen oder des anderen Volkes zurückzuführen seien.³⁸ Selbst die Führungsrolle der SU wird in diesem Zusammenhang vorsichtig in Frage gestellt. Diese Tendenzen brechen mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker sogleich und auffallend ab.³⁹

Im Gefolge der neuen Ostpolitik der Bundesregierung und der Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ostblockstaaten lassen die Berichte auf der offiziellen Seite Beunruhigung und

34 IB 24.9. 1968, S. 2

35 IB 8.10. 1968

36 IB 22.10. 1968

37 IB Januar 1969, S. 11 f.

38 IB November 1969, S. 10

39 mit dem IB Juni 1971

Zweifel an der Bündnistreue der Partner erkennen. Auf der anderen Seite finden viele Studenten hier Anlässe, die Politik der SED zu hinterfragen und Schlussfolgerungen für die DDR zu ziehen:

Warum werden in anderen sozialistischen Ländern, nicht aber in der DDR westliche Druckerzeugnisse großzügig verkauft?⁴⁰

Warum grenzen wir, die DDR, uns von Westdeutschland ab, während sozialistische Bruderländer ihre Kontakte intensivieren und Leonid Breschnew den Bruderkuss mit sozialdemokratischen Politikern tauscht, die als konsequente Antikommunisten bekannt sind.⁴¹

Die Berichterstatter beklagten denn auch *Probleme bei der Erarbeitung eines klaren Standpunktes unter den Studenten zur Einschätzung des Verhältnisses der DDR zur BRD im Zusammenhang mit der Entwicklung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Staaten.*⁴²

Nach diesen Veränderungen und Beunruhigungen wurde in den folgenden Jahren überwiegend von sozialistischer Integration und Solidarität berichtet, und eher beiläufig und ungenau von „nationale Eigenarten“ (etwa 1974, bezogen auf Rumänien und Jugoslawien) gesprochen.

Zwei Jahre später tritt *Polen* in den Mittelpunkt des Interesses, dessen Entwicklung in der Phase von Solidarność bei den einen große Beunruhigung, bei den anderen große Hoffnungen hervorrief. Insbesondere 1980/81 beschäftigten sich die Berichte nachdrücklich mit der „polnischen Frage“, bis ab 1982 – unvermittelt wie 1969 im Falle der ČSSR – nur noch von „Normalität“ berichtet wird.⁴³

In den folgenden Jahren vermitteln die Berichte nun das Bild der Geschlossenheit und Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Verbündeten.

Das änderte sich **1985**, als in Moskau unter dem neuen Generalsekretär Gorbatschow das „neue Denken“ die Politik bestimmte. Bei allem Bemühen der Berichterstatter, den Eindruck von Normalität zu vermitteln, spiegeln ihre Berichte über die nun sehr offen und offensiv gestellten Fragen der Studenten recht genau die Entwicklung bis zum Ende des Bündnisses wider.⁴⁴

40 IB April 1973, S. 5

41 IB Juli 1973, S. 6f.

42 IB Januar 1971, S. 10

43 vgl. dazu das Beispiel Polen

44 vgl. dazu das Beispiel Perestrojka und Glasnost

Abrüstung und Entspannung. Mit der Arbeit der KSZE und im Anschluss an die Unterzeichnung der Schlussakte in Helsinki 1975 wurde die Abrüstungs- und Entspannungspolitik ein ständiges Thema in den Informationsberichten: Von Aussprachen und Meinungen zu den SALT-Verhandlungen, zu atomwaffenfreien Zonen, dem Nato-Doppelbeschluss und der Problematik der Mittelstreckenraketen, zu Reagans „Krieg der Sterne“ und seine Treffen mit Gorbatschow wird in großer Breite berichtet. Aber offenbar hat es bei diesem Thema keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Übereinstimmend sei in allen Sektionen die Abrüstungs- und Entspannungspolitik der sozialistischen Länder begrüßt und die Rüstungs- und Kriegspolitik der USA und der NATO verurteilt worden.

Es entsteht der Eindruck, als gäben die Berichterstatter dieser Thematik so breiten Raum, weil sie hier, im Unterschied zu anderen Themen und vermutlich zu recht, von Übereinstimmung und von Zustimmung zur Politik des realsozialistischen Lagers berichten konnten.

Bemerkenswert ist aber, dass Demokratie und Menschenrechte als Themen der KSZE und als Bestandteil der Schlussakte ausgespart bleiben.

Die Wehrpolitik wurde in der 2. Hälfte der 70er Jahre für etwa zehn Jahre ein bestimmendes Thema in den Berichten. Die Einführung des Wehrkundeunterrichts in den Polytechnischen Oberschulen (1978) und das Gesetz über den Wehrdienst (1982) waren Anlässe für die Thematisierung der Wehrproblematik in den Seminargruppen. Sie war für die Studenten sehr konkret geworden mit den vormilitärischen Übungen in den 70er Jahren bis hin zur Errichtung von Kampfgruppen der Studenten 1983.

Neben den routiniert wirkenden Erfolgsmeldungen über die Durchführung von militärischen Übungen wird in diesem Zusammenhang immer wieder Unzufriedenheit mit dem Stand des ideologischen Bewusstseins der Studenten und ihrer Passivität ausgedrückt, sie seien noch nicht in der Lage, die Notwendigkeit der Kampfgruppen zu erkennen.

Insgesamt vermitteln die Berichte zu diesem Thema den Eindruck von Gleichgültigkeit bei den Studenten, was umso erstaunlicher ist, als in diesen Jahren die Friedensbewegung in der DDR eine breite Resonanz erreichte („Schwerter zu Pflugscharen“, der „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“), was sich in den Diskussionen der Studenten nicht widerspiegelt.

Fragen zur Wirtschaft wurden unter Studenten und Mitarbeitern auf unterschiedlichen Ebenen und je nach der Wirtschaftslage mit wechselnden Schwerpunkten diskutiert.

Zur wirtschaftlichen **Entwicklung im kapitalistischen Ausland** wird von der offiziellen Seite auf die Sorgen der arbeitenden Bevölkerung hingewiesen, auf eine „wachsende Streikbewegung“, auf Energie- und Wachstumsprobleme. Sie werden schnell eingeordnet in „Die allgemeine Krise des Kapitalismus“ und von daher als gesetzmäßig und unvermeidbar erklärt.

Auf der anderen Seite läuft die Argumentation zunächst oft über vorsichtige und scheinbar naive Fragen, etwa nach Preisen für bestimmte Haushaltsartikel, oder nach dem Realeinkommen eines Arbeiters in Westdeutschland und es werden hier ganz andere Schlussfolgerungen gezogen, z. B.: der Lebensstandard der Arbeiterklasse in Westdeutschland sei so hoch, dass mit ihr als revolutionärer Klasse nicht mehr zu rechnen sei.⁴⁵

Der Gesichtspunkt „**Lebensstandard**“ gewinnt mit den 70er Jahren in den Berichten an Bedeutung. *Ausschlaggebend ist doch letztlich der Lebensstandard*, so werden im April 1971 Studenten zitiert.⁴⁶ Das Argument „Lebensstandard“ macht die Attraktivität des „Westens“ aus und es wird zugleich auch benutzt in Diskussionen um die führende Rolle der Sowjetunion und wie sie denn, bei deren niedrigem Lebensstandard, begründet werden könne. Vertreter der Leitungsebene setzen dieser Argumentation eine „marxistisch-leninistische Definition“ dieses Begriffes „Lebensstandard“ entgegen, die weniger eng am individuellen Konsum orientiert sei, und auch *die Möglichkeiten zur politischen und kulturellen Betätigung, die soziale Lage usw.* berücksichtige. Sie mussten feststellen, dass *diese Betrachtungsweise nicht in allen Diskussionen im Mittelpunkt stand*,⁴⁷ konnten aber im nächsten Bericht nach Berlin melden: *Die im Mai aufgeworfenen Fragen, besonders zum Lebensstandard, konnten weitestgehend geklärt werden und treten nicht mehr so in den Mittelpunkt*.⁴⁸

Die **wirtschaftliche Entwicklung in der DDR** und ihre unterschiedlichen Phasen spiegeln sich unmittelbar in den Berichten. Es ist für alle Sektionen und Seminargruppen charakteristisch, dass dabei die Wirtschaftspläne, die prinzipiellen Entscheidungen der ZK-Plenen und Parteitage offenbar nur ein geringes Echo fanden und kaum diskutiert wurden. Wohl aber der wirtschaftliche Alltag, die „tausend kleinen Dinge“, wie Ulbricht gesagt hatte. Als die SED in den 60er Jahren auf die „Wissenschaftlich-techni-

sche Revolution“ (WTR) setzte, finden wir ihre Lösungen in jedem Bericht: WTR, NÖSPL (Neue ökonomisches System der Planung und Leitung), MLO (Marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft), Wissenschaftliches Planungssystem, Prognostizierung ..., aber sie wirken wie leere Schlagworte. Wirklich diskutiert wurden sie offenbar nicht, dafür umso mehr die Versorgungsprobleme, die die Studenten sehr real erlebten: Die Heizungsprobleme in den Wohnheimen oder Mängel bei der technischen Ausrüstung der Institute. Wobei darauf hingewiesen werden muss, dass es bei diesen Beschwerden nicht um Einzelercheinungen geht, sondern um ständige Themen, insbesondere in den Berichten aus den Sektionen.

Der wirtschaftspolitische Kurs nach der Ablösung Ulbrichts⁴⁹ fand sogleich seinen Niederschlag in den Berichten. Die Parolen der sechziger Jahre fallen schlagartig weg, (was Studenten in scheinbarer Unschuld nachfragen ließ, warum denn beispielsweise die Losung „Überholen statt einzuholen“ nicht mehr verwendet würde) und der neue konsumorientierte Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, der Erhöhung der Mindestlöhne, Preissenkungen und andere Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensstandards ankündigte, fand ausdrücklich und glaubhaft Zustimmung bei Studenten und Mitarbeitern.

Bis zum Ende der 70er Jahre zeigen die Berichte kaum Veränderungen an, zumal neue Maßnahmen (Arbeitszeitverkürzung, Urlaubserhöhung) den wirtschaftspolitischen Kurs fortsetzten. Dann aber waren die Folgen der nicht gedeckten Sozialleistungen bald nicht mehr zu übersehen, verstärkt noch durch die Auswirkungen weltwirtschaftlicher Faktoren (Rohstoff- und Energiepreise). In der **80er Jahren** nahmen die kritischen Äußerungen zur wirtschaftlichen Lage vehement zu, das unzureichende Warenangebot, insbesondere die Fleischversorgung, Heizungs-, Energie- und Wohnraumproblem werden genannt. Beflügelt von den Auswirkungen der Perestrojka-Politik in der Sowjetunion scheint die Kritik keine Grenzen mehr zu kennen. Über die Defizite des Alltags hinaus werden die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des (7.) ZK-Plenums kritisiert, die Kennziffern der Wirtschaftsplaner in Frage gestellt und die Richtigkeit der volkswirtschaftlichen Bilanz der Regierung wird bezweifelt.

(3) Nachrichten über **Kampagnen** nehmen in den Informationsberichten einen großen Raum ein. Dem 100. Geburtstag Lenins, dem 50. oder 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, allen „runden“ Jah-

45 IB Dezember 1969, S. 5

46 IB April 1971, S. 8

47 IB Mai 1971, S. 8f.

48 IB Juni 1971, S. 7

49 vgl. dazu: 4.2.3. Die Ablösung Ulbrichts ...

restagen der DDR oder allen Parteitag der SED wie der KPdSU waren Kampagnen gewidmet. Auch Aktionen unter dem Zeichen internationaler Solidarität (Angela Davis, Vietnam, Nikaragua, Chile u.a.) oder hochschulpolitische Vorhaben, wie die Dritte Hochschulreform (1968) oder die Leistungsschau der MLU von 1987 wurden in der Regel von Kampagnen vorbereitet und begleitet.

Oft ging eine Kampagne in eine andere über, wenn z. B. ein Parteitag der SED unmittelbar auf einen der KPdSU folgte, was die Regel war. So wurde kaum ein Bericht nach Berlin geschickt, der nicht von einer Kampagne berichten konnte.

Berichte von Kampagnen waren fast ausnahmslos Berichte von Erfolgen: von der Erfüllung der Maßnahmepläne, von freiwilligen Arbeitseinsätzen, der Verbesserung der Studiendisziplin, von Leistungswettbewerben und Selbstverpflichtungen der wissenschaftlichen Kader, aber auch öffentliche Demonstrationen und Repräsentationen, Sport- und Kulturveranstaltungen.

Die Kampagnen liefen routiniert und ohne Widerspruch ab. Sie vermitteln die Vorstellung von breiten Volksbewegungen für eine gemeinsame Sache. Argumentation und Diskussion waren hier nicht angebracht. Für die Leser der Berichte im MHF werden Kampagnen kaum von großem Interesse gewesen sein. Umso erstaunlicher ist es, dass sie bis zum Ende Bestandteil der Berichte blieben. Auch im September 1989 wird noch eine Kampagne gemeldet: Die Vorbereitungen zum 40. Jahrestages der DDR

(4) Über die ursprüngliche Aufforderung des Staatssekretariats hinausgehend (über die politische Stimmung an den Universitäten zu berichten), wurden seit den späten 60er Jahren regelmäßig auch „**Besondere Vorkommnisse**“⁵⁰ nach Berlin gemeldet; zeitweise in einer eigenen Rubrik unter dieser Bezeichnung, zeitweise als „Sonderinformationen“, interne Mitteilungen oder in Anlagen. Inhaltlich bleiben solche besonderen Informationen über die Berichtszeit hinweg die gleichen. Es sind einmal Missstände und Ärgernisse im Alltag der Studenten und Mitarbeiter und zum anderen Vorkommnisse im persönlichen und Disziplinarbereich, von Diebstahl und Selbstmord bis zu staatsfeindlichem Verhalten.

Einige charakteristische, häufig wiederkehrende Beispiele für Vorkommnisse der letzten Art:

50 Darunter verstehen wir Ereignisse, die eine schnelle leitungsmäßige Reaktion erfordern bzw. die für eine aktuelle Berichterstattung in der Presse geeignet sind, in: Anforderungsspiegel für alle Sektionen vom 22. 5. 1969

„Rowdytum“ von Studenten, Einbruch im Institut für Biophysik, Selbstmord eines Mitarbeiters aus persönlichen Gründen, Tod einer Studentin bei einem Autounfall, Vergewaltigung einer Studentin, Störung der Heimordnung (mit moralischer als auch politischer Argumentation), Auflösung einer Studentenkapelle, die sich *einseitig auf Beatmusik orientierte und negativen Einfluss ausübte*, Fehlverhalten während der militärischen Ausbildung (wie unerlaubtes Entfernen), Republikflucht von Studenten oder Mitarbeitern, Verhaftung eines Studenten wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ (ohne weitere Informationen).

Aus Anlass eines Disziplinarverfahrens gegen Studenten brachte der IB im August 1973 einmal ausführliche Informationen aus der Disziplinkommission, eine Ausnahme in den uns vorliegenden Akten.⁵¹ Hier ist auch für die Berichtersteller *auffällig, der beträchtliche Anteil (42 % – bezogen auf die Gesamtzahl der Disziplinarverfahren) der wegen politischen Fehlverhaltens zur Rechenschaft gezogenen Studenten (alle männlich)*. Als Fehlverhalten werden in dieser „Information über Disziplinarverfahren“⁵² genannt: Befehlsverweigerung und unerlaubtes Entfernen während der militärischen Ausbildung, Verhalten während der Studienbrigaden in der SU und Verstöße gegen die Heimordnung (laute Radiomusik westlicher Sender, z. B. Hymne der BRD).

Im Kommentar zu diesen Fällen heißt es: Zahlreiche Studenten hätten das Verhalten ihrer Kommilitonen nicht gutgeheißen. *Eine „öffentliche Meinung“, die eine klare Distanzierung von dem Fehlverhalten erkennen lässt, ist allerdings nicht in jedem Falle spürbar*⁵³

Bemerkenswert ist, wie auch bei diesen Fällen politischen Fehlverhaltens betont wird, nicht Disziplinarmaßnahmen und Reglementierung dürften im Vordergrund stehen, es ginge *vielmehr darum, Studenten zu erziehen*.⁵⁴

Auch die Vorkommnisse der anderen Art (Klagen über die Defizite des Alltags) sind über fast vier Jahrzehnte im wesentlichen die gleichen geblieben: Überbelegung in den Studentenwohnheimen (noch 1968 wird die Einrichtung von 4-Bett-Zimmern statt der bisherigen 8-Bett-Zimmer als Erfolg vermerkt); das Fehlen von Arbeitsräumen und „diskontinuierliche Beheizung“ (1972); die schlechte Ausstattung mit Lehrmitteln, veraltete Geräte, die nicht mehr repariert werden können; Schließung von Instituten

51 s. Dok. 17

52 Anlage zum IB August 1973, S. 2ff.

53 ebd., S. 2

54 ebd., S. 3

wegen mangelhafter Beheizung und fehlenden Warmwassers; Wanzen und Kakerlaken im Wohnheim der Wirtschaftswissenschaftler trotz mehrfacher Ungezieferbekämpfung (1973); mangelhafte Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und daraus folgende Hamsterkäufe (6/1979); unzureichende Wohnraumversorgung (12/1980); fehlendes Arbeits- und Büromaterial, z. B. Durchschlagpapier, Matrizen, Farbbänder (4/1986); ausgebliebene Kohlelieferung, fehlende Sicherung der Computeranlagen (11/1987) und dergleichen mehr. Auch die handschriftlichen Kommentare auf der Leitungsebene zu solchen Nachrichten sind über die vielen Jahre die gleichen geblieben: *Strenge Kontrolle durchsetzen; hier ist eine ernsthafte Aussprache erforderlich!* (im November-Bericht 1987).

4.2. Ausgewählte Beispiele

4.2.1. Marxismus-Leninismus. Politisch-ideologisches Bewusstsein und Erziehung der Studenten

Der „Marxismus-Leninismus“ ist in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion entstanden als die verbindliche Zusammenfassung und Interpretation der Lehre von Marx und Lenin. Er umfasste den Dialektischen und Historischen Materialismus, die Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus und den Wissenschaftlichen Sozialismus. Auf der Grundlage seiner Erkenntnisse erhoben KPdSU wie SED den Anspruch, Staat und Gesellschaft wissenschaftlich begründet und in Übereinstimmung mit den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung objektiv richtig zu führen.

Der Marxismus-Leninismus war im Grunde die einzige Legitimation der Herrschaft der SED. Leszek Kolakowski schrieb zu diesem Herrschaftssystem: Die Ideologie ist „die absolute Bedingung seiner Existenz“.⁵⁵

Mit der 2. Hochschulreform von 1951 war „Marxismus-Leninismus“ als „gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium“ für alle Studiengänge obligatorisch geworden. Die ideologische Ausbildung und Erziehung sollten Grundlage und Zentrum jedes Studiums an den Hochschulen der DDR sein. Der Besuch der Veranstaltungen des „gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“ wurde von Dozenten und FDJ-Funktionären kontrolliert, an seinem Abschluss standen schriftliche und mündliche Prüfungen. Kein „neuer Kurs“ und kein Machtwechsel haben das je in Frage gestellt.

55 L. Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung und Zerfall, Bd. 3, München 1981, S. 104; zit. nach K. Schröder, Der SED-Staat, München 1999, S. 548

Die frühen sechziger Jahre

Bereits die ersten uns vorliegenden Materialien zum politisch-ideologischen Bewusstsein der Studenten an der MLU berichten davon in einer Weise, wie sie für die folgenden Jahre charakteristisch bleibt:

Es gibt „Fortschritte in der geistig-politischen Haltung“ der Studenten, aber viele sehen die politisch-gesellschaftlichen Zusammenhänge noch nicht. Die Ursache dafür sei z. T. in dem ungenügenden Niveau der Lehrveranstaltungen im Fachgebiet M-L. zu suchen, wo die *Qualifikation der Genossen ... noch nicht den Anforderungen entspricht*.⁵⁶ Auch bei Historikern und Wirtschaftswissenschaftlern bestehe ein *ungenügendes politisch-historisches Bewusstsein, es gäbe eine Tendenz zum mechanischen Auswendiglernen historischer Fakten*, die Studenten seien *nicht in der Lage, wichtige historisch-ökonomische Zusammenhänge zu erklären*.⁵⁷

In dem Bericht über das Studienjahr 1964/65⁵⁸ werden die *Entwicklung und Ergebnisse der sozialistischen Erziehung der Studierenden* in Umfang und Anspruch bereits umfassender und systematischer dargestellt:

Danach hat *die sozialistische Erziehung unserer Studenten ... weitere Fortschritte gemacht ... sie bejahen die Ideale des Sozialismus und die meisten Studenten sind politischen Fragen gegenüber aufgeschlossen und interessiert* (S. 3). Das lasse sich belegen durch das Auftreten bei Ernteeinsätzen und durch die wachsende Teilnahme am wissenschaftlichen und kulturellen Studentenwettbewerb, *dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Fortschritte im entscheidenden Punkt der sozialistischen Bewusstseinsbildung, nämlich beim Herausbilden fester politischer Überzeugungen und eines klaren Standpunktes noch unzureichend sind in bezug auf die Masse der Studierenden. Ein Teil der Studenten unterliegt Schwankungen; sie seien in entscheidenden Fragen gleichgültig und beziehen ... die Position eines geruhsam unbeteiligten Betrachters, anstatt die von Partei und Regierung gestellten Aufgaben zu den eigenen zu machen und bewusste Kämpfer für die Sache des Friedens und des Sozialismus zu sein* (S. 3f.).

Eine Erklärung findet der Berichtersteller darin, dass entscheidende Fragen *in Vorlesungen, Seminaren und Aussprachen noch nicht genügend*

56 Bericht an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen vom 17.5. 1963, S. 1 und 4, in: UAH, Rep. 9, Nr. 167

57 Bericht des Instituts für Wirtschaftsgeschichte für das Studienjahr 1961/62 vom 18.9. 1962, S. 4, in: UAH, Rep. 9, Nr. 168

58 Bericht zu den Ergebnissen des Studienjahres 1964/65, S. 3ff., ohne Datum, in: UAH, Rep. 9, Nr. 167

bewusst gemacht werden und dass die Studenten offenbar *keine ausreichenden Antworten auf die sie interessierenden Fragen* [erhalten] und so leicht Situationen entstehen, in denen falsche Meinungen angenommen werden, die aus westlichen Quellen zu uns dringen (S. 5).

Die entscheidende Ursache für die derzeit noch unbefriedigenden Fortschritte der sozialistischen Bewusstseinsbildung unter den Studenten sehen die Berichtersteller letztlich in der ungenügenden Wahrung des Prinzips der Einheit von sozialistischer Erziehung und fachlicher Ausbildung durch den Lehrkörper und sie fordern immer wieder auf, den Prozentsatz weltanschaulich-politisch gefestigter Studenten zu erhöhen (S. 6).

Struktur und Inhalte dieser ersten Berichte werden sich in den folgenden Jahren beinahe stereotyp wiederholen. Wir wollen hier dennoch weitere Beispiele aus verschiedenen Phasen der DDR ausführlicher wiedergeben, weil nur so die unermüdlichen Bemühungen und der unglaubliche personale und organisatorische Aufwand deutlich werden, mit denen die ideologisch-politische Erziehung betrieben wurde.

1965/66: „Die Prinzipien“

Mit den „**Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik**“ eröffnete das MHF 1966 eine systematische Intensivierung der Diskussionen um Bewusstsein und Erziehung der Studenten. Am 22. 4. 1966 legten der Rektor der MLU und ein Arbeitskreis des Senats auf 45 Seiten eine erste Zwischenauswertung der „Prinzipien“ vor, in der sie ihre Plannungen und die strikten Anforderungen an das Studium des Marxismus/Leninismus an der MLU vorstellten:

Von vornherein ist es notwendig, drei Grundsätze als unumstößlich zu charakterisieren:

die Einheit des Marxismus-Leninismus und seiner Lehre;

das Institut für Marxismus-Leninismus als Instrument der Partei;

die einheitliche Leitung des marxistisch-leninistischen Studiums in allen jeweiligen Bereichen.

Nur die strikte Einhaltung und schrittweise Vervollständigung dieser Grundsätze wird uns die Möglichkeit geben, die weltanschaulich-klassenmäßige Erziehung zentral zu leiten und wirkungsvoll durchzusetzen.

Wir verlangen von unseren Absolventen,

- *daß sie die Grundkenntnisse in den vier Disziplinen haben: Geschichte der Arbeiterbewegung, Philosophie, Politische Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus ...*

-
- *ein konkretes Bild der sozialistischen Gesellschaft und der Funktion des eigenen Fachgebietes haben;*
 - *sich selbständig auf marxistisch-leninistischer Basis zu orientieren und mit der imperialistischen Ideologie auseinandersetzen vermögen ...*

Wir erstreben eine Ausbildung und Erziehung im Marxismus-Leninismus, bei der die einzelnen historischen, philosophischen, ökonomischen und politischen Bestandteile und Teilerkenntnisse zu einem in sich geschlossenem Ganzen im Bewusstsein der Studenten vereinigt sind ...

*Vor allem ist nicht nur zu fordern, sondern auch leitungsmäßig zu sichern, dass die weltanschaulich-klassenmäßige Erziehung ... als wesentlicher Inhalt des marxistisch-leninistischen Studiums gewährleistet wird“.*⁵⁹

Im gleichen Jahr (1966) erhielten die Hochschulen aus Berlin eine *Konzeption für die Studienjahresanalyse 1965/66 ... zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten und dem wissenschaftlichen Nachwuchs*, in der exemplarisch deutlich wird, wie konkret und detailliert das MHF seine Interessen und Erwartungen gegenüber den Berichterstellern zum Ausdruck brachte.⁶⁰

Die MLU antwortete mit einer 45-seitigen „Analyse des Studienjahres 1965/66“.⁶¹ Sie war vom 11. bis zum 21. 7. 1966 in einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden, die der Rektor einberufen hatte. Der Senat billigte sie in einer Sitzung am 22. 7. 1966.

Zum Stand des politischen Verantwortungsbewusstseins der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses an der MLU wird festgestellt, dass sich *der Anteil der politisch aktiven und verantwortungsbewussten Studenten weiter vergrößert* (S. 3) und *daß die überwiegende Mehrheit unserer Studenten und Nachwuchswissenschaftler fest auf dem Boden unseres Staates stehen und auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, die sozialistischen Errungenschaften weiterzuentwickeln und zu verteidigen. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß es nach wie vor verschiedenartige Schwankungen gibt, die meist auf einem noch ungenügend entwickelten Klassenstandpunkt zurückzuführen sind.* (S. 4)

Teile des wissenschaftlichen Nachwuchses erfüllten nicht ihre politisch-erzieherische Aufgabe und verträten *objektivistische Positionen* (S. 6).

59 Zwischenauswertung des Rektors und des Akademischen Senats zu den „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, 22. 4. 1966, S. 14 ff., in: UAH, Rep. 9, Nr. 167

60 abgeheftet in der Analyse des Studienjahres 1965/66, in: UAH, Rep. 9, Nr. 167; s. Dok. 1

61 Analyse des Studienjahres 1965/66, S. 3 ff., a. a. O.

Das spiegele sich selbstverständlich im Entwicklungsstand des politisch-ideologischen Bewusstseins der Studenten wider. Es würden *provokatorische Auftritte einzelner Kommilitonen* geduldet (S. 7) und in der nationalen Frage *dringen viele Studenten immer noch nicht zu den Grundfragen vor ... so dass sie auf SPD-Führer und illusionäre Vorstellungen vor allem über den westdeutschen Imperialismus hereinfließen* (ebd.).

Es wird auch auf widersprüchliches Verhalten *bei nicht wenigen Studenten hingewiesen, die in Seminaren des Grundstudiums andere Auffassungen vertreten als in der Öffentlichkeit* (ebd.).

Der Marxismus-Leninismus werde *von der Mehrheit ... als wissenschaftliche Gesellschaftserkenntnis anerkannt. Es ist aber nicht zu übersehen, dass einige Studenten – sobald wir sie sich selbst überlassen – in ihrem Denken oft auf andere Wege abgedrängt werden. So müsse ein gewisses Anwachsen bürgerlicher, idealistischer Ideologien festgestellt werden und so träten immer noch die meisten Studenten den feindlichen imperialistischen Auffassungen kaum offensiv entgegen* (S. 11). In Internaten werde es vielfach als „legitim“ angesehen, Westsender zu empfangen., *ohne dieses Verhalten zu verurteilen ... Dagegen auftretende Studenten können sich nur schwer durchsetzen, werden in die Isolierung gedrängt und resignieren* (ebd.).

Bei dem Grundsatz der Einheit von fachlicher Lehre und sozialistischer Erziehung wird in der Analyse eine „positive Entwicklung“ festgestellt. Aber viele Professoren hätten noch Vorbehalte und es könne „also noch keine Rede sein“ von einem kontinuierlichem Erziehungsprozess auf der Grundlage der geforderten Einheit (S. 15).

1970/71: „Die Direktive“

Nach den aufgeregten und aufwendigen Aktivitäten um die „Prinzipien“ war zunächst eine gewisse Beruhigung bei den Fragen marxistisch-leninistischen Bewusstseins eingetreten.

Die Ereignisse in der ČSSR im *Herbst 1968* wurden, wenn wir den Berichten folgen, eher auf einer konkreten politischen Ebene diskutiert.⁶² Im Februar 1969 fassten die Berichtersteller ihre Sicht so zusammen: *Insgesamt kann die Lage so charakterisiert werden, dass bei der übergroßen Mehrheit der Studenten keine oppositionelle Haltung gegenüber unserer Politik vorhanden ist, dass andererseits jedoch nur wenige selbständige Gedanken verbunden mit echter Aktivität sichtbar werden, um unsere Einrichtung vorantreiben zu helfen.*⁶³

62 vgl. S. 14f. und Dok. 9 von 1. 10. 1968

63 IB Januar 1969, S. 12

Im März 1970 sah das MHF Anlass zu einer neuen Initiative, der „Direktive zur Erhöhung der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung der Studenten“, die nun, verbunden mit der „Weisung des Ministers zur Durchsetzung der Direktive“ die Hochschulen der DDR für einige Monate intensiv beschäftigte. Die MLU widmete ihr zwei Informationsberichte (Mai und Juli 1970), zwei Sonderinformationen (April/Mai und August 1970) und zahlreiche Beratungen, Berichte und Versammlungen in kaum überschaubaren vielen Gremien.

In einer ersten Antwort vom 30. 4. 1970⁶⁴ wurde nach Berlin gemeldet, dass Direktive und Weisung des Ministers an der MLU „sofort ausgewertet und Maßnahmen zur Durchsetzung festgelegt“ worden seien: Weisungen des Rektors, Beratungen mit den Sektions- und Bereichsdirektoren, Auswertungsgespräche in allen Fakultäten des Wissenschaftlichen Rates, die Erarbeitung von Beispielen zur Erhöhung der marxistisch-leninistischen Erziehung, die Durchführung von Vollversammlungen, Kontrolle aller Maßnahmen über das Leitungsinformationssystem der MLU u. a.

Der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften hatte den Sektionen „folgende Zielvorstellungen“ als Leitfragen für ihre Arbeit an der Direktive vorgegeben:

- *Wie werden in den Sektionen die Grundkenntnisse in M-L der Ausbildung und Erziehung zugrunde gelegt?*
- *Wie wird die Verantwortung der Hochschullehrer ... für die M-L Grundausbildung erhöht?*
- *Wie werden auf der Grundlage der Direktive Vereinbarungen mit der Sektion M-L und der FDJ präzisiert?*
- *Wie kann die Einstellung zum Marxismus-Leninismus verbessert werden?*⁶⁵

Drei Monate später, im August 1970, folgte als Sonderinformation 2 der Bericht über die Erfüllung der Weisung des Ministers vom 6. 3. 1970⁶⁶

Nach dem einleitenden Hinweis, *die Durchführung der Direktive sei ein Aufgabe von historischem Rang*, wird dann über die Maßnahmen berichtet, die die MLU zur Erfüllung dieser Aufgabe eingeleitet hat.

64 Informationen über eingeleitete Maßnahmen zur Durchsetzung der Direktive des Ministers zur Erhöhung der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung vom 30. 4. 1970, S. 1f.; Anlage zum IB Mai 1970

65 ebd., S. 2

66 in: IB August 1970, S. 44–49

Wir haben diese Sonderinformation in den Dokumentenanhang aufgenommen, weil sie ein Beispiel dafür ist, wie abgehoben vom Leben und Denken der Studenten, wie bürokratisiert und in welchen Leerformeln die marxistische Philosophie betrieben werden konnte.

Die politisch-weltanschauliche Bildung und Erziehung der Studenten hatte sich jetzt auf einem komplizierten politischen Feld zu bewähren. Die neue Ost- und Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Regierung hatte einen erweiterten Reiseverkehr, Kontakte auf unterschiedlichen Ebenen und in stärkerem Maße als bisher die Konfrontation mit „Argumenten des Klassenfeindes“ zur Folge. Die SED sah zu Recht eine „Verschärfung des Klassenkampfes“ voraus, bei der Kenntnisse und ideologische Festigkeit eine wachsende Bedeutung gewinnen mussten.

Partei- und Universitätsleitung sahen sich in diesen Wochen, in denen sie unter sich auf einer eher abgehobenen Ebene mit der Direktive beschäftigt waren, mit Fragen und Argumenten konfrontiert, die ihnen Schwierigkeiten bereiteten. Studenten stellten die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in Zweifel, sie ließen *Illusionen hinsichtlich der Brandt-Scheel-Regierung erkennen, die noch nicht restlos beseitigt werden konnten*, und sie erwiesen sich als *noch nicht in der Lage, die neuen Erscheinungen in Westdeutschland richtig einzuordnen und den Revisionismus klassenmäßig einzuschätzen*.⁶⁷

Der Bericht für August 1970 geht in seiner Analyse der Erziehungs- und Bildungsarbeit auf diese Probleme ein und kommt zu der Schlussfolgerung, *es bedarf noch der verstärkten leitungsmäßigen Anstrengung mit den Mängeln im Fach Marxismus-Leninismus Schluß zu machen*.⁶⁸

Drei Jahre nach der aufwendigen und anstrengenden Kampagne um die Direktive, im Juli 1973, waren diese Mängel offenbar noch nicht behoben. Zwar wurde erneut von Erfolgen in der marxistisch-leninistischen Weiterbildung berichtet, aber *ohne sie schmälern zu wollen, muß dennoch auf einige Probleme hingewiesen werden* – Studenten stellten jetzt Fragen wie diese:

- „Warum reden wir von der zunehmenden Abgrenzung gegenüber der BRD, wenn andere Länder, wie Polen, ČSSR, vor allem Ungarn und Rumänien sich um engere Kontakte zur BRD auf vielen Gebieten bemühen, vor allem des Tourismus?“
- „Warum behindern wir, obwohl es vertraglich vereinbart wurde, die Reisetätigkeit von Bürgern der DDR in dringenden Familienangelegenheiten in die BRD?“

67 IB Mai 1970, S. 10ff.

68 IB August 1970, S. 8

-
- „Weshalb polemisieren wir so scharf gegen die SPD-Regierung und Brandt, die doch offensichtlich, im Gegensatz zur CDU/CSU, eine andere, dem Frieden dienende Politik betreibt und weshalb bewerten wir diese Politik anders, als es L. Breschnew anlässlich seines Besuches in Bonn getan hat?“

Solche Fragen ... zeigen, dass viele Unklarheiten – ihr Ausgangspunkt liegt oftmals in der gegnerischen Information – aus noch unzureichenden Kenntnissen der marxistisch-leninistischen Theorie und Politik resultierten und die Wechselbeziehungen zwischen Theorie und Praxis oft noch ungenügend dialektisch erfasst werden.⁶⁹

Die Antwort ist ein weiteres Programm „für die Gestaltung der marxistisch-leninistischen Weiterbildung“:

1. Die politisch-ideologische Arbeit in den Seminaren und Zirkeln ist zu verstärken ...
2. In allen Seminaren und Zirkeln ... ist solchen theoretisch-ideologischen Fragen große Aufmerksamkeit zu schenken wie:
 - der revolutionäre Weltprozess und die Pionierrolle der Sowjetunion im Kampf für den Fortschritt der Menschheit;
 - die weitere allseitige Stärkung der DDR und ihre unlösbare Verankerung in der sozialistischen Staatengemeinschaft ... Der objektive Prozess der Abgrenzung der DDR von der imperialistischen BRD ...
3. Von den Teilnehmern muß noch stärker gefordert werden, dass sie sich gewissenhaft auf die Veranstaltungen vorbereiten ...
4. Es ist erforderlich, die systematische Qualifizierung der Zirkelleiter strenger zu kontrollieren und durchzuführen ...⁷⁰

Die siebziger und achtziger Jahre

Seit der **Mitte der siebziger Jahre** änderte sich die Stellung des Themas „Marxismus-Leninismus“ in den Berichten des Informationsbeauftragten. Es fehlen die Direktiven und Kampagnen zur Gestaltung der marxistisch-leninistischen Bildung, „Marxismus-Leninismus“ erscheint auch nicht mehr als eigenständiger Punkt der Informationsberichte.

In den Zeiten des pragmatischen Kurses Erich Honeckers ging es nicht mehr um die Exegese der Klassiker und um den Marxismus als philosophische Lehre. Fragen des Bewusstseins und der politisch-ideologischen Erziehung sind jetzt eher verknüpft mit Fragen nach der persönlichen

69 IB Juli 1973, S. 7f.

70 ebd., S. 16f.

Einsatzbereitschaft der Studenten, insbesondere ihrer Verteidigungsbereitschaft, und mit den Problemen des DDR-Alltags.

So debattierten beispielsweise die Studenten des 3. Studienjahres der Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde im Rahmen ihrer Ausbildung in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus das Problem, *ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, statt zusätzliche Urlaubstage zu gewähren, mehr Konsumgüter zu produzieren, da bei den derzeitigen Angebotslücken ein großer Teil der gewonnen Freizeit durch Wege- und Wartezeiten wieder verloren ginge.*⁷¹ Dieser Thematik sind drei Seiten des Berichtes aus dem M-L-Seminar gewidmet.

Diese Tendenz hielt in den **achtziger Jahren** an, auch wenn gelegentlich nach den alten Mustern gegriffen wurde, wenn die Erwartungen an das politische Bewusstsein wieder einmal enttäuscht wurden, wie im November 1984: Bei politischen Gesprächen *traten immer wieder Varianten von Fragen auf, die bereits hinreichend geklärt zu sein schienen.* Es wurden deshalb *für die weitere ideologische Arbeit ... die Lehrkonzeptionen auf den neuesten Stand (Gewi-Konferenz, Philosophiekongress) gebracht und die Argumentation zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie überprüft.*⁷²

Mit Beginn von Perestrojka und Glasnost um die **Mitte der achtziger Jahre** und mit den rapide wachsenden Versorgungsproblemen in der DDR erhielten auch die Diskussionen um den Marxismus-Leninismus sehr schnell eine neue Qualität.

Die Fragen nach den aufregenden Veränderungen in der Sowjetunion wurden ein „Dauerbrenner“⁷³, ihre *Beantwortung [erwies] sich selbst für die Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde als problematisch.*⁷⁴ Bei der Vorbereitung der marxistisch-leninistischen Weiterbildung im Studienjahr 1987/88 musste nun *besondere Aufmerksamkeit denjenigen Studenten gewidmet [werden], die mit Freunden aus der Sowjetunion und der VR Polen zusammentreffen. Besuchsprogramme sollen die politische Einflussnahme auch während der Sommermonate gewährleisten.*⁷⁵

Die offenen Beschwerden der Studenten über die Missstände in der alltäglichen Versorgung, beim Zustand der Gebäude und technischen Anla-

71 ApP Februar 1979, S. 3

72 ApP November 1984, S. 4

73 ApP Juli 1987, S. 7

74 ApP November 1988, S. 6

75 ApP Juli 1987, S. 8

gen prägen die Berichte wie nie zuvor und sie sind jetzt zunehmend mit grundsätzlichen Fragen verknüpft, etwa: *ob wir die von Lenin formulierte Aufgabe erfüllen und jemals an das Entwicklungsniveau der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder herankommen können.*⁷⁶

Im Mai 1989 *schätzte die Sektion Marxismus-Leninismus ein, dass sich die Lehrveranstaltungen ... unvergleichlich schwerer durchführen lassen als im Vorjahr.* Der Besuch der Veranstaltungen habe abgenommen, *nicht wenige Studenten hätten im Grunde genommen den Glauben an die historischen Überlegenheit des Sozialismus verloren.*⁷⁷

Im September 1989, im letzten Bericht an das MHF, wird im Rahmen der Vorbereitungen des 40. Jahrestages der DDR noch einmal an die marxistisch-leninistische Erziehung appelliert:

*In den Mittelpunkt des Erziehungs- und Ausbildungsprozesses und unter die persönliche Kontrolle des Rektors wurde die politisch-ideologische Arbeit zur Entwicklung eines klaren Klassenstandpunktes gestellt ... Die Sektion ML traf die erforderlichen Abstimmungen, damit die Lehrveranstaltungen im Grundlagenstudium reibungslos und mit noch größerer Wirksamkeit anlaufen.*⁷⁸

Zusammenfassung

1. Die Informationsberichte spiegeln unübersehbar die Bedeutung und die Funktion des Marxismus-Leninismus in den Hochschulen der DDR. Kein anderes Thema ist vom ersten bis zum letzten Bericht so präsent wie das der marxistisch-leninistischen Ausbildung und Erziehung, unabhängig von den wechselnden politischen Rahmenbedingungen.

Die Berichte zeigen auch nachdrücklich, welche enormen organisatorischen, personalen und finanziellen Mittel in diesem Bereich eingesetzt worden sind und welche bürokratische Formalisierung die weltanschauliche Erziehung erfahren hatte.

2. Die Berichte lassen den Schluss zu, dass die engagierten und aufwendigen Anstrengungen am Ende gescheitert sind.

Die Studenten haben in ihrer Mehrheit die Pflichtveranstaltungen besucht, sie haben Politische Ökonomie, Dialektischen und Historischen Materialismus und Wissenschaftlichen Sozialismus gelernt und die Prüfungen

76 ApP Mai 1988, S. 5

77 ApP Mai 1989, S. 8

78 ApP September 1989, S. 1

absolviert, aber sie haben in ihrer Mehrheit den Marxismus-Leninismus nicht zu ihrer persönlichen Weltanschauung gemacht. Sie konnten oder wollten ihre Kenntnisse nicht auf das politische Geschehen ihrer Gegenwart anwenden und waren am Ende nicht gewappnet gegen die „ideologische Diversion“ des politischen Gegners.

Dabei sei daran erinnert, dass in den Berichten seit den 70er Jahren von Studenten die Rede ist, die in der DDR geboren wurden und marxistisch-leninistische Erziehung bereits im Kindergarten und in der Schule erlebt hatten.

3. Die Berichte können auch zu einer Erklärung beitragen, **warum** die jahrelangen Bemühungen um die marxistisch-leninistische Erziehung scheiterten.

(a) Das Sein der Studenten bestimmte ihr Bewusstsein. Sie konnten ihre Realität in den marxistisch-leninistischen Lehrveranstaltungen nicht wiederfinden.

Auf dem Höhepunkt der Anstrengungen um die Verwirklichung der „Direktive zur Erhöhung der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung der Studenten“, im Oktober 1970, wird auch berichtet von wiederholten Beschwerden über die Situation in den Internaten, über defektes Mobiliar, „diskontinuierliche Heizung“, fehlende Arbeitsräume und anderes. In dem gleichen Bericht werden auch die Erfahrungen wiedergegeben, die FDJ-Studenten-Brigaden bei einem Arbeitseinsatz in der Sowjetunion mit Arbeitsbedingungen und Lebensstandard gemacht hatten: *Der Einsatz und die gesamte Arbeit der Brigaden hat schwere ideologische Probleme bei den Teilnehmern hinterlassen. Besonders die ABF-[Arbeiter- und Bauern-Fakultät]Studenten sind durch diese Erlebnisse tief deprimiert.*⁷⁹

(b) Die Didaktik und Methodik der Lehrveranstaltungen waren nicht geeignet, die Studenten *von der marxistisch-leninistischen Philosophie – der interessantesten Philosophie der Weltgeschichte – zu begeistern*; es gelang nicht, die Studenten anzuregen, *von dieser zuverlässigen Position aus immer wieder über die neuen Probleme nachzudenken*.⁸⁰ Ziele, Themen, Arbeitsmaterial und Arbeitsformen wurden von der Sektion ML festgelegt, sie trafen, was gelegentlich auch eingestanden wird, nicht die Fragen und Sorgen der Studenten. Bei aller Kritik an der Lehrkräften sind

auch die Ansprüche der Berichterstatter in diesem Punkt eher bescheiden gewesen, wenn sie Themen wie „die gesetzmäßig wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ihre Verwirklichung durch die marxistisch-leninistische Partei“ oder „die Rolle der SU als Kern- und Hauptmacht des sozialistischen Systems“ als Beispiele für eine „lebensnahe Behandlung des Stoffes“ loben.⁸¹

(c) Die Lehrenden und die Berichterstatter beklagen und kritisieren bis zum Ende der Berichte im Herbst 1989 den ungenügend selbständigen und schöpferischen Umgang mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus.

Sie beklagen ein Dilemma, das sie selbst geschaffen hatten.⁸² Der Marxismus-Leninismus war seit Stalin zunehmend dogmatisch geworden und er hatte zu allen Zeiten eine „Funktion im Gefüge der Macht“. ⁸³ Der Rektor der Martin-Luther-Universität hatte es schon 1966 als einen „unumstößlichen Grundsatz“ verkündet, dass das „Institut für Marxismus-Leninismus als Instrument der Partei“ zu verstehen sei.⁸⁴

Der freien Meinungsäußerung und dem schöpferischen marxistischen Denken waren Grenzen gesetzt und alle wussten es.

4. Die Partei- und Universitätsleitung, und zu ihr muss man auch die Berichterstatter zählen, reagierten auf die offensichtlichen Mängel im politischen Bewusstsein der Studenten auf eine bemerkenswerte Weise unmarxistisch. Sie begegneten diesem „Überbau“-Problem nicht mit Überlegungen zu Veränderungen an der „Basis“, im sozialen und ökonomischen Sein ihrer Studenten, sondern unverändert und beharrlich mit den gleichen „Überbau“-Maßnahmen: *das Studium des Marxismus-Leninismus für alle Studenten erweitern, ... die marxistisch-leninistische Weiterbildung intensivieren*, neue Lehrprogramme entwickeln, die Qualität der Lehrveranstaltungen erhöhen ...

Dabei zeigt sich immer wieder die Überzeugung, es werde gelingen, *die weltanschaulich-klassenmäßige Erziehung für die künftige Entwicklungsperiode zentral zu leiten und ... wirkungsvoll durchzusetzen.*⁸⁵

81 ApP Juli 1973, Blatt 2192f.

82 vgl. Zusammenfassung, S. 79

83 St. Wolle, S. 130

84 Zwischenauswertung des Rektors ... 1966, S. 14, in: UAH, Rep. 9, Nr. 167

85 Zwischenauswertung des Rektors ... 1966, ebd., S. 15

79 ApP Oktober 1970, S. 32; vgl. Dok. 10

80 Analyse des Studienjahres 1965/66, S. 10

4.2.2. Polen und die sozialistischen Bruderländer

Polen und die Solidarność-Bewegung 1980/81

Mit dem Sommer 1980 gewinnen die sozialistischen Nachbarländer in den Informationsberichten wesentlich an Bedeutung. Der IB für August endet mit folgendem Schluss-Satz: *Stärker als sie [Meinungsäußerungen zum geplanten Treffen Honecker–Schmidt. – die Autoren] und gegenwärtig im Steigen begriffen ist die Diskussion um die Situation in der VR Polen. Mit Hilfe des in der Presse veröffentlichten Materials verläuft sie bisher sachlich und klärend.*⁸⁶

Einen Monat später heißt es zur „Diskussion um die Situation zu den Ereignissen in der VR Polen“: *Die jüngste Entwicklung in der VR Polen hat in den Tagesgesprächen der Mitarbeiter trotz der Konzentration auf die hochschulpolitischen Probleme zwar ein unterschiedlich großes, aber doch beachtliches Gewicht. Obwohl die Wissenschaftler und die Mehrheit der Angestellten⁸⁷ die Ereignisse weitgehend vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus aus beurteilen, gibt es eine kritische Haltung zur Politik der PVAP [Polnische Vereinigte Arbeiter-Partei] und Fragen wie:*

*... Wo standen die Parteimitglieder in den bestreikten Werken, wie kam es zu der Einheitlichkeit, was tat die Intelligenz, was unternahmen die Leiter? (Sektion Polytechnik). Hinter den Massenaaktionen wurden verhältnismäßig rasch die feindlichen Umtriebe erkannt.*⁸⁸

Bereits im November wird das Thema durch die eingeführten Beschränkungen für Reisen nach Polen in einen gewissen Zusammenhang mit der Geraer Honecker-Rede⁸⁹ gebracht.

Die Sektion ML nennt Fragen der Studenten, denen sich ihre Mitarbeiter häufig zu stellen hatten:

- *Was sind die Ursachen für die Entwicklung in Polen?*
- *Haben die Bruderparteien die Probleme nicht schon früher gesehen? Welche inneren Mechanismen in den marxistisch-leninistischen Parteien können vor solchen Fehlentwicklungen schützen?*
- *Wie kann die Konterrevolution beseitigt werden und welche Wege gibt es für den weiteren sozialistischen Aufbau in Polen?*⁹⁰

86 IB 11/80 (August 1980), S. 3

87 Die Studenten haben zu dieser Zeit noch Ferien.

88 IB 12/80 (September 1980), S. 4R und 5

89 13.10. 1980: Nennung von Vorbedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten (u. a. Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit)

Der Ernst der Lage in Polen ist offensichtlich; *die Lösung der Probleme wird in wachsendem Maße als schwierig und langwierig angesehen, umso mehr, als der Eindruck besteht, daß es der PVAP bisher nicht gelang, eine klare Konzeption zu erarbeiten und konsequente Schritte einzuleiten.*⁹¹

Während diese Fragebeiträge mehr eine Kritik an der polnischen Führung beinhalten, hört man noch andere Töne:

- *Ob der Streik als Mittel der Artikulation von Interessen nicht in dem Falle legitim sei, wenn Kritik der Arbeiterklasse nicht genügend beachtet wird,*
- *daß eine „legale Opposition“ im Sozialismus erforderlich sei, um ... vor fehlerhaften Entwicklungen zu bewahren.*⁹²

Vergleiche zwischen der Situation in Polen und in der DDR wurden im Wissenschaftsbereich Philosophie betreffs Versorgung und der Möglichkeiten der Planwirtschaft angestellt.⁹³

*Unter den Studenten leistete wiederum die Sektion ML eine beachtliche politisch-ideologische Arbeit, indem in den Vorlesungen über die Grundzüge der konterrevolutionären Strategie des Gegners informiert ... wurde.*⁹⁴

In den Seminaren wurde über diese Probleme diskutiert,

- die Einmischung des Klassegegners in die Angelegenheiten der VR Polen werde durchschaut,
- es wachse die Erkenntnis, dass der Ausweg nur in der Durchsetzung der Führungsrolle der Partei liege ..., usw.

*Einige von ihnen (Studenten) stimmten ... allerdings zunächst aus einer gewissen antipolnischen Haltung heraus zu.*⁹⁵ Es gebe noch manche Illusionen in Bezug auf die Arbeit der PVAP.

Zum eingeschränkten Reiseverkehr nach Polen heißt es: *unsere offensiv vermittelten Auffassungen dazu (stießen) auf keinen ernsthaften Widerspruch.*⁹⁶

90 IB 13/80 (November 1980), S. 1R – Diese ... Fragen traten nicht nur unter Studenten auf, ebd., S. 2

91 ebd. – So wird aus dem Lehrbereich 2 der Sektion ML (Sektionen Staats- und Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft) berichtet.

92 ebd., S. 1

93 vgl. ebd. S. 2

94 ebd., S. 2R.

95 ebd.

Das letzte Papier des Jahres 1980, die Zusammenfassung vom Dezember, weist der Polen-Frage wiederum „eine zentrale Stellung“ zu. Auf zweieinhalb Seiten wird darüber berichtet; unter vielem anderen dieses: *Übereinstimmend wird von den Sektionsleitungen hervorgehoben, daß sie auf Grund der guten Informationen des Rektors bei seinen Beratungen mit den Sektionsdirektoren in der Lage sind, die politisch-ideologische Massenarbeit offensiv zu gestalten. Da dies allerdings mit einem erheblichen Aufwand an Arbeitszeit“, bzw. „mit hohem personellen und zeitlichen Aufwand verbunden sei, wird in der Sektion Physik eine derartige Nachrichtenvermittlung nur in außerordentlichen Fällen für praktikabel gehalten.*⁹⁷ Weiter heißt es lediglich, dass *prinzipiell, wenn auch nicht bei allen Kollegen, Verständnis dafür [herrsche], daß es der Sache nicht dienlich wäre, die intern verbreiteten Informationen gegenwärtig in Presse und Funk zu publizieren.*⁹⁸

*Im MLG [marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium] wurden besonders im Zusammenhang mit den allgemeinen Gesetzen beim Aufbau des Sozialismus politisch-ideologische Grundfragen offensiv und zielgerichtet aufgegriffen, so daß die überwiegende Mehrheit der Studenten mittlerweile die Ereignisse in Polen klar als Konterrevolution einordnet.*⁹⁹

Im Januar-Bericht heißt es dazu: *Magnifizenz vermittelte auf dem Dienstwege zahlreiche Fakten und Zusammenhänge, mit denen in den Struktureinheiten eingehend argumentiert wurde. Übereinstimmend heben die Sektionsleitungen hervor, daß sie damit in der Lage sind, die Diskussion zu lenken und zu beherrschen. Selbst einzelne Mitarbeiter zollten dieser ausführlichen Information hohe Anerkennung.*¹⁰⁰

Es geht also um eine *langfristige Stärkung der sozialistischen Positionen in der VR Polen*, [sowie die] *verstärkte Überzeugung, daß es dem Gegner nicht gelingen wird, die Lage in Polen für seine Ziele auszunutzen.*¹⁰¹

Immerhin: *Zugleich wird dort [in der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) – die Autoren] wie auch in Studentenkreisen eine im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern angeblich oberflächliche Berichterstattung unserer Massenmedien über die Lage in der VR Polen und die Ursa-*

96 ebd., S. 2

97 Zsf. November/Dezember 1980, S. 3f.

98 ebd.

99 ebd., S. 4

100 IB 1/81 (Januar 1981), S. 2f.

101 Zsf. November/Dezember 1980, S. 4

*chen der gegenwärtigen Krise kritisiert.*¹⁰² Derselbe Aspekt kehrt bereits in der Zusammenfassung vom Februar wieder, wo es heißt: *Die Sektion Geschichte / Staatsbürgerkunde beanstandet, daß die Information durch unsere Medien über Polen in den zurückliegenden Jahren offenbar nicht ganz den Realitäten entsprochen hätte ...*¹⁰³

Im Januar 1981 wird sowohl über „größere Zuversicht“ in die sozialistische Sache berichtet als auch von der Notwendigkeit, *daß in der politisch-ideologischen Arbeit der Situation in der VR Polen weiterhin die volle Aufmerksamkeit zu schenken ist.*¹⁰⁴

Und weiter: *Anhand dieser Situation und vor allem angesichts unserer eigenen Ziele und Aufgaben stärken wir bei den Universitätsangehörigen die Grundüberzeugung von der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Strategien.*¹⁰⁵

Auf jeden Fall ist festzustellen, dass alle vorliegenden Materialien um die Jahreswende 1980/81 reges Interesse und auch manche Auseinandersetzung zum Thema Polen dokumentieren. Dazu gehören durchaus auch negative Töne: *So wie wir heute arbeiten, werden die Polen morgen leben* wird aus der Sektion Wirtschaftswissenschaft berichtet.¹⁰⁶

Aber: *Dominierend sind bei Mitarbeitern wie Studenten aber die Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Frage nach der Überwindung der konterrevolutionären Lage in der VR Polen.*¹⁰⁷ Erst im Februar 1981 wird die bereits seit Monaten bestehende freie polnische Gewerkschaft „Solidarność“ namentlich genannt, wenn auch mit negativem Unterton.¹⁰⁸

Damit scheint das Thema Polen in der Berichtergebung für einige Zeit erschöpft zu sein bzw. es wird von anderen Angelegenheiten überlagert, so etwa von Berichten über die stets sehr ausführlich gewürdigten Parteitage sowohl der KPdSU (XXVI.) als auch der SED (X.), über den Stand der Wehrbereitschaft der Studenten, sowie die Vorbereitung der Volkswahlen für die Volkskammer und die Bezirkstage.

102 ebd., S. 3

103 Zsf. Januar/Februar 1981, S. 4

104 ApP 1/81 (Januar 1981), S. 3

105 ebd.

106 Zsf. Januar/Februar 1981, S. 4. – Aus dem ORZ hieß es dazu an der gleichen Stelle: *Die sollen erst mal arbeiten. – Materielle Hilfe ... durch die DDR wurde nicht immer zustimmend registriert.*

107 ebd.

108 Zsf. Januar/Februar 1981, S. 3

Erst im Juli 1981 ist unser Thema wieder präsent und zwar wieder an vorderer Stelle – nach dem Kampf für Frieden und Rüstungsbegrenzung, aber noch vor der Auswertung des X. SED-Parteitages. Von nun an besitzt Polen eine so hohe Aktualität, so dass es bis Februar/März 1982 in jedem Monat thematisiert wird, d. h. bis zur Absicherung der Stellung des Militärrates unter Jaruzelski.

Im Juli heißt es so: *Der Einfluß imperialistischer Geheimdienste und der westlichen Massenmedien auf den Fortgang der Ereignisse im polnischen Nachbarland wird immer offensichtlicher. Die Mehrzahl der Mitarbeiter und Studenten ist in der Lage, auch daran die zunehmende Aggressivität des Imperialismus zu entlarven. Die Meinungen dazu fußen fast ausschließlich auf den Berichten der Publikationsorgane der DDR sowie auf den zahlreichen Begegnungen mit polnischen Fachkollegen, aber aus den Struktureinheiten kommen gehäuft Meldungen über Schwierigkeiten in der Kontaktaufnahme zu bestimmten Wissenschaftlern.*¹⁰⁹

Die Sektion Geographie erkennt nun: *Nach Erfahrungen ... ist die „Solidarnosz“ [sic!] an der Universität Gdansk die bestimmende Kraft geworden.*¹¹⁰

Die Skepsis gegenüber dem damals tagenden IX. PVAP-Parteitag ist unverkennbar, von „allgemeinem Unbehagen“ ist die Rede, weil „eine Formierung der klassenverbundenen Kräfte“ nicht erkennbar sei. Aus mehreren Struktureinheiten kommen jedenfalls Klagen über den Ausfall von Austauschpraktika (Geographie), von Studentenbrigaden (Polytechnik), sowie *über teilweise Isolierung während eines Studienaufenthaltes ...; ein sinkendes Interesse an der Zusammenarbeit mit der DDR wäre dort nicht mehr zu übersehen.*¹¹¹

Im September steigern sich die registrierten Besorgnisse unter den Universitätsangehörigen offenbar (so berichten es jedenfalls die Informationsbeauftragten in den Sektionen und an der MLU: man habe den *Eindruck, daß dort in der Bevölkerung „Solidarnosz“ [sic!] an Boden gewinnt.*¹¹², so die Sektion Geographie.

An der MLU nehme man aber *jede Gelegenheit wahr, um polnischen Staatsbürgern ohne jede Überheblichkeit und Bevormundung, aber mit berechtigtem Stolz die Ergebnisse beharrlicher Arbeit nach einem wissenschaftlich begründeten Parteiprogramm darzulegen.*¹¹³

109 ApP (Juli 1981), S. 2f.

110 ebd., S. 3

111 ebd.

112 ApP (September 1981), S. 4

113 ebd.

So ähnlich auch in der nächsten Zusammenfassung: *Nach wie vor ein bevorzugter Diskussionsgegenstand, erkennen die Universitätsangehörigen immer klarer die Bestrebungen der Solidarnosc-Führung und verurteilen deren offene Provokationen als konterrevolutionäre Machenschaften.*¹¹⁴

Die Sektion Geographie muss die Erfahrung machen, dass verschiedene polnische Kollegen die Entwicklung in ihrem Lande als positiv ansehen; einzelne empfehlen diese sogar *Angehörigen anderer sozialistischer Länder ... zur Nachahmung.*¹¹⁵ Nahezu resigniert wirkt dann schon der letzte Absatz: *So ließ sich bisher in der Situation in Polen noch keine Wende zum Guten absehen, was immer häufiger zu der Frage Anlaß gab, ob solidarische Hilfe noch in die richtigen Hände gelangt. Davon ausgehend, daß innerhalb eines Jahres ein sozialistisches Land in einem derartigen Ausmaß von der Konterrevolution unterwandert werden konnte, läßt so manchen die Bedeutung der politisch-ideologischen Massenarbeit besser erkennen und tiefer in die Beschlüsse des X. Parteitages eindringen.*¹¹⁶

Der folgende Bericht (vermutlich vom Dezember) sieht die Situation in Polen immer noch als problematisch an. Obwohl undatiert, scheint er noch vor der Ausrufung des Kriegsrechts erstellt worden zu sein, denn er ist immer noch von großer Besorgnis geprägt. Mitarbeiter der Sektion Geographie wollen an der Universität Bratislava/ČSSR im Zuge der Rückgängigmachung der Sektionsbildung, *um angeblich eine stärkere Demokratisierung zu erreichen ...; polnische Einflüsse erkannt haben.*¹¹⁷

Ähnliches gilt nun auch für Ungarn: dort wurde *seit dem 1. Oktober 1981 eine Art frei konvertierbare Währung eingeführt* und die Grenze von der ČSSR aus dorthin geschlossen.

Aber: *Immer besser erkennen die Universitätsangehörigen, wohin es führt, wenn die führende Rolle der Partei geschwächt oder gar aufgegeben wird. Und unmittelbar darauf: Andererseits sind unseren Mitarbeitern und Studenten die Auswirkungen konterrevolutionärer Machenschaften am lebenden Beispiel deutlich vor Augen zu führen.*¹¹⁸

Im folgenden Zwischenbericht „Zur politisch-ideologischen Situation an der MLU“ heißt es: *Mit der gebührenden politischen Wachsamkeit wurde*

114 Zsf. September/Okttober 1981, S. 3

115 ebd.

116 ebd., S. 3f. (einem Bericht der Sektion Physik folgend)

117 ApP, ohne Monatsangabe (wohl Dezember) 1981, S. 5

118 ebd.

die Reaktion der Universitätsangehörigen auf die neue Situation in der VR Polen verfolgt.¹¹⁹

Dass bei Studenten die Frage aufkam, was unter einem Ausnahmezustand zu verstehen und mit welchen Konsequenzen er verbunden ist, ist verständlich und nachvollziehbar, denn vermutlich waren auch sie davon betroffen, dass *Universitätsparteileitung, staatliche Leitung und Jugendverband ... sich an jenem Wochenende und in den folgenden Tagen ... in besonderer Bereitschaft befanden.*¹²⁰

Weiter: *In der Diskussion werden Probleme aufgeworfen und vertrauensvoll geklärt, wie*

- *Wird der Militärrat zur nationalen Rettung in der Lage sein, die schwierige politische und wirtschaftliche Situation zu bewältigen?*
- *Steht die Armee hinter der Regierung und wie ist ihr Verhältnis zur PVAP?*
- *Wie reagiert die Mehrheit der Bevölkerung?*
- *Wie ist die Aufforderung der Kirche zur Mäßigung zu werten?*
- *Wie weit kann unsere materielle Hilfe gegenüber Polen gehen?*¹²¹

Es folgen Hinweise auf Ergebnisse von Spendensammlungen, Päckchenaktionen für polnische Kinder und das *Bewußtsein, daß sie [die Studenten – die Autoren] gerade mit dieser Sendung zu Weihnachten einen wirksamen Beitrag zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses zum Militärrat in Polen leisten.*¹²²

Der Januar-Bericht 1982 referiert ausführlich die „Reaktion auf den Ausnahmezustand in der VR Polen“ und beginnt sofort mit dem Hinweis auf die *gebührende politische Wachsamkeit, mit der verfolgt [wurde], wie die Angehörigen unserer Universität die Proklamierung des Ausnahmezustandes im polnischen Nachbarland aufnehmen.*¹²³

Nur noch einmal erscheint das Thema Polen in der unmittelbaren Folge, nämlich im März-Bericht. Unter „Grundfragen der Gegenwart“ wird Polen nur recht oberflächlich in übergeordneten Zusammenhängen erwähnt. Es sind dies die „Hochrüstungspolitik der USA-Administration“ und ihre *Anmaßung, Anwalt der Menschenrechte in der Volksrepublik Polen sein zu*

119 Zur politisch-ideologischen Situation ..., 7. 1. 1982, S. 3

120 ebd., S. 4

121 ebd. – Es wird hier allerdings nicht gesagt, wer diese Fragen aufwarf.

122 ebd., S. 5

123 ApP Januar 1982, S. 6; vgl. dazu auch Anm. 119

wollen ... Immer mehr Universitätsangehörige erkennen auch, daß die sogenannte „Internationalisierung“ der Vorgänge in Polen als Vorwand dient, den eingeschlagenen Kurs der Hochrüstung zu verschärfen.¹²⁴

Unter dem Punkt „Antimperialistische Bewegung und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems“ wird über die Stellung Polens innerhalb des sozialistischen Lagers noch kritisch berichtet, aber für fast alle Probleme wird die *Konterrevolution* verantwortlich gemacht, die sich durchaus noch nicht geschlagen gibt.¹²⁵

Im folgenden werden Diskussionen und Meinungsäußerungen über eine ganze Reihe sozialistischer Staaten erwähnt, von China über Vietnam und Campuchea (das ist Kambodscha) bis Ungarn und Rumänien.¹²⁶

Von diesem Zeitpunkt an taucht Polen nur noch sporadisch in den Berichten auf.

So im September 1982, als man sich Gedanken über neuerliche Unruhen in der VR Polen macht, jedoch Zuversicht in den Militärrat zur nationalen Rettung Polens setzt. Dennoch: *Vereinzelt wird über die materiellen Belastungen zu debattieren versucht, die für die sozialistischen Länder aus der polnischen Entwicklung erwachsen.*¹²⁷

Ein Jahr später wird in einem Sonderpapier noch einmal kurz auf Polen eingegangen; scheinbar ist bereits wieder „Normalität“ im Lande eingekehrt, auch in wirtschaftlicher Hinsicht.¹²⁸

4.2.2.2. Polen und die anderen sozialistischen Länder in den letzten Jahren der Berichterstattung (1987–1989)

Erst 1986/87 taucht das Thema „Entwicklung in den sozialistischen Ländern“ in den Berichten als regelmäßiger Schwerpunkt wieder auf und zwar im Zusammenhang mit der 43. Tagung des RGW/Comecon.

Besonders unter den Studenten war nicht erst in dieser Berichtsperiode ein steigendes Interesse an der Entwicklung in den einzelnen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verzeichnen ... Es stellen Stu-

124 ApP vom 18. 3. 1982, S. 3 – „Hochrüstung“ ist hier das Synonym für die Nachrüstungspolitik des Westens.

125 ebd., S. 5

126 ebd., S. 6 – Auch die damals neue Parole der KPF: „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ wird erwähnt.

127 ApP September 1982, S. 5

128 Aspekte zur Einschätzung der politisch-ideologischen Situation an der Universität; datiert: 23. 4. 1982, S. 3

denen folgende Fragen, die sinngemäß auch zahlreiche Mitarbeiter beschäftigen:

- Werden nicht die Unterschiede in der Entwicklung zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern zunehmend größer?
- Wie kommt es zu solch widerspruchsvollen Erscheinungen im realen Sozialismus wie den einschneidenden Preiserhöhungen in der VRP [Volksrepublik Polen] oder in der UVR [Ungarische Volksrepublik]?
- Worauf sind die gravierenden Versorgungsschwierigkeiten in der SR [Sozialistische Republik] Rumänien zurückzuführen?
- Wie kann in den sozialistischen Ländern das Leistungsprinzip wirksamer angewendet werden?

Die Sektion Polytechnik konstatierte ein ausgeprägtes Interesse an den wirtschaftlichen Neuregelungen in der SU, der VRP und der UVR und an ihren Auswirkungen auf das sozialistische Gesellschaftssystem.¹²⁹

Die nur wenig später zusammengestellte Zusammenfassung bietet weitere interessante Äußerungen im Kontext der Ansprache des Generalsekretärs der KPdSU Michail Gorbatschow auf der gemeinsamen Festsitzung zum 70. Jahrestag der Oktober-Revolution in Moskau. In der ULB gab es [dabei] wiederum Erwägungen, ob die eine oder andere Maßnahme nicht auch für unsere Verhältnisse zweckmäßig sei.¹³⁰

Wenig später heißt es zu den Fragen zu Entwicklungen in Bruderländern: *Im Berichtsmonat stiegen sowohl unter den Studenten als auch unter den Mitarbeitern die Fragen zu den Entwicklungstendenzen in den sozialistischen Bruderländern in einem bemerkenswerten Maße an. In der Sektion Chemie wurde stark über Verschuldungen sozialistischer Länder debattiert. Im ORZ [Organisations- und Rechenzentrum] sprach man von zunehmenden Unterschieden in der Wirtschaft der RGW-Staaten und fragte nach den Ursachen für Probleme in Polen, Rumänien und ... in der UdSSR.*¹³¹

Die Sektion Orient- und Altertumswissenschaften vermeldete dazu: *„Die Nachrichten über vorgesehene Änderungen in der ökonomischen Struktur*

129 ApP November 1987, S. 5f.

130 Diskussion und Meinungen zu aktuellen politischen Problemen – Zusammenfassung von Informationen aus den für den Monat November 1987 berichtspflichtigen Sektionen und Bereichen, datiert 2.12. 1987. – Handschriftliche Unterstreichungen im Original und entsprechende Markierungen am Rande; auf der ersten Seite findet sich u. a. eine entsprechende handschriftliche Bemerkung: 3. *Argumentation erarbeiten (ausgewählte Fragen)*. – Die amtliche Bezeichnung trägt seit Sommer 1983 diesen langen, fast barocken Titel. Aus praktischen Gründen bleiben wir bei der bisher üblichen Benennung.

131 ebd., S. 4; UdSSR: Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

der VR Polen einschließlich der Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel und Dienstleistungen lösten Diskussionen aus, ...“ ... Es zeigte sich ein starker Einfluß westlicher Medien und ungenügendes Verständnis dafür, daß wir die Probleme in den Bruderländern öffentlich nicht kommentieren ... Besonders diejenigen, die mit den Verhältnissen in Rumänien näher vertraut sind (z. B. WB [Wissenschaftsbereich] Romanistik) bezeichneten die Berichterstattung über den Besuch E. Honeckers in diesem Land als zu glatt und problemlos.¹³²

Zu Beginn des nächsten Jahres wurden Reaktionen auf die Begrenzung der „Valutamenge für den Individual-Tourismus in die ČSSR“ wiedergegeben. Dabei gab es zunächst recht harte Töne ... bis zu dem Vorwurf, daß die Festlegungen eine Einschränkung der persönlichen Freiheiten der Bürger bedeuteten, besonders ihrer Reisefreiheit, die ohnehin schon begrenzt sei.¹³³

Interessant, dass zu dieser Zeit Afghanistan bereits quasi zum sozialistischen Lager gezählt wurde. Im Zusammenhang mit der Regelung des Konfliktes in und um Afghanistan böten die Erklärungen Gorbatschows und des afghanischen Präsidenten zu den Genfer Verhandlungen gute Chancen für eine Lösung, doch stellten sich besorgte Fragen, ob Afghanistan nicht der Konterrevolution preisgegeben werde.¹³⁴

Es folgt ein etwas längere Schweigen über die sich vollziehenden Änderungen in Polen und in den anderen sozialistischen Ländern. Die März-Zusammenfassung vermerkt nur: *Zusammenarbeit mit Bruderländern bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft*, ohne wesentliche konkrete Angaben zu bieten. Dem bevorstehenden Nationalitätenplenium der KPdSU wird Aufmerksamkeit geschenkt; die Verleihung des Karl-Marx-Ordens an Ceausescu findet allerdings wenig Verständnis (die Ordensfrage besitzt noch für Monate eine gewisse Aktualität!).¹³⁵

Polen tritt erst spät wieder voll in das Scheinwerferlicht der Aufmerksamkeit. Die Zusammenfassung für den Monat Mai befasst sich mit dem dortigen Streik: *Geographie-Studenten seien in Poznan in der Auffassung bestärkt [worden], daß Arbeitsniederlegungen kein Mittel sind, um wirtschaftliche Schwächen abzubauen und die Verhältnisse im Lande grundlegend zu ändern. Die wilden Streiks in der VR Polen fanden keinerlei Verständnis.*¹³⁶ Skepsis auch gegenüber Ungarn und: *über die Versor-*

132 ebd., S. 5

133 Zsf. 3.2. 1988, S. 6

134 ApP März 1988, S. 7

135 DuM/Zsf. 6.4. 1988, S. 2f.

136 Zsf. 1.6. 1988, S. 5

gungslage in Rumänien wurden besorgniserregende Nachrichten verbreitet.¹³⁷

Der Juli-Bericht hält sich zurück, wenn er ausführt: *Bei aller Betonung der Eigenverantwortlichkeit der Bruderparteien für den Weg zum Sozialismus waren im zunehmenden Maße Überlegungen darüber anzutreffen, ob die sozialistischen Länder nicht enger zusammenrücken und gerade politisch-ideologisch wieder mehr Geschlossenheit an den Tag legen sollten, um auch wirtschaftlich den Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Die politische Situation in Polen, die Anlehnung Ungarns an bestimmte kapitalistische Wirtschaftsmethoden und auch der beunruhigende Nationalitätenzwist zwischen Ungarn und Rumänien würden verstärkte integrative Bemühungen notwendig machen.*¹³⁸

Etwas anders klingen die Töne dann im Herbst: *Bezüglich spezieller Einzelfragen wird allerdings erwartet, daß auch in der DDR Veränderungen eingeleitet werden bzw. das Entwicklungstempo wesentlich beschleunigt wird,* meint man laut September-Bericht in der Sektion Pflanzenproduktion.¹³⁹

Immer noch werden die großen Probleme in Rumänien artikuliert. So heißt es in diesem Zusammenhang: *Gerade in der letzten Zeit wurden beispielsweise zahlreiche Einwände zu Entwicklungen in der Sozialistischen Republik Rumänien vorgebracht und dazu Einzelheiten angeführt, die nicht aus unseren Medien und nur selten aus eigenen Erfahrungen stammen können.*¹⁴⁰

Das am 5. Oktober folgende Papier enthält fast zwei Seiten lang Äußerungen zu gesellschaftlichen Prozessen in sozialistischen Ländern. Unter anderem heißt es: *Große Sorgen wurden über die jüngsten Vorgänge in der VR Polen geäußert. – Politisch engagierte Mitarbeiter des ORZ befürchten, „daß die Regierung der VRP im Neugang [sic!] mit offenbar antisozialistischen Kräften auf undurchsichtige und gefährliche Art taktiert.“*¹⁴¹ Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt – wie schon früher – so auch jetzt wieder auf den berichteten Besorgnissen über die immer komplizierter werdende Lage im sozialistischen Lager.¹⁴² Auch Ungarn (von

Arbeitslosigkeit berichtet die Sektion Pflanzenproduktion), Rumänien (Armut großer Bevölkerungsteile versus große Machtfülle N. Ceausescus und seiner Familie) und die ČSSR (positiv: Dienstleistungen und Ersatzteilversorgung) treten wieder ins Blickfeld.¹⁴³

Im November wird neuerdings das besondere Interesse an den Ereignissen und Veränderungen in den Bruderländern hervorgehoben.

Aus der Sektion Germanistik und Kunstwissenschaften kamen kritische Anmerkungen zur Informationspolitik: Zwischen der anerkannten Haltung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Bruderländer und den spärlichen Nachrichten über die spezifischen Wege der sozialistischen Länder gäbe es noch eine Palette von anderen Möglichkeiten! In der ABF bezeichnete man die *politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Polen und in Jugoslawien ... als beunruhigend für die sozialistische Entwicklung in diesen Ländern.*

*Studenten der Sektion Pflanzenproduktion [vertraten in Lehrveranstaltungen der Sektion ML] in 5 von 10 Seminar-Gruppen des 3. Studienjahres die Meinung, daß grundlegende Aussagen im „Kommunistischen Manifest“ ihre Gültigkeit verloren hätten. Im 4. Studienjahr des Bereiches Medizin wurde im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution die führende Rolle der Arbeiterklasse in Abrede gestellt.*¹⁴⁴

Das Jahr 1989 setzt zu unserem Thema erst mit dem März-Bericht voll wieder ein.¹⁴⁵

*Der erkennbare Differenzierungsprozeß führt zu vielerlei Fragen ...*¹⁴⁶ *Generell klingt aus den aufgeworfenen Fragen Besorgnis über die Entwicklung in einigen Ländern [insbesondere in Polen und Ungarn, aber auch in der SU] heraus. Wird es gelingen, den Sozialismus auf ein höheres Niveau zu entwickeln?*¹⁴⁷ Besorgnis und Befürchtungen werden geäußert ... *über die von Karoli Grosz eingeräumte mögliche Oppositionsrolle der USAP [Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei], ... die Aufgabe der führenden Rolle der USAP [könnte] zu einer Verbürgerlichung dieses*

137 ebd.

138 ApP Juli 1988, S. 7 – Ohne Nachweis für die genaue Herkunft dieser Äußerungen

139 ApP September 1988, S. 4

140 ebd. S. 5 – evtl. aus der Sektion Sportwissenschaft stammend

141 Zsf. 5. 10. 1988, S. 4f.

142 Großen Wert legt man offenbar auf die in mehreren Berichten immer wieder genannten und „dankbar ... aufgenommenen“ Erklärungen, Ausführungen und Argumentationen (und auch ein Interview) von Prof. Otto Reinhold zur Gesellschaftsstrategie. – vgl. ebd., S. 5

143 ebd., S. 4

144 ebd., S. 6f.

145 Informationsbericht über aktuelle politische Probleme, März 1989; vgl. dazu S. 4f. – Die Benennung der Berichte wurde (möglicherweise durch eine Vertretung) für kurze Zeit geändert; im Januar hieß es: „Berichterstattung an das MHF/APP.“

146 Die auf Seite 4 genannten Fragen aus den Sektionen Theologie, Medizin, Pflanzenproduktion und Erziehungswissenschaften entsprechen den bisherigen Besorgnissen und sind nicht neu.

147 ebd., S. 5

*Staates und damit zum Unsicherheitsfaktor im sozialistischen Lager führen.*¹⁴⁸

Einerseits wurde sie bezweifelt, andererseits aber mit Entsetzen zur Kenntnis genommen: die Mitteilung, *daß in der SU ca. 43 Mio. Bürger unter der Armutsgrenze leben.* (Sektion Pflanzenproduktion). Auch wurden besorgte Fragen zum Weiterbestehen der „demokratischen Ordnung“ in Afghanistan aufgeworfen.

Im Mai-Bericht treten die Probleme der sozialistischen Bruderländer etwas hinter der DDR-Innenpolitik („Wahlbewegung“ zu den Kommunalwahlen) und der Abrüstungsproblematik zurück. Aber *die Situation in den einzelnen Bruderländern ... [blieb] auch in diesem Berichtszeitraum ein zentrales Thema der politischen Diskussion ... Im einzelnen wurden die Bestrebungen nach einem politischen Pluralismus angesprochen, wie sie offenbar in Polen und Ungarn vorhanden sind und es kam dabei die Frage auf, ob nicht auch wir ein entsprechendes Äquivalent dazu entwickeln sollten.* (Bereich Medizin).¹⁴⁹

Die Zusammenfassung für Mai führt aus: *Es wird noch ungenügend versucht, sich aus Mitteilungen über reale Sachverhalte ein Bild von der Situation in den anderen sozialistischen Ländern zu machen.*¹⁵⁰ Bei der Bewertung der Entwicklung in Polen und Ungarn ließ sich Vorsicht und Zurückhaltung feststellen. Eine extreme Frage lautete: „Wird dort versucht, Probleme des Sozialismus zu lösen, indem man ihn stückweise abschafft?“¹⁵¹

Der Normalisierung des Verhältnisses UdSSR–VR China wird nun ein eigener Abschnitt gewidmet. Besonders die Sektion Orient/Altertum begrüßt diese Entwicklung nach 30-jährigen Diskrepanzen. Reformpolitik der KPCh (Kommunistische Partei Chinas), jüngere Geschichte des Landes und viele politische Geschehnisse fanden zwei Mitarbeiter der Sektion Geographie selbst nach dem bisherigen Zusatzstudium im bevölkerungsreichsten Land der Erde nicht richtig verständlich.¹⁵²

Natürlich musste der Juli-Bericht die *Vorgänge in der VR China* [gemeint ist das Massaker auf dem Tienanmen-Platz] einschätzen und zwar noch vor den Gedanken zur Gesellschaftsstrategie des Sozialismus.¹⁵³ Nicht

uninteressant erscheint diese Information: ... *die Sektion ML [berichtete], daß Studenten aller Studienjahre und Sektionen die Vorgänge [in China] durch die Brille des Medienimperialismus der BRD wiedergaben.* Es wird gefragt, ob ... *aus den entsprechenden Verlautbarungen der dortigen Partei- und Staatsführung ein objektives Bild zu gewinnen war.*¹⁵⁴ *Die gewaltsamen, blutigen Ausschreitungen ... und der darauf erfolgte Einsatz bewaffneter Kräfte [erfuhren] bei Mitarbeitern wie Studenten eine unterschiedliche Bewertung. – Vor allem Studenten richteten ... eine Vielzahl von Fragen auf gesellschaftsstrategische Probleme wie auf das Wesen einer den aktuellen Erfordernissen gerecht werdenden Entwicklungskonzeption. Das erfolgte besonders in der Auseinandersetzung mit den Meldungen aus der UVR und der VRP und betraf nicht selten die Substanz des Sozialismus.* (Sektion ML) ... *Im zunehmenden Maße bewegte die Kollegen und Studenten die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft, ... die Frage, ob es noch eine gemeinsame Strategie ... gibt oder jedes Land das macht, was ihm gerade Vorteile verspricht.* (Sektion Pflanzenproduktion) Dieses bezog sich sogar besonders auf die UdSSR, die mit kapitalistischen Konzernen kooperieren ... wolle.¹⁵⁵

Die Sektion Germanistik und Kunstwissenschaften hob die „große Offenheit und Ehrlichkeit der Aussprache“ auf dem Kongreß der Volksdeputierten hervor, wobei allerdings auch sie Beiträge wie die von Aitmatow oder Sacharow stark in Frage stellte.

Mitarbeiter des Instituts für Arbeitsmedizin formulierten, *daß die große Sympathie [gemeint ist: für Gorbatschow – die Autoren] im außenpolitischen Bereich ... nicht mit außenpolitischen Erfolgen Schritt hält. – Das wurde ... von der Sektion Fremdsprachen auch als Folge bewußter Störversuche der sich in ihren Privilegien bedroht fühlenden Bürokratie interpretiert.*¹⁵⁶

Zum letzten Mal wird der hier besprochene Sachverhalt in dem – wie fast immer undatierten – Informations-Bericht über den Monat September behandelt, nun allerdings erst an vorletzter Stelle. Inzwischen sind die inneren Probleme der DDR offenbar so drängend geworden, dass der Blick nach draußen bei weitem nicht mehr so stark im Vordergrund steht. Dennoch wird jetzt und wohl eben gerade zu diesem Zeitpunkt von den *in sozialistischen Ländern vor sich gehende[n] Umwälzungsprozesse[n] und deren mögliche[n] Auswirkungen auf unsere Republik*“ gesprochen. ML-

148 dieses und das Folgende: a. a. O.

149 ApP Mai 1989, S. 6

150 Zsf. Mai 1989, S. 4

151 ebd., S. 5

152 ebd., S. 4

153 Zu beiden folgenden Absätzen: ApP Juli 1989, S. 5 ff. – Dort auch die folgenden Zitate.

154 a. a. O.

155 ebd., S. 6

156 die drei letzten Zitate: ebd., S. 7

Mitarbeiter wiegelten ab und meinten, *daß der Wandel gern überbetont werde*.¹⁵⁷

Im Blickpunkt stand Ungarn – mit vollem Recht, denn dort hielten sich zu dieser Zeit mehrere tausend DDR-Bürger auf, die auf ihre Ausreise hofften, oder – je nach dem Zeitpunkt der Niederschrift des betreffenden Textes – bereits nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik Deutschland ausgereist waren.¹⁵⁸

Die meisten Stellungnahmen und entsprechende Fragen gab es jedoch zum Gang der Dinge in der VR Polen, ... weil wir mit diesem Nachbarn politisch, wirtschaftlich und militärisch eng verflochten sind; ... (einige) äußerten die Ansicht, daß die „Solidarnost“ [sic!] de facto die Macht übernimmt ... und Es stand bereits die Frage, ob man noch von einem sozialistischen Land sprechen könne, wenn sich kommunistische Parteien legal die Macht aus der Hand nehmen lassen.

Die letzte Seite des allerletzten vorliegenden Textes spiegelt viel Resignation der Berichtenden, auch wenn der ORZ-Direktor meint, dass dort politische Stabilität bestehe.¹⁵⁹

4.2.3. Die Ablösung Ulbrichts als Erster Sekretär

Die Ablösung Walter Ulbrichts vom Amt des Ersten Sekretärs des ZK war das Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen Ulbricht und der Mehrheit des Politbüros, die dabei von der sowjetischen Parteiführung unterstützt wurde. Es war ein persönlicher Machtkampf zwischen dem alternden Walter Ulbricht und seinem politischen Ziehsohn Erich Honecker und es war zugleich eine Auseinandersetzung um politische Konzepte:

- Die Wirtschafts- und Strukturpolitik Ulbrichts förderte Forschung und Technologie und die Entwicklung von Zukunftsindustrien, oft auf Kosten der konsumnahen Produktion und mutete der Bevölkerung Einschränkungen im Lebensstandard zu.
- Gegenüber der Sowjetunion verfolgte Ulbricht einen Kurs größerer Eigenständigkeit und suchte in der „nationalen Frage“ nach Lösungen, die in erster Linie an den Interessen der DDR orientiert sein sollten.

¹⁵⁷ dieses und die folgenden Zitate: ApP, September 1989, S. 6

¹⁵⁸ Unter „Einmischungskampagne der BRD in unsere Angelegenheiten“ wird berichtet, in der Sektion Germanistik/Kunstwissenschaften sei man von 100.000 genehmigten Ausreisearträgen ausgegangen; die Sektion Sportwissenschaft sprach von *einer Massenfucht, die unsere Medien nahezu ungeschehen ließen*. – ebd., S. 4

¹⁵⁹ Zsf. 28. 9. 1989, S. 7

Aktenlage und Forschungen nach der Wende erlauben heute eine genaue Chronologie des Machtwechsels, vor deren Hintergrund wir dann die Informationsberichte der MLU zu diesen Ereignissen befragen wollen.

- | | |
|----------------------|---|
| 8. August 1970 | Gespräch Honeckers mit Breschnew über die Möglichkeit einer Ablösung Ulbrichts |
| 8. September 1970 | Korrektur des wirtschaftspolitischen Kurses im Politbüro, in Abwesenheit Ulbrichts |
| 9.–11. Dezember 1970 | 14. Tagung des ZK (Zentralkomitee) der SED. In seinem Schlusswort versucht Ulbricht, die Kurskorrektur zu relativieren. Die Mehrheit des Politbüros verhindert den Abdruck des Schlusswortes im ND (Neues Deutschland). |
| 21. Januar 1971 | 13 (von 20) Mitgliedern des Politbüros fordern in einem Brief an Breschnew die Ablösung Ulbrichts. |
| 11. April 1971 | Gespräch zwischen Breschnew, Ulbricht und Honecker am Rande des XXIV. Parteitages der KPdSU.

Am 12. April fordert Breschnew Ulbricht auf, zurückzutreten, „auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes“. |
| 3. Mai 1971 | 16. Tagung des ZK. Ulbricht bittet das ZK, ihn von der Funktion des Ersten Sekretärs zu entbinden und schlägt vor, Erich Honecker zum Ersten Sekretär zu wählen |

Der Rücktritt Ulbrichts kam *für die Öffentlichkeit völlig überraschend*.¹⁶⁰ *Selbst geschulte DDR-Astrologen dürften die Bedeutung der Kursänderung [nach dem 14. Plenum] kaum erahnt haben, geschweige denn der normale Leser des Parteiorgans*¹⁶¹

Wie war der Informations- und Diskussionsstand der Mitarbeiter und Studenten der MLU, wie spiegelte sich dieser Machtwechsel in den Informationsberichten?

In den Berichten vom Herbst 1970 gibt es keine Hinweise auf die sich anbahnenden Veränderungen. Die Gespräche in Moskau und die Sitzung des Politbüros im September fanden erwartungsgemäß hier keinen Niederschlag. Vielmehr gab der Oktoberbericht noch breiten Raum für die

¹⁶⁰ H. Weber, Geschichte der DDR, München 1999, S. 275

¹⁶¹ St. Wolle, Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, S. 37

deprimierenden Erfahrungen, die FDJ-Studenten-Brigaden bei einem Arbeitseinsatz in der Sowjetunion gemacht hatten.

Das änderte sich nach dem 14. Plenum des ZK im Dezember 1970. Zunächst werden eine gewisse Unruhe und hektische Aktivitäten auf der Leitungsebene deutlich. Schon am 17. Dezember war ein Fernschreiben des MHF an die Universitäten gegangen, das in Form und Inhalt diese Beunruhigung ausdrückt, nicht zuletzt über die zahlreichen handschriftlichen Randbemerkungen des Prorektorats der MLU:

*zur Auswertung des 14. plenums ... weise ich an, dass mir in Sonderinformationen zu berichten ist zu folgenden Schwerpunkten: 1. Aktivitäten der Leitung 2. Meinungsäußerungen und Diskussionen erste Meldung sofort zum 21. dann 30. 12. 70 u. zum 8. 1. 71*¹⁶²

Diese Sonderinformationen wurden pünktlich gegeben: Mit der Auswertung des Plenums befassten sich an der MLU eine Kollegiumssitzung des Direktors, der Zirkel der marxistisch-leninistischen Weiterbildung, eine Klausurtagung der Prognosegruppe, eine Sitzung des Bereichsrates in der Klinik und in den Instituten. Die Parteileitung und die Leitung der Sektion ML beschlossen detaillierten Maßnahmen zur Auswertung des 14. Plenums. Die Dokumente des Plenums wurden in das Lehrprogramm und die Pflichtlektüre für alle Studenten im Grundlagenstudium aufgenommen. Für eine ausführliche Einschätzung der Aktivitäten und Diskussionen wurde auf den Info-Bericht Januar 1971 verwiesen.

Dieser und die folgenden Berichte informierten nun auch über Diskussionen und Meinungen der Studenten und Mitarbeiter. Gegenüber der Betriebsamkeit der Leitungen reagierten sie eher gleichgültig und wenig informiert. Ihre Auseinandersetzung mit dem Plenum konnte die Berichterstatte noch nicht voll befriedigen. Vor allem gelingt es ihnen nicht, die ganze Tragweite des Dokumentes zu erfassen¹⁶³

Auch im März konnte das Studium der Materialien des 14. und 15. Plenums noch nicht voll befriedigen, so hätten z. B. im Bereich Wiwi/MLO [Wiwi: Wirtschaftswissenschaften] ca. 10 % das Referat des Genossen Walter Ulbricht gründlich und 30–40 % weniger gründlich studiert¹⁶⁴

Unter den Studenten „standen besonders die Probleme der verbesserten Lebensbedingungen in der Diskussion“ (Sektion Wirtschaftswissenschaften). Dabei wurde die angekündigte Verbesserung des Lebensstandards durchweg begrüßt. Kritisiert wurden die überzogenen prognostischen

Arbeiten auf Kosten der unmittelbaren Planaufgaben für 1971, die vernachlässigt worden seien (Sektion Philosophie/Geschichte/Staatsbürgerkunde) sowie die verdeckten Preiserhöhungen.¹⁶⁵

Diese Kritik betraf unausgesprochen Grundsätze und Folgen der Wirtschaftspolitik Ulbrichts. Für Kenner konnten das Hinweise auf bevorstehende Änderungen sein, auch wenn Ulbricht in der hierarchischen Reihenfolge der Redner unverändert an erster Stelle genannt wurde und *die Kerngedanken des Referates Walter Ulbrichts zur Vorbereitung des 8. Parteitages* ausdrücklich als Thema der Diskussion genannt werden.¹⁶⁶

In diesem Zusammenhang steht auch die unschuldige oder listige Bemerkung eines Studenten, die Losung „Überholen ohne einzuholen“ werde in offiziellen Dokumenten nicht mehr verwendet, ohne dass eine Begründung dafür gegeben werde¹⁶⁷.

In dem anderen strittigen Problemfeld, dem Verhältnis zur Sowjetunion, ist die neue politische Linie nicht so widerspruchsfrei angenommen worden. Im März-Bericht¹⁶⁸ gibt es einen ersten Hinweis auf *die politische Orientierung des 14. und 15. Plenums auf die höhere Stufe der Zusammenarbeit mit der SU*. Aber gleichzeitig werden noch bekannte kritische Argumente vorgetragen, wenn es beispielsweise *bei einigen Studienjahren der Sektion Wiwi/MLO Diskussionen zur Führungsrolle der Sowjetunion* [gab]. Von vielen Studenten wurde z. B. *die Führungsrolle nur im Rahmen der historischen Entwicklung gesehen, z. T. zunächst sogar festgestellt, daß heute die Sowjetunion sehr viel von uns lernen könnte. Dabei spielten auch Fragen des Lebensstandards eine Rolle*.

Im Ergebnis der Diskussion kann festgestellt werden, daß die Angehörigen der Martin-Luther-Universität ihre enge Verbundenheit mit der Sowjetunion durch die Gründung von neuen DSF-Gruppen [Deutsch-Sowjetische Freundschaft] dokumentieren. Es wurde herausgearbeitet, dass es jedoch vorrangig ist, daß sich alle diese Freundschaft mit der Sowjetunion zur Herzenssache machen, fasste der Berichterstatte mahnend zusammen.

Das war im April offenbar noch nicht der Fall, denn in den Diskussionen zum XXIV. Parteitag der KPdSU *kamen auch Zweifel, theoretische Unklarheiten und Vorbehalte zur führenden Rolle der SU zum Ausdruck*¹⁶⁹,

165 IB Januar 1971, S. 5f.

166 IB März, S. 4

167 IB März 1971, S. 7

168 IB März 1971, S. 6f. und 11

169 IB April 1971, S. 8f., dort auch die folgenden Zitate

162 UAH, Rep. 7, Nr. 1285, Bl. 782; vgl. Dok. 11

163 IB Januar 1971, Sektion ML, S. 5

164 IB März, S. 11

z. B. die Meinung, die DDR sei unter den sozialistischen Staaten am weitesten entwickelt, *ausschlaggebend ist letztlich doch der Lebensstandard, und hier sei die DDR der SU überlegen*. Solche Meinungen seien in verschiedenen Sektionen zu hören gewesen, *die Genossen des Grundstudiums des Sektion ML schätzten ein, daß diese und ähnliche Meinungen in einigen Seminargruppen der Sektion Pflanzenproduktion von ca. 50–60 % der Studenten toleriert werden und die Studenten keine Auseinandersetzung dazu führen*.

Die abschließende Bewertung des Berichterstatters fällt jetzt sogar skeptischer aus als im März: *Die gewaltigen Leistungen der SU zur Entwicklung des sozialistischen Weltsystems ... wurden noch nicht richtig erkannt. Oft wurden die Schlußfolgerungen aus bestimmten Randerscheinungen abgeleitet (z. B. Niveau DDR–SU). Es bedarf noch der verstärkten Offensive ideologischer Auseinandersetzung*.

Am 4. Mai 1971 meldete das Neue Deutschland die Entbindung Walter Ulbrichts vom Amt des Ersten Sekretärs und die Wahl Erich Honeckers als Nachfolger.

Im folgenden Info-Bericht bringt zunächst die Universitäts-Parteileitung *die volle Zustimmung zu den Beschlüssen der 16. Tagung des ZK der SED zum Ausdruck ... Wir unterstützen einmütig den Dank an den Genossen Walter Ulbricht für sein jahrzehntelanges aufopferungsvolles und erfolgreiches Wirken an der Spitze der kollektiven Führung unserer Partei*. Ein ganz besonderer Dank galt dem Genossen Walter Ulbricht für die unmittelbare Unterstützung der Parteileitung *in komplizierten Klassenauseinandersetzungen an der MLU*.¹⁷⁰

Die Parteileitung hatte bereits vor dem Mai-Bericht in einer Sonderinformation fernschriftlich nach Berlin gemeldet, dass *der Beschluss des 16. Plenums mit Ruhe und Gelassenheit aufgenommen* worden sei, die Meinungsäußerungen seien *sachlich und voll Vertrauen zu unserer Partei* gewesen.¹⁷¹ Beruhigend wurde auch nach Berlin gemeldet, dass einzelne Nachfragen *in der Diskussion geklärt werden konnten*, z. B. die Frage, ob der Genosse Ulbricht die Funktion des Staatsratsvorsitzenden voll ausfüllen könne und ob Honecker der einzige Kandidat gewesen sei.¹⁷²

170 IB Mai 1971, S. 5f. – 1958 hatte Ulbricht direkt in die Auseinandersetzungen um bürgerliche Professoren des sog. „Spirituskreises“ eingegriffen und eine von ihm persönlich geleitete Säuberung der Universität ausgelöst.

171 in: IB Mai 1971, S. 6

172 ebd., S. 7

Aber es traten auch *Unklarheiten bzw. negative Meinungsäußerungen*¹⁷³ auf: Das waren kritische Fragen nach dem wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Leistungsstand der Sowjetunion, die im Vergleich zu westlichen Ländern weit zurückliege, Fragen zum Sinn der sozialistischen Integration und immer wieder zum Lebensstandard.

In der Summe aber stellten die Berichterstatter eine „volle und breite Zustimmung“ zu dem Plenum fest. Die Beschlüssen *wurden begrüßt und als völlig normal und selbstverständlich hingestellt. Die Erklärungen werden als plausibel eingesehen und die Einmütigkeit der Abstimmung wird als besonders positiv hervorgehoben. Von spekulativen Meinungsäußerungen bzw. Einfällen feindlicher Argumente ist kaum etwas bekannt geworden*.¹⁷⁴

Im Juni 1971 scheinen alle Probleme gelöst zu sein. Der Bericht meldet *gute Ergebnisse bei der Klärung von Problemen der sozialistischen Integration. Auch die im Mai genannten Fragen, besonders zum Lebensstandard, konnten weitestgehend geklärt werden und treten nicht mehr so in den Mittelpunkt ...*¹⁷⁵

Auch die Führungsrolle der Sowjetunion scheint nun unbestritten, auch wenn die Beweisführung Zweifel aufkommen lässt: *Daß die Rolle der KPdSU und der SU als Führungszentrum der sozialistischen Integration verstanden wurde, beweist auch die Tatsache, dass von Studenten teilweise massiv die Frage und Forderung nach Vermittlung der Erkenntnisse der Sowjetwissenschaft gestellt wurde. So fragten die Studenten der Zahnmedizin: Warum orientiert der Lehrkörper bevorzugt auf Ergebnisse der USA, der englischen und westdeutschen Medizin? Es ist doch nicht so, dass die USA allein den Welthöchststand in der Medizin bestimmen*.¹⁷⁶

Der 8. Parteitag der SED stand vor der Tür, zum ersten Mal hieß ihr Erster Sekretär nicht Walter Ulbricht. In Sonderinformationen per Fernschreiber am 15.6., 18.6. und 25.6. meldet die Parteileitung nach Berlin: *In allen Sektionen wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Materialien des 8. Parteitages schnell auszuwerten. Es wurde bereits vor dem Parteitag festgelegt, in welchem zeitlichen Ablauf die Dokumente des Parteitages studiert und ausgewertet werden sollen*. Für jede Seminargruppe wurde *ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zur politisch-*

173 ebd., S. 11; vgl. Dok. 12

174 ebd., S. 12f.

175 IB Juni 1971, S. 7

176 ebd., S. 8

ideologischen Betreuung verantwortlich gemacht ... in einigen Sektionen wurden „Konsultationsstützpunkte“ errichtet.¹⁷⁷

Im Juli wird dann von einer „gelungenen Auswertung“ berichtet. In den Diskussionen der Mitarbeiter wird der mit dem 8. Parteitag verbundene *bedeutende Aufschwung des materiellen und geistigen Lebensniveaus auf der Grundlage des raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion* hervorgehoben und von einer neuen Stufe der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gesprochen.¹⁷⁸

Bei den Studenten werden *gute Initiativen beim Studium der Parteitage-dokumente, vor allem im Hinblick auf die Prüfungen, gemeldet ... Die überwiegende Mehrheit der Studenten hat die Bedeutung der Dokumente begriffen*. Es sei aufgefallen, dass *verschiedene Begriffe in den Materialien des Parteitages nicht mehr verwendet worden sind*, z. B. „Planung und Leitung“, aber es gab *keinerlei Fehlerdiskussion*.¹⁷⁹

Gewiss unbeabsichtigt endet die Berichterstattung über die Diskussionen in diesem aufregenden Jahr eines politischen Macht- und Kurswechsels in einer eigentümlichen Resignation: *Was können wir schon tun, wenn wir der Meinung sind, dass die Leitung Fehler macht oder wenn man prinzipiell eine andere Meinung hat als die Leitung? In der UdSSR konnte man doch auch nichts ändern an den Fehlern, die Stalin beging (Einzelmeinung Sektion Medizin) ... Bei allen Entscheidungen müsse das Volk mehr gefragt werden und entscheiden*.¹⁸⁰ Der Kommentar des Berichterstatters zu diesen Meinungen: *In der Diskussion, die unbedingt weitergeführt werden muß, zeigen sich nicht nur verschwommene falsche Einstellungen von der sozialistischen Demokratie, sondern auch der Einfluss feindlicher Propaganda (z. B. Westfernsehen)*.¹⁸¹

Zusammenfassung

1. Die Berichte spiegeln die Entwicklung in der DDR bereits vor dem eigentlichen Machtwechsel wider:
 - Erste Ansätze einer neuen Wirtschaftspolitik mit Stärkung des Konsumbereiches
 - Tendenzen einer neuen Politik gegenüber der SU.

177 UAH, Rep. 7, Bl. 1077ff.

178 IB Juli 1971, S. 6

179 IB Juli 1971, S. 8 und 11

180 ebd., S. 11

181 ebd.

-
2. Die Berichte geben die Argumente und Meinungen und Stimmungen der Mitarbeiter und Studenten vermutlich zutreffend wider:

- Die Veränderungen berührten die Studenten (wie die Bevölkerung überhaupt), relativ wenig, sie waren zu großen Teilen wenig informiert. Am Ende dieses politisch turbulenten Jahres findet diese Stimmung sogar in den Berichten ihren Niederschlag.
- Es gab Sympathie und Hoffnungen gegenüber der neuen Wirtschaftspolitik, es gab Zurückhaltung und Kritik gegenüber dem neuen Kurs beim Verhältnis zur SU
- Gegenüber Ulbricht gab es kaum Bedauern, er ist in der DDR nie ein beliebter Politiker gewesen.

3. Es ging alles seinen realsozialistischen Gang. Wichtige Entscheidungen werden im kleinen Kreis des Politbüros getroffen, nach Absicherung bei und mit Unterstützung der sowjetischen Parteiführung. Information oder gar eine Beteiligung des Volkes finden nicht statt.

4.2.4. Der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR (1972)

Der sogenannte Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR wurde am 8. November 1972 von den beiden Unterhändlern Egon Bahr und Michael Kohl paraphiert. Er regelte nach nur dreimonatigen Verhandlungen grundsätzliche Fragen und konkrete Vereinbarungen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten.¹⁸² Am 21. Dezember 1972 wurde der Vertrag unterzeichnet und im Sommer 1973 von Volkskammer und Bundestag ratifiziert. Dem Grundlagenvertrag waren im Rahmen der „neuen Ostpolitik“ das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (September 1971), das Transitabkommen (Dezember 1971) und der Verkehrsvertrag (Mai 1972) zwischen BRD und DDR vorausgegangen. Der Vertragsabschluß stand zeitlich und z. T. inhaltlich in einem engen Zusammenhang mit den Bundestagswahlen vom 19. November 1972. Die Änderung der DDR-Verfassung (Streichung der „deutschen Nation“ in Artikel 1), auf die sich einige Diskussionsbeiträge beziehen, folgte im September 1974.

Dieser Vertrag hat nach den vorliegenden Informationsberichten bei Mitarbeitern und Studenten der MLU ein ungewöhnlich großes Interesse hervorgerufen. Es fand seinen Niederschlag in einem ebenso ungewöhnlich umfangreichen Austausch der Informationen zwischen der MLU und dem MHF über die Diskussionen und Meinungen zu diesem Thema.

182 Gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Reiseverkehr, Arbeit von Journalisten, Aufgabe des „Alleinvertretungsanspruches“ seitens der BRD bei Aufrechterhaltung des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes.

Über die regelmäßigen monatlichen Berichte hinaus gab die MLU unmittelbar nach der Paraphierung des Vertrages fernschriftlich eine erste Sonderinformation an das MHF, der noch im November eine zweite folgte. Sie wurde ergänzt durch die „Stellungnahme profilierter Wissenschaftler unserer Universität“ zum Vertrag, die in einer neuen Information an Berlin sogleich aktualisiert wurde, als sich die Zahl der Stellungnahmen von 12 auf 25 erhöht hatte.¹⁸³

Die Informationsberichte sind in diesen Monaten von dem Thema „Grundvertrag“ beherrscht, auf 8 Seiten im November und 9 Seiten im Dezember. Diese Thematik berührte bei Studenten und Mitarbeitern wesentliche persönliche und politische Interessen und hatte auch für Partei und Regierung eine herausragende politische Bedeutung. Andere Themen, die unter anderen Umständen einen hohen Stellenwert für die Berichterstattung gehabt hätten, traten in den November- und Dezemberberichten völlig in den Hintergrund.

*Allgemein kann eingeschätzt werden, daß die Studenten den Grundvertrag mit der BRD positiv zur Kenntnis nehmen, ohne sich jedoch in jedem Fall der großen politischen Tragweite bewusst zu sein. Dass der Vertrag ein Erfolg unserer Politik und des veränderten Kräfteverhältnisses ist, wurde z.B. von der Mehrheit der Studenten des 1. Studienjahres Phil/Gesch/Stabü [Philosophie/Geschichte/Staatsbürgerkunde] nicht erkannt und musste als Erkenntnis erst hineingetragen werden.*¹⁸⁴

Es gab noch Unklarheiten, die auf einen ungefestigten Klassenstandpunkt schließen lassen. Sie kamen nach Ansicht des Berichterstatters vor allem in einer falschen Einschätzung der SPD zum Ausdruck, in Äußerungen zur Nationalen Frage und in vielen Illusionen hinsichtlich der Auswirkungen nach Inkrafttreten des Vertrages (S. 6f.).

Was war damit gemeint?

Im Einzelnen ging es in den Diskussionen um folgende Fragen:

Die SPD wurde von den Studenten offenbar überwiegend positiv eingeschätzt. Ihre Politik sei realistischer geworden“ (Sektion Philosophie/Geschichte/Staatsbürgerkunde, S. 5); auch die SPD wolle den Sozialismus erreichen und ihr Weg sei unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der einzig mögliche Weg zum Sozialismus. (Geographie/Polytechnik, S. 9). Auch die von der SPD geführte Regierung wird von einer Reihe von Studenten als positiv bewertet (Marxismus-

Leninismus, S. 7), insbesondere zeige sich *eine deutliche Überschätzung Brandts, dessen Fähigkeiten und politischer Weitblick hoch eingeschätzt wird* (Theologie, S. 6).

In den Diskussionen wird von den Studenten selten erkannt, dass die SPD auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht (S. 7). Deshalb bedürfe *die Politik des friedlichen Koexistenz als Form des Klassenkampfes vor allem hinsichtlich der Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus als imperialistische Ideologie ... unbedingt einer weiteren Behandlung* (S. 8).

Die Nationale Frage erweist sich auch hier als eines der Hauptprobleme der SED. Die zunächst beruhigende Feststellung im November-Bericht, *der überwiegende Teil der Studenten geht aus von der Herausbildung einer bürgerlichen Nation in der BRD und einer sozialistischen Nation in der DDR* (S. 8) konnte im folgenden nicht durchgehalten werden: Es sei bei den Studenten *eine ungenügende Bereitschaft festzustellen, die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten zu akzeptieren, auch wenn es ihnen durch umfangreiche Argumentationen ... erklärt wird. Einzelne Seiten aus dem Begriff Nation wurden herausgegriffen, unzulässig verallgemeinert und als stichhaltige Begründung für die angebliche weitere Existenz einer einheitlichen deutschen Nation angesehen* (Mathematik/Physik, S. 9). Die Meinung von einer einheitlichen deutschen Nation sei mehrfach vertreten worden, wobei sich die Studenten auf Verfassung und Nationalhymne der DDR berufen und die marxistische Definition der Nation als zu abstrakt kritisiert hätten (Musik/Deutsch, Staat und Recht, S. 8).

Im Zusammenhang mit möglichen Touristenreisen in die BRD wurde gefragt, warum wird die BRD als Ausland betrachtet (S. 8) und *warum wir den Standpunkt der Wiedervereinigung und Konföderation verlassen haben*, während doch die KP Koreas auf die Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten orientiere (S. 9).

Von einer anderen Position gingen die Fragen aus, wie man bei so tiefgreifenden Gegensätzen zwischen BR Deutschland und DDR in der nationalen Frage einen solchen Vertrag überhaupt schließen konnte (Wirtschaftswissenschaften, S. 8) und ob die Zusatzdokumente des Vertrages *nicht doch ein gewisses Zurückgehen in unserer Haltung zur nationalen Frage bedeuten* (Staat und Recht, S. 8).

Die *vielen Illusionen*, die bei einem Teil der Studenten bestehen, sind nach Auffassung des Prorektors in einer *ungenügende[n] klassenmäßigen Einschätzung* begründet (S. 6), was sich beispielhaft in Äußerungen wie diesen zeige:

183 IB November 1972, S. 4

184 IB Dezember 1972, S. 5 – Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diesen Bericht.

Wenn unsere Bevölkerung ein so hohes Bewusstsein hat, dann brauchen wir auch den Sozialdemokratismus nicht zu fürchten und die Reisebeschränkungen in die BRD könnten entfallen (S. 6) Oder: Ich habe mich über Brandts Wahlsieg gefreut, weil ich von ihm erwarte, dass er auch mir bald den Besuch meiner Verwandten ermöglichen wird (S. 7).

Die Zusammenfassung im Dezember-Bericht lautet: *Insgesamt zeigte sich, dass mit dem Wahlausgang und der zu erwartenden Vertragsunterzeichnung die Fragen des Reiseverkehrs von und nach der BRD in den Mittelpunkt der Diskussionen mit den Studenten gerückt sind. Nicht klar scheint den Studenten zu sein, warum wir der Frage der politisch-ideologischen Abgrenzung so große Bedeutung beimessen (S. 7).*

Die Argumente und Meinungen der **Mitarbeiter der Universität** unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen der Studenten, aber es gibt Unterschiede. Es fehlen hier die konkreten und zugespitzten Fragen nach Reiseerleichterungen und der Gesichtspunkt des wachsenden internationalen Ansehens der DDR hat bei den Mitarbeitern ein größeres Gewicht. Zugleich werden häufiger die Sorgen angedeutet, welche Auswirkung die Annäherung durch Verträge haben könnte. Bei einem wachsenden Besucherstrom aus der „BRD“ müsse man sich auf neue „vielfältige Argumente“ einstellen und sie verbinden damit den Hinweis, dass *diese sozialdemokratische Ideologie gefährlich ist, da sie nicht immer leicht durchschaubar und widerlegbar ist. Dies erfordert in Zukunft eine äußerst intensive Agitations- und Propagandaaarbeit, damit jeder die Politik unseres Staates eindeutig zu verstehen weiß (S. 3).*

Die Informationsberichte spiegeln besonders bei diesem Thema auch die Stimmungen und den **Standpunkte der Berichterstatter**, also den offiziellen Standpunkt, wider. Die Staats- und Parteiführung stand bei dem Abschluss des Grundlagenvertrages in dem Dilemma zwischen internationaler Anerkennung, die sie seit langem angestrebt hatte und den Gefahren, die mit einer „Annäherung“ verbunden waren.

Die Berichterstatter begrüßten ausdrücklich das große Interesse und die breite Zustimmung, die der Vertrag bei den Studenten fand und sie waren zugleich besorgt, dass die nationale Frage sich verselbständigte und außer Kontrolle geriet und damit die grundsätzliche Frage der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus aus dem Blick geraten würde.

Die Berichte selbst, hier von November und Dezember 1972, können diese Befürchtung bestätigen:

Die einleitende Übersicht des November-Berichtes kündigte folgende Themen an:

-
1. Auswertung der Materialien des 6. und 7. Plenums
 2. Die Friedensinitiative der sozialistischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung
 - a. der Unterzeichnung des Verkehrsvertrages zwischen der BRD und der DDR,
 - b. der Paraphierung des Grundlagenvertrages,
 - c. der Situation vor der Bundestagswahl.
 3. Die fortschreitende Anerkennung der DDR
 4. Die Forderungen nach Beendigung des Vietnamkrieges
 5. Die Vorbereitung des X. Weltfestspiele
 6. Die Lage in Chile
 7. Die Vorbereitung des 50. Jahrestages der Sowjetunion.

Die Absicht ist nicht zu übersehen, dem Grundlagenvertrag seinen angemessenen Platz, nämlich als Aspekt der Friedensinitiative der sozialistischen Länder zu geben. Im Bericht selbst werden dann aber außer der deutschen Frage alle anderen faktisch gestrichen. Sie werden auch im Dezember-Bericht nicht wieder aufgenommen. Die hier zusätzlich genannten Themen (immerhin ein Beschluss des Politbüros zur Weiterentwicklung der Propagandaaarbeit in der DDR und ein Interview Erich Honeckers mit dem USA-Korrespondenten Sulzberger) werden auf 6 Zeilen beschränkt, während der Grundlagenvertrag erneut ausführlich auf 9 Seiten behandelt wird.

Die Berichterstatter fassten die Problematik sicherlich zutreffend selbst zusammen: Die breite Unterstützung des Grundlagenvertrages ist zu begrüßen, *es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass gegenwärtig die Resonanz und Meinungsäußerung zu Problemen der sozialistischen Entwicklung in der DDR, der sozialistischen Staatengemeinschaft, ja selbst zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele ungleich geringer ist als gegenüber den mit dem Grundvertrag bzw. dem Ausgang der Bundestagswahlen zusammenhängenden Fragen. In den Diskussionen gewinnt man häufig den Eindruck, dass das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD als ein relativ selbstständiges Problem aufgefasst wird. Es zeigt sich hierbei die offensichtliche Notwendigkeit, in den Diskussionen mit den Studenten die Probleme des Verhältnisses DDR/BRD verstärkt vom Standpunkt der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, darin eingeschlossen die DDR und die internationale Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus zu stellen und zu beantworten (Sektion M/L).* (S. 10)

Die konkrete und aktuelle Sorge hieß: Wie halten wir stand, wenn mit Reiseerleichterungen für Westdeutsche eine *verstärkte Konfrontation mit feindlichen Argumenten bevorsteht*,¹⁸⁵ wo doch viele Erfahrungen mit Studenten *auf einen ungefestigten Klassenstandpunkt schließen lassen*.¹⁸⁶

Im Dezember-Bericht kommen Verunsicherungen auch bei den Kadern zum Ausdruck. Was sollten sie sagen, wenn, beispielsweise, die Studenten in einer Diskussion um die einheitliche deutsche Nation auf Verfassung und Nationalhymne der DDR verweisen oder wenn sie bei dem brennenden Problem des Reiseverkehrs mit Informationen aus westlichen Medien argumentieren, die *in glaubhafter Form vorgebracht* wurden, so dass *es nicht möglich ist, solche Behauptungen ... als Gerücht oder Verleumdung zurückzuweisen*?¹⁸⁷

4.2.5. Perestrojka und Glasnost

Im März 1985 starb Konstantin Tschernenko, Generalsekretär der KPdSU, und Michail Gorbatschow wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

Der XXVII. Parteitag der sowjetischen Partei (Februar 1986) leitete einen weitreichenden politischen Veränderungsprozess ein. „Perestrojka“ (Umbau, Umgestaltung) und „Glasnost“ (Offenheit, Transparenz, Öffentlichkeit) sollten die allgemeine Krise der Sowjetunion überwinden und zusammen mit einer schonungslosen Abrechnung mit dem Stalinismus grundlegende Reformen in Wirtschaft, Politik und Kultur ermöglichen.

Die DDR-Führung hatte den neuen Generalsekretär in brüderlicher Verbundenheit begrüßt und unterstützte ausdrücklich seine Außen- und Abrüstungspolitik.

Auf die Beschlüsse des XXVII. Parteitages im März 1986 reagierte sie zunächst reserviert und ging dann zunehmend auf Distanz und kaum verdeckte Ablehnung, je deutlicher es wurde, welche Gefahren mit der neuen Politik für die eigene politische Existenz verbunden waren.

Was wurde aus der Martin-Luther-Universität in Halle über Diskussionen und Meinungen zu der neuen Politik in Moskau berichtet?

Die Studenten haben *durchweg begrüßt, daß mit Michail Gorbatschow ein sehr rüstiger und bewährter wie weitblickender Genosse an die Spitze der KPdSU getreten ist. Mit Interesse wurden in dessen bisherigen Äußerun-*

185 Sonderinformation 3, in: IB November 1972, S. 28

186 IB Dezember 1972, S. 7

187 Anlage zum IB Dezember 1972, S. 5

gen die Gedanken zur Lösung innenpolitischer Probleme verfolgt.¹⁸⁸ Seine Verhandlungen mit Reagan stießen auf ein *großes, ja außergewöhnliches Interesse*.¹⁸⁹ Die persönliche Ausstrahlung, sein Auftreten in der Öffentlichkeit, die Souveränität der freien Rede, bei Generalsekretären höchst ungewöhnlich, fanden überraschte begeisterte Zustimmung. *Die prinzipielle und flexible Verhandlungsweise des Generalsekretärs der KPdSU beim Genfer Treffen*¹⁹⁰ *im Interesse des Weltfriedens fand unter den Universitätsangehörigen uneingeschränkte Anerkennung. Die Sektion Mathematik vermerkte dazu, sein mitreißendes, überzeugendes Auftreten und das der von ihm geführten Delegation dürfte in breiten Kreisen der westlichen Öffentlichkeit zu mehr Verständnis für unseren Kampf für Frieden und Abrüstung geführt haben. Übereinstimmend wurde aber vor allem hervorgehoben, dass die konstruktive Arbeit des Gen. Gorbatschow, der gemeinsamen, abgestimmten Politik der sozialistischen Länder in den entscheidenden Fragen unserer Epoche entsprach*.¹⁹¹ Der letzte Satz fällt auf, er wirkt aufgesetzt, wie eine vorausseilende Befürchtung, es könnte auch anders kommen.

In diesen ersten Monaten des neuen Generalsekretärs widmen sich die Berichte fast ausschließlich der Außen- und Sicherheitspolitik, die uneingeschränkt die Zustimmung der SED fand. Der Berichterstatter begrüßt, dass in den Diskussionen der Studenten und Mitarbeiter *vor allem die Überzeugung gefördert [wird], daß der Sowjetstaat seine Politik, besonders die Friedenspolitik, konsequent und konstruktiv fortsetzen wird*.¹⁹²

Die Beziehungen zur Sowjetunion und ihrer Führung waren noch unbeschädigt. Als im Mai 1985 der 40. Jahrestag der Befreiung begangen wurde, stellte die FDJ-Studentengruppe ihre Veranstaltungen unter die Losung „Freundschaft zur Sowjetunion – Prüfstein revolutionären Handelns“.¹⁹³

Auch im Januar konnte der Berichterstatter sagen, dass die Stellungnahmen aus allen Kreisen der Universitätsangehörigen *sich voll mit den offiziellen Einschätzungen decken*.¹⁹⁴ Aus dem gewohnten Rahmen fielen nur *einzelne Fragen nach der Rolle Stalins im 2. Weltkrieg und zum Per-*

188 ApP März 1985, S. 6

189 DuM/Zsf. Dezember 1985, S. 2

190 das Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow vom 19.–21. November 1985

191 DuM/Zsf. November 1985, S. 3

192 ApP März 1985, S. 6

193 ApP Mai 1986, S. 2

194 ApP Januar 1986, S. 3

sonenkult sowie zur Ost- und Westgrenze Polens, die im Anschluss an eine neue sowjetische Fernsehfolge „Strategie des Sieges“ gestellt wurden.¹⁹⁵

Der März-Bericht 1986 enthält die ersten Informationen über Diskussionen und Meinungen zum XXVII. Parteitag der KPdSU: *Unter den Universitätsangehörigen ist die Ansicht ausgeprägt, dass wir in den Tagen des XXVII. Parteitages der KPdSU Zeugen eines historischen Vorgangs wurden ... Die meisten gehen schon heute davon aus: Die gefassten Beschlüsse bedeuten eine gewaltige Initiative des Sowjetlandes, in allen Lebensbereichen einen entschlossenen Schritt nach vorn zu tun.*¹⁹⁶

Diese hohe Erwartung wird inhaltlich nicht ausgefüllt. Es hat zu dieser gewaltigen Initiative entweder keine Diskussionen gegeben oder es wird noch nicht über sie berichtet. Es folgt zu diesem Thema nur eine Mitteilung aus der Sektion Chemie und Polytechnik, die freilich interessant ist einmal wegen ihrer für diese Berichte typischen Sprache und zum anderen inhaltlich, weil hier zum ersten Mal die künftigen Schwierigkeiten der SED mit der Politik der Bruderpartei angedeutet werden: *Die Sektion Chemie und Polytechnik signalisiert die Tendenz, aus der offenen kritischen Analyse im Politischen Bericht des Generalsekretärs der KPdSU analoge Schlüsse für die Politik in unserem Lande ziehen zu wollen. Die Arbeits- und Studienkollektive folgen jedoch in zunehmendem Maße der Stellungnahme des Politbüros des ZK der SED zum XXVII. Parteitag der sowjetischen Kommunisten und sind bestrebt, sich anhand seiner Dokumente über die konsequente Erfüllung der Beschlüsse unserer Partei über den wachsenden Beitrag zur wachsenden Stärkung der DDR und damit zur Sicherung des Friedens zu verständigen.*¹⁹⁷

Im Mai war ist es offenbar leichter, mehr zum Parteitag der KPdSU zu sagen, denn im April hatte der XI. Parteitag der SED getagt und im Lichte seiner richtungweisenden Stellungnahmen konnte jetzt konkreter über die sowjetische Politik gesprochen werden:

Als „wichtige Aspekte“ der Diskussionen werden genannt:

- der bedeutende schöpferische Beitrag der KPdSU zum Marxismus-Leninismus.
- die Pionierrolle der UdSSR.
- das offene Aussprechen von Problemen als Ausdruck der politischen Stärke.

195 ApP Mai 1985., S. 4

196 ApP März 1986, S. 6

197 ebd., S. 6f.

- „persönliche Folgerungen für Disziplin, Effektivität der Arbeit, Ehrlichkeit usw.“¹⁹⁸

*Nach wie vor herrschte der starke Eindruck vor, den die Konkretheit der Einschätzungen und der weitgesteckten Ziele hinterließen. Zunehmend kam die Frage auf, ob letztere überhaupt zu erreichen sind, da dazu grundlegende Veränderungen auf vielen Gebieten erfolgen müssten.*¹⁹⁹ Dabei rückten wir²⁰⁰ die beispielsweise im Vergleich mit der DDR in mancher Hinsicht schwierigen Verhältnisse der UdSSR ins Blickfeld, was offenbar den Hinweis aus der Sektion Pflanzenproduktion hervorrief, *Überlegenheitsdenken von unserer Seite ist unangebracht.*²⁰¹

Mit diesen wenigen Mitteilungen zu Diskussionen und Meinungen zum XXVII. Parteitag war im Mai 1986 der offizielle Diskussionsrahmen für die nächsten Jahre gegeben und zugleich das Dilemma beschrieben: Die SED erkannte klar die Gefahren, die da für sie heraufzogen und sie konnte gleichzeitig, aus historisch-ideologischen wie aus machtpolitischen Gründen, auf die Führungs- und Schutzmacht Sowjetunion nicht verzichten. Sie musste von jetzt an einen komplizierten Kurs zwischen Ablehnung und Anerkennung steuern.

Spätesten seit 1986 ist die Entwicklung in der SU (und zunehmend auch in den sozialistischen Bruderländern, in denen die Entwicklung oft nicht weniger bedrohlich für die SED verlief; insbesondere über Polen und Ungarn wurde diskutiert) durchgängig Thema in den Berichten. Die Berichtserstatter wiesen immer wieder auf das ungewöhnlich große und steigende Interesse hin. *Die in der UdSSR seit dem XXVII. Parteitag eingeleiteten tiefgreifenden Veränderungen übten ein weiteres Mal nachhaltigen Eindruck auf das politische Bewusstsein der Universitätsangehörigen aus.*²⁰²

Unter wechselnden Überschriften wurde seit März 1987 ständig zu diesem Thema berichtet: „Positionen zum innenpolitischen Kurs in der UdSSR“ (Mai 1987), „Fragen zum jüngsten KPdSU-Plenum“ (Juli 1987), „Bemerkungen zu Vorgängen in den sozialistischen Bruderländern“ (IB Juli 1988), „Meinungen zur Situation in der SU und zur Geschlossenheit

198 ApP Mai 1986, S. 7f.

199 ebd., S. 8

200 Seit Mitte der 80er Jahre wird von dem Berichtserstatter, dem Informationsbeauftragten beim Prorektor für Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium, häufiger ein nicht erläutertes „wir“ benutzt, das offenbar die staatlich-universitäre und die parteiliche Leitungsebene meint.

201 ApP Mai 1986, S. 8

202 ApP Juli 1987, S. 7

des sozialistischen Lagers“ (Zsf. Juli 1988) „Zu Erscheinungen in den sozialistischen Bruderländern“ (Mai 1989), u.Ä. Obwohl der Umfang der Berichte insgesamt auffallend abnimmt, wächst die Berichterstattung in dieser Rubrik an.

Die Fragen und Aussagen der Studenten wurden jetzt drängender und grundsätzlicher, sie wurden direkter gestellt und weniger in schützende offizielle Sprachmuster verpackt. *Nicht zu übersehen ist aber die von einer vorwärtsdrängenden Position her erhobene Frage, ob wir nicht ähnlich wie die KPdSU Schwachstellen aufdecken und beseitigen sollten. Selbst wenn auf das besonders in der DDR damit verbundene Risiko hingewiesen wurde, befriedigte immer weniger, es bei Erfolgswünschen für die sowjetischen Genossen zu belassen.*²⁰³

*Besonders unsere Studenten werfen unvermindert die Frage nach dem Standpunkt zum innenpolitischen Kurs der KPdSU ... auf, die nicht selten darauf hinauslief, angeblich im Interesse des weiteren Voranschreitens, die Dinge in der DDR ähnlich anzugehen. So wurde im 3. Studienjahr der Sektion Rechts- und Staatswissenschaft geäußert, daß einige in der UdSSR eingeleitete Umgestaltungen auch „für unsere Innenpolitik begrüßenswert wären, um die Mitwirkung der Bürger zu fördern und ihr Vertrauen zu stärken.“*²⁰⁴

*Es liefen noch Fragen darauf hinaus, ob nicht auch in der DDR auf bestimmten Gebieten eine entsprechende Umorientierung zweckmäßig sei. Nach Einschätzung der Sektion Sportwissenschaft bildet den Kern der Äußerungen zu diesem „Dauerbrenner“ aber weniger eine Kopierung des Vorgehens in der Sowjetunion als vielmehr eine Presse- und Medienpolitik, die die Probleme unserer eigenen Entwicklung und unserer eigenen Realität konkret und konstruktiv erörtert. Trotz unserer besonderen Lage an der Frontlinie der beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme besteht vielfach die Ansicht, daß dies zu einer höheren Wirksamkeit der sozialistischen Demokratie führen und damit auch die politische Stabilität nicht in Frage stellen würde.*²⁰⁵

In diesen Diskussionen um den „Dauerbrenner“ meint man oft die alte Losung „Von der Sowjetunion lernen – heißt siegen lernen“ mitzuhören und nicht selten ergeben sich hier *politische Fragen, deren Beantwortung sich selbst für die Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde als problematisch erwies.*²⁰⁶

203 DuM/Zsf. März 1987, S. 5

204 ApP Mai 1987, S. 6

205 ApP Juli 1987, S. 7

206 ApP November 1988, S. 6

Wenn offizielle Positionen zu diesem Thema vorgetragen wurden, gelegentlich aus den Sektionen, häufiger vom Berichtersteller selbst, werden drei Tendenzen deutlich:

1) Die Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion wird ohne Einschränkung unterstützt, die Verhandlungen Gorbatschows mit Reagan, seine Auftritte und Argumentation in westlichen Ländern finden höchstes Lob. Er wird der „glänzende Sachwalter“ der sowjetischen Friedenspolitik genannt.²⁰⁷

Zustimmung findet auch der „Kurs der beschleunigten ökonomischen Entwicklung“ (so der formelhaft wiederholte Topos), der aber an keiner Stelle in seinen Inhalten und Erscheinungsformen beschrieben oder erläutert wird.

2) Es wird eingeräumt, dass gegenwärtig ein „historischer Prozess tiefgreifenden politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen“ begonnen habe, den es „durch die schöpferische Anwendung des Marxismus/Leninismus fortzusetzen“ gelte²⁰⁸ und der auch die „Überarbeitung der entsprechenden Lehrkonzeptionen“ notwendig mache.²⁰⁹

In diesem Prozess verfüge auch die SED über eine flexible Strategie. Es wurde klargestellt, daß dabei die Bruderstaaten voneinander lernen, ohne die Erfahrungen anderer unbesehen zu übernehmen.²¹⁰ Die Begründung dafür, dass kein Anlass bestehe, die Politik der sowjetischen KP zu übernehmen, wurde den „Offiziellen“ offenbar immer wieder abverlangt: *Wir verwiesen ein weiteres Mal auf die unterschiedlichen Methoden bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechend den konkreten historischen Bedingungen in der UdSSR und in der DDR. Im letzten Jahrzehnt sei in unserem Lande ein Aufstau von Problemen nicht zugelassen worden, weshalb auch nicht die Aufgabe steht, eine gesellschaftliche Vorkrisensituation zu bewältigen.*²¹¹

3) Bei aller mehr oder weniger offenen Kritik am Kurs der KPdSU wird immer wieder auf die „grundlegende Übereinstimmung“ (Honecker auf dem 7. Plenum des ZK im Januar 1989), auf die Verbundenheit und gute Zusammenarbeit hingewiesen, die *langfristig angelegt und von großer Verlässlichkeit* geprägt sei, so im November 1988 nach einem Arbeitsbe-

207 ApP März 1987, S. 6

208 ApP November 1988, S. 3

209 DuM/Zsf. November 1987, S. 3

210 DuM/Zsf. März, 1988, S. 4

211 ApP Juli 1988, S. 7

such Honeckers in Moskau.²¹² Im Januar des folgenden Jahres wurde sogar von einer *sich immer enger gestaltenden Zusammenarbeit zwischen der SED/KPdSU-DDR/SU* gesprochen. *Damit wurde volle Klarheit geschaffen, daß wir uns – entgegen den Darstellungen von Westmedien – nicht absondern, sondern eine solche Zusammenarbeit gestalten, wie sie es kaum ein zweites Mal gibt*²¹³

Die Studenten gaben sich mit diesen offiziellen Erklärungen immer weniger zufrieden und forderten klare und eindeutige Stellungnahmen:

*Die Studenten erwarten hinreichende Antworten zur planmäßigen und allseitigen Entwicklung des Sozialismus in der UdSSR.*²¹⁴ *Wir hatten wieder die Frage zu beantworten, warum es in unserer Presse ... keine Stellungnahmen und Kommentare gab, die zur eigenen Standpunktfindung hätten beitragen können.*²¹⁵

Auch Studenten der Sektion ML und der ABF forderten deutliche Standpunkte im Meinungsstreit, sogar vom „Neuen Deutschland“, *von dem sie doch gewohnt sind, eindeutig orientiert zu werden.*²¹⁶

Ihren Höhepunkt fanden diese Diskussionen im November 1988 als „Sputnik“ von der Postzeitungsliste gestrichen wurde.

Bereits vor Beginn der „Perestrojka“ war der „Sputnik“ in der DDR oft gelesen worden, viele hatten ihn abonniert. Nach 1986 konnten die Bürger der DDR hier von den aufregenden Veränderungen in der SU lesen, von der Enthüllungen der Verbrechen Stalins und der Rehabilitierung einst verfehmter Künstler und Schriftsteller.²¹⁷ Am 19. November brachte das „Neue Deutschland“ eine kurze Mitteilung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen, die große Teile der Bevölkerung der DDR sehr erregte: Der „Sputnik“ war von der Postzeitungsliste gestrichen worden. Bereits das Oktoberheft des „Sputnik“ war nicht ausgeliefert worden, weil hier Parallelen zwischen Hitler und Stalin gezogen worden waren.

Unter den Studenten und Mitarbeitern löste diese Entscheidung „stärkere Emotionen“ aus, eine offenbar eher zurückhaltende Formulierung, denn *Ausmaß und Intensität der Diskussion beeinträchtigten die politisch-ideologische Arbeit und drohten, wichtige Entwicklungen in der Weltpolitik*

in den Hintergrund zu drängen ... Sogar Studenten in der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie hätten gegen die Maßnahme protestiert. Das sei *nicht die Art, sich mit den Veränderungen in der SU kritisch auseinander zu setzen, sondern Bevormundung* hieß es in einer Stellungnahme des ORZ.²¹⁸

Der Berichterstatter hatte schon früher aufzuklären versucht: *Daß das letzte Heft „Sputnik“ und auch andere Zeitschriften in der DDR nicht immer ausgeliefert wurden, erklärten wir damit, dass in der Sowjetunion gegenwärtig auch manches geschrieben wird, was nicht unsere Billigung finden kann.* Und er hatte sogleich hinzugefügt: *Unabhängig davon fand die dort auf Initiative der KPdSU vor sich gehende Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus und des politischen Systems nach wie vor volle Sympathie und Unterstützung.*²¹⁹

Noch im Januar 1989 wurde von intensiven Diskussionen über „Sputnik“ berichtet, in die *auch Partei und staatliche Leitungen sich offensiv eingeschaltet* haben und die *von einer starken Emotionalität getragen* [waren], *in der verbreitet Unverständnis über die Entscheidung geäußert wurde. Es war nicht zu übersehen, daß teilweise diese Diskussion auch auf unsere Medien- und Informationspolitik allgemein ausgeweitet wurde.*²²⁰

Die Frage die von Anfang an über allen Diskussionen über Perestrojka und Glasnost²²¹ gestanden hatte, wurde zum ersten Mal im Mai 1989 offen ausgesprochen, im Anschluss an eine neuerliche Diskussion über die Entwicklung in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern: *Es erhob sich die Frage, wie unter den gegebenen Umständen die Stabilität in unserer Republik auch künftig zu sichern ist.*²²² Im Bericht wurde darauf keine Antwort gegeben und im Grunde war die Frage zu diesem Zeitpunkt auch schon beantwortet.

4.2.6. Umweltschutz/Ökologie

Umweltschutz oder Ökologie war in den Berichten bis in die 80er Jahre kein Gegenstand von Diskussionen und Meinungen. 1972 wurde die Um-

218 DuM/Zsf. November 1988, S. 4; vgl. Dok. 34

219 ApP November 1988., S. 4

220 ApP Januar 1989, S. 3

221 Auch diese Begriffe, die in der östlichen wie in der westlichen Welt populär waren und die auch in der DDR auf T-Shirts gedruckt wurden, werden im Mai 1989 zum ersten und einzigen Mal in den uns vorliegenden Berichten ausgesprochen (ApP Mai 1989, S. 6 und DuM/Zsf. Mai, S. 6).

222 ApP Mai 1989, S. 6

212 ApP November 1988, S. 3

213 ApP Januar 1989, S. 1

214 DuM/Zsf. März 1987, S. 5

215 ApP Juli 1988, S. 7

216 DuM/Zsf. Mai 1988, S. 5

217 dazu St. Wolle, S. 294

weltproblematik einmal erwähnt im Zusammenhang mit der UNO-Umweltkonferenz, zu der die DDR nicht eingeladen war, was in einer Diskussion als „Diskriminierung unserer Republik“ bezeichnet wurde, weil doch die Wissenschaftler der DDR *seit Jahren auf diesem Gebiet verantwortungsvoll arbeiten und bedeutende Ergebnisse erzielt haben*²²³

Der Juli-Bericht 1973 enthält eine Anlage *Erfassung von Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes*. Hier werden Gremien, Forschungs- und Lehrvorhaben und eine „Woche der sozialistischen Landeskultur“ aufgeführt.²²⁴

1983 gab es noch unter dem Thema „Kommunalpolitik Halle“ den Hinweis: Es *häuften sich zeitweilig Klagen über die Verunreinigung der Luft, die oft mit ernster Besorgnis um die Gesundheit verbunden waren, so wird jetzt in zunehmendem Maße die Sauberkeit der Stadt insgesamt kritisiert*.²²⁵

Der Beginn einer politischen Diskussion dieses Themas zeigte sich erst im Mai 1986 an, als in der Sektion Mathematik kritisiert wird, auf dem (X.) Parteitag sei zu wenig zu den Fragen des Umweltschutzes gesagt worden.²²⁶

Nach der Einschätzung der Sektion ML sind aber *die zunächst aufgetretenen Fragen zur Umweltproblematik, zum Wohnungsbauprogramm, zur Berlin-Initiative der FDJ u. a. im großen und ganzen geklärt*.²²⁷

Ein Jahr darauf, gewinnt die Umweltproblematik deutlich an Bedeutung und an Brisanz:

Zwei Sektionen signalisierten verstärkte bzw. ständige Debatten zum Umweltschutz. Die Diskussion von Vergiftungen im Rhein habe nach einer in die Tiefe gehenden Diskussion in der Sektion Sportwissenschaft bald *auch zu einer Bewertungen der Leistungen im Umweltschutz der DDR geführt* Gleichzeitig habe man sich in der Sektion Pflanzenproduktion mit der Ansicht auseinandersetzen müssen, *daß das Wohnen im Raum Halle immer belastender würde*.²²⁸

Im März 1987 schließlich *ließ sich die Diskussion zu Umweltfragen überhaupt trotz prinzipiellen Stellungnahmen kaum abbauen. Sie reichte bis zu*

*dem Eindruck, dass sowohl in der Presse sowie auch jüngst vor den 1. Kreissekretären*²²⁹ *dieser Seite unseres Lebens „im Gegensatz zur SU oder BRD zu geringe Aufmerksamkeit“ gewidmet würde*.²³⁰

Schließlich wurde das Thema noch einmal, direkt und unbemäntelt, im letzten Jahr der DDR aufgegriffen, im Zusammenhang mit den Diskussionen um Gorbatschows Neue Politik:

*Ausgehend von der Feststellung M. Gorbatschows auf der 43. UNO-Vollversammlung, daß die Industrialisierung traditionellen Typs die Weltwirtschaft an den Rand einer ökologischen Katastrophe führen würde, halten es viele Sektionen für wichtig, im eignen Land dem Umweltschutz mehr Rechnung zutragen. „Was wir in unserem Lande tun, ist unzureichend“ (Sektion Sportwissenschaft). „Zunehmend kritisiert wird unter der Bevölkerung, daß die Übernahme von Müll aus der BRD durch die DDR erfolgt“ (Sektion Pflanzenproduktion).*²³¹

4.2.7. Antisemitismus

Antisemitismus ist in den uns vorliegenden Berichten über Diskussionen und Meinungen an der MLU im Grunde kein Thema.

Zum ersten und einzigen Mal wird dieses Problem im letzten Jahr der DDR erwähnt, im November 1988, unter dem Berichtspunkt „Zum Gedenken in den beiden deutschen Staaten an die faschistische Progromnacht [sic!] vom 9. November 1938“. Dieser Bericht ist aber so charakteristisch für die besondere Problematik dieses Themas in der DDR, dass wir ihn in die Darstellung aufnehmen wollen.

Verbreitet gab es das Bemühen [sich mit] den Vorgängen um die „Reichskristallnacht“ und mit der Judenverfolgung in der Zeit der faschistischen Diktatur intensiver auseinander zu setzen ... Studenten und Mitarbeiter brachten ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, wie unser Staat die Verbrechen des Faschismus geißelt und den jüdischen Mitbürgern Gleichberechtigung und volle Glaubensfreiheit garantiert ...

Einige Kollegen und Studenten zeigten sich von dem Umfang und der Intensität des Gedenkens und der Unterstützung, die den jüdischen Bürgern bei uns zukommt, etwas überrascht. Von den Studenten der Sektion Pflanzenproduktion wurde zudem vorgebracht, dass die DDR nach 40 Jahren plötzlich 100 Millionen Dollar Wiedergutmachung an das Juden-

223 IB Februar 1972, S. 2

224 IB Juli 1973, Blatt 2177 ff.

225 Zsf. Oktober 1983, S. 8

226 ApP Mai 1986, S. 3

227 Zsf. Mai 1986, S. 2f.

228 ApP Januar 1987, S. 6

229 Honecker hatte im März 1987 eine in den DDR-Medien viel beachtete Rede von den 1. Sekretären der Kreisleitungen gehalten.

230 ApP März 1987, S. 5

231 ApP Januar 1989, S. 8

tum zahle, was auf Unverständnis stieß. Auch in der Sektion Wirtschaftswissenschaften wurde im Seminar des MLG von einer Wiedergutmachung und Anerkennung einer Mitschuld gesprochen und befürchtet, dass dadurch Probleme in den Beziehungen zu den arabischen Staaten entstehen und derartige Zahlungen in Israel für militärische Zwecke verwendet werden könnten. Die Gedenkveranstaltungen in unserer Hauptstadt fanden bei den Universitätsangehörigen einen starken positiven Widerhall.

Demgegenüber zeigte besonders die „Gedenkstunde“ im Bonner Bundestag erneut, daß die BRD die faschistische Vergangenheit und damit den Antisemitismus nicht bewältigt hat. So berichtete die Sektion Orient- und Altertumswissenschaften: „Empörende Reaktionen gab es auf die Rede Jenningers vor dem Bundestag, die als ein Beweis für die ungebrochene Kreativität faschistischen Gedankenguts in der BRD gewertet wird“. Derartige Kommentare kamen von den Sektionen Physik, Pflanzenproduktion, Pharmazie und einer Reihe weiterer Struktureinheiten, wobei gleichzeitig die Verschleppung von Strafverfahren gegen Naziverbrecher, die Publikation von neonazistischer Literatur, antisemitische Ausschreitungen u. a. m. verurteilt wurden ...²³²

Was ist hier charakteristisch?

1. Die Tatsache, dass in den uns vorliegenden Berichten über Diskussionen und Meinungen an der MLU die Frage Antisemitismus und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus zum ersten und einzigen Mal im erst letzten Jahr der DDR thematisiert wird und dass offenbar ein großes Bedürfnis an Information und Auseinandersetzung dazu besteht.
2. Das Selbstbild der DDR als der antifaschistische deutsche Staat: *Rassismus und Antisemitismus sind bei uns mit der Wurzel ausgerottet.*²³³
3. Selbst in diesem Kontext (Offizielle Gedenkveranstaltungen zum Gedenken an die sogenannte „Reichskristallnacht“) ist ein verdeckter Antisemitismus zu spüren, den es in der DDR immer gegeben hat.
4. Das Bild der Bundesrepublik als Hort faschistischen Gedankenguts und antisemitischer Ausschreitungen.
5. Die Parteinahme im Nahostkonflikt: für die arabischen Staaten, insbesondere die Palästinenser, und ihren „gerechten Kampf“ und gegen Israel, als „Agent des Weltimperialismus“.

Das Verhältnis der SED zu den Juden im eigenen Lande und der Judenverfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus ist von Anfang an

232 Zsf. November 1988, S. 2f.

233 Klaus Gysi, Staatssekretär für Kirchenfragen, 1984 gegenüber jüdischen Gästen aus den USA, zitiert nach Schröder, S. 553

zwiespältig gewesen. Sie wurden als Opfer des Nazi-Regimes geehrt und wirtschaftlich unterstützt, zugleich wurden die spezifisch jüdische Situation und der Antisemitismus in Deutschland nicht eigentlich thematisiert, sondern im Rahmen der Ideologie des „verordneten Antifaschismus“ behandelt.

Erst in den späten achtziger Jahren gab es Anzeichen einer Änderung, auch eine Abschwächung der aggressiven antiisraelischen Propaganda. In diesem Zusammenhang standen auch die Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Pogromnacht von 1938.²³⁴

5. Zusammenfassung

Der Auftraggeber

Der Auftraggeber, das Staatssekretariat bzw. das Ministeriums für Hochschulwesen hatte seine Erwartungen an die monatlichen Berichte der Hochschulen bereits im September 1955 klar zum Ausdruck gebracht. Er wünschte *Information über die wirkliche politische Stimmung an unseren Hochschulen, die die Regierung befähigen soll, richtig und schnell zu reagieren*, mit dem ausdrücklichen Hinweis: *Auf keinen Fall darf die Mitteilung den Charakter eines Rechenschaftsberichts haben.*²³⁵

Das Ministerium hat diese Erwartung in den folgenden Jahren mehrfach aktualisiert²³⁶ und präzisiert, durch gezielte Anfragen zu bestimmten Themenbereichen²³⁷ oder durch die Praxis, für eine Berichtszeit ein Schwerpunktthema festzulegen.²³⁸ Sie hat sie formalisiert in Fragekatalogen, die

234 dazu im Einzelnen: P. Maser, Juden und jüdische Gemeinden in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, in: Materialien der Enquete-Kommission, 1995, Bd. III.3, S. 1550ff.; M. Wolffsohn, Die Deutschlandakte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995; Th. Hauray, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR; Hamburg 2002

235 Schreiben des Staatssekretariats vom 19.9.1955, s.o. S. 2 – Einer der damaligen Informationsbeauftragten der MLU hat in einem Gespräch diesem Gesichtspunkt bestätigt: Es sollte „keine Hofberichterstattung“ sein.

236 so am 26.8. 1968 oder am 15.1. 1988, s. Dok. 7

237 so mit der „Konzeption für die Studienjahresanalyse 1965/66 der Universitäten und Hochschulen zur politisch- ideologischen Situation unter den Studenten und dem wissenschaftlichen Nachwuchs“, s. Dok. 1

238 so der Vertrag zwischen der Sowjetunion und der BRD vom 12. August 1970 als Schwerpunktthema für den Oktober-Bericht 1970

dann an der MLU vom Rektor oder Prorektor adaptiert und an die Sektionen weitergegeben wurden.²³⁹

Spätestens seit Ende der 60er Jahre wollte das Ministerium umfassend informiert sein über alle Arbeits- und Lebensbereiche der Hochschulen, also auch über Verwaltung, Forschung und Lehre, Planung, internationale Kontakte, Kader, Ausbildung und Weiterbildung und die „Besonderen Vorkommnisse“. Die Informationen über „Allgemeine politische Probleme“ dominieren aber in den monatlichen Berichten deutlich, an Umfang und Stellenwert (i. d. R. werden sie als Punkt 1 in der Agenda abgehandelt).

Hinweise auf sicherheitsdienstliche Interessen oder Gesichtspunkte von Bespitzelung finden sich in den vorliegenden Berichten jedoch an keiner Stelle.

Das Ministerium hat die Berichte aus den Hochschulen durchaus ernst genommen. Dafür spricht schon, dass diese höchst aufwendige Einrichtung bis zum September 1989 beibehalten wurde. Auch Bearbeitungshinweise wie Unterstreichungen oder Randbemerkungen weisen auf die Beachtung der Berichte hin, vor allem aber ihre Zusammenfassungen für die Dienstbesprechungen auf Ministerebene, die monatlich auf der Grundlage der Berichte aus den Hochschulen zusammengestellt wurden.

Die Berichterstatte

Die Berichterstatte²⁴⁰ an der Martin-Luther-Universität sind diesen Erwartungen und Anforderungen des Ministeriums über mehr als drei Jahrzehnte regelmäßig und zumeist in großer Ausführlichkeit nachgekommen.

Ihre Berichte nach Berlin beruhten auf den Meldungen, die die **Sektionen**²⁴¹ in jedem Monat an den Prorektor bzw. an den Informationsbeauftragten der Universität gaben.

239 so in der Weisung vom 22.5.1969 (mit der Anlage 1: Anforderungsspiegel für alle Sektionen) und in der „Weisung zur Erstattung von Meldungen über außergewöhnliche Vorkommnisse“ vom 1.3.1988

240 Mit „Berichterstatte“ meinen wir auch hier nicht nur die Verfasser der Berichte, sondern darüber hinaus die Leitungsebene, und stellvertretend für sie das Kollegium, das mit den Berichten befasst war; – vgl. dazu i. E. das Kapitel Institutionen und Berichtswege.

241 Während der meisten Berichtsjahre sind es um die 20 Sektionen, unter ihnen ABF, Biowissenschaft, Chemie, Erziehungswissenschaft, Germanistik und Kunstwissenschaft, Geschichte/Staatsbürgerkunde, Geographie, Marxismus-Leninismus, Mathematik, Medizin, Musikwissenschaft, Physik, Pflanzenproduktion, Sportwissenschaft, Spra-

Die Sektionen unterschieden sich in ihren Berichten im Grundsatz nicht voneinander, mit Ausnahme der Sektionen Theologie und Medizin, die eher mit Distanz oder auch deutlicher Kritik berichteten, die Mediziner zudem unregelmäßig und unpünktlich, wie das vom Informationsbeauftragtem vermerkt wurde.²⁴² Die andere Ausnahme bildete die Sektion Marxismus-Leninismus. Sie stand erwartungsgemäß enger an der Seite von Partei und Regierung. Ihre Beiträge übertrafen die anderer Sektionen in der Regel deutlich im Umfang und sie wurden auch häufiger als andere Sektionen in den Berichten an das Ministerium zitiert. Auf der anderen Seite brachten sie die Probleme oft klarer „auf den Punkt“ und nannten Mängel beim Namen, denen andere Sektionsberichte gern auswichen. Sie beschrieben als einzige recht genau die zeitweise als beunruhigend empfundene Anziehungskraft, die der „Maoismus“ auf viele Studenten ausübte und sprachen bei Diskussionen, in denen die Politik der Sowjetunion grundsätzlich kritisiert wurde, sehr direkt von „Antikommunismus“²⁴³, was in anderen Sektionen so oder ähnlich nicht ausgesprochen wurde. Auch Mängel in der Arbeitsdisziplin der Studenten oder in der Verwaltung der Universität wurden hier oft deutlicher angeprangert.

Vor die Aufgabe gestellt, zuverlässig über „die wirkliche politische Stimmung“ der Studenten an der MLU zu informieren, standen die Berichterstatte vor **methodischen Problemen**. Ihnen lagen aus den Sektionen keine genauen Angaben darüber vor, **wie viele** Studenten und Mitarbeiter sich denn zustimmend oder ablehnend, gleichgültig oder empört zu bestimmten Ereignissen und Diskussionsthemen geäußert hatten. Sie haben sich offenbar durch ein Schema mit drei Kategorien geholfen: „einzelne Meinung“, „durchschnittliche Meinung“ und „überwiegende Meinung“ und die Zuordnung vorgenommen nach dem Maßstab, wie viele Sektionen von einem Thema oder einer Meinung berichtet hatten.²⁴⁴ Mit diesem Verfahren konnten sie nicht sehr zufrieden gewesen sein und so mag es sich erklären, dass sie in den meisten Fällen zu offenen, wenig präzisen Formulierungen gegriffen haben.

Einige charakteristische Beispiele:

Die Studenten im 1. und 2. Studienjahr äußerten sich positiv zur Entwicklung in der ČSSR – Es wurde die Meinung geäußert ... – An der Sektion

che und Literatur, Staat und Recht, Theologie, Wirtschaftswissenschaft. – Die Sektionen waren 1968 an die Stelle der Fakultäten getreten.

242 Vorlage zum Kollegium am 2.11.1970, S. 2, in: UAH, Rep. 9, Nr. 369

243 Berichte aus den Sektionen, Februar 1972, S. 17 und S. 3, in: UAH, Rep. 9, Nr. 367

244 aus einem Gespräch mit einem ehemaligem Infobeauftragten

Pflanzenproduktion gab es nicht selten die Auffassung ... – Bei einem Teil der Studenten [bestehen] durch eine ungenügende klassenmäßige Einschätzung viele Illusionen. – Oftmals wurde argumentiert ... – In der Versammlung der FDJ (Math/Physik ...) traten auch negative Bemerkungen auf – Wir erachten es auch für notwendig, darauf hinzuweisen, dass in Diskussionen über Nah-Ost-Probleme anti-arabische Einstellungen sichtbar wurden – In der Fachrichtung Mathematik betonten Studenten ... Oder sehr häufig An dieser Stelle einige Meinungen und Argumente zur Fragen der Nation: Es wurde die Meinung vertreten, dass wir noch eine einheitliche Nation sind (3. Studienjahr Staat und Recht) ... Warum dürfen Genossen und Angehörige des Staatsapparates (speziell Lehrer) nicht in die BRD reisen?

Im Allgemeinen haben die Verfasser der Berichte die Angaben der Sektionen überwiegend zutreffend nach Berlin weitergegeben. Es gibt aber durchaus Beispiele für **unkorrekte Zusammenfassungen** und Weitergaben der Informationen. Wir wollen einige wiedergeben, auch wenn sie eher Ausnahmen beschreiben:

In den **Informationsbericht vom Oktober 1970**, der dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und der BRD gewidmet war, wurden gerade abweichende Fragen aus den Sektionen nicht aufgenommen (ob der Vertrag nicht auf eine Stabilisierung des Kapitalismus hindeute – Sektion Pharmazie; ob er die Sowjetunion nicht in eine ökonomische Abhängigkeit von der BRD bringe – Sektion Staatswissenschaft), und obwohl aus den Sektionen ML und Chemie ausdrücklich gemeldet worden war, die Studenten hätten *keinen Klassenstandpunkt eingenommen*,²⁴⁵ vermittelte der Bericht nach Berlin: Die Studenten *haben generell einen eindeutigen Klassenstandpunkt zu dieser Problematik* [des Vertrages – die Autoren] *bezogen*.²⁴⁶

Nach dem **Februar-Bericht 1972** fand ein Interview Honeckers mit der Zeitschrift „Urania“ *ein breites Echo in den Diskussionen* (S. 2). Aus den Sektionen ist aber nur einmal von solchen Diskussionen berichtet worden (Pharmazie).

In Übereinstimmung mit den Sektionsberichten wurde die Politik der VR China verurteilt. Das bereits erwähnte *starke Interesse der Studenten am Wesen des Maoismus*²⁴⁷ fand keine Erwähnung.

Das Thema „Sozialistische Integration“ habe „im Mittelpunkt der Diskussionen“ gestanden, meldet ein Bericht nach Berlin. Von den 19 Sektionen hatte aber nur eine von solchen Diskussionen berichtet, die Sektion ML. Deren Bericht ist dann die einzige Grundlage für Aussagen über die politische Stimmung an der MLU und auch hier „verbessern“ die Berichterstatte: Der Satz, *daß die DDR durch die enge ökonomische Verflechtung mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ökonomischen Schaden erleiden würde* und auch die schwerwiegende Aussage, es sei *in verfeinerter Form ein Antikommunismus deutlich geworden*²⁴⁸, fehlen.

Bei der Lektüre der Informationsberichte der MLU stoßen wir immer wieder auf charakteristische Wendungen, vielleicht kann man auch sagen auf **Grundüberzeugungen der Berichterstatte**, die, in den drei Jahrzehnte der Berichtszeit unverändert, die Mitteilungen über politische Meinungen und Stimmungen der Studenten geprägt haben.

(1) Das ist einmal die **Überzeugung von der Machbarkeit** nicht nur der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch des politischen Bewusstseins der Menschen, hier der Studenten. Die sichere Vorstellung von einer planmäßigen Entwicklung der Gesellschaft auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Gesellschaftstheorie, die allmächtig ist, weil sie wahr ist, wie das in frappierender Einfachheit eine allbekannte Lösung aus der DDR sagte. Es kam nur darauf an, *das Instrument der Partei* (das Institut für Marxismus-Leninismus – die Autoren) richtig einzusetzen und *die weltanschaulich-klassenmäßige Erziehung für die künftige Entwicklungsperiode zentral zu leiten und ... wirkungsvoll durchzusetzen*.²⁴⁹

Wenn es im Verhalten und im Bewusstsein der Studenten Mängel gab, so konnte das für die Berichterstatte nur eine Frage der Zeit sein. Sie erwähnen kaum einen Mangel ohne den Zusatz „noch“: *Noch ungenügend entwickeltes Klassenbewusstsein, – entsprechen noch nicht den Anforderungen, – Zweifel konnten noch nicht restlos beseitigt werden*, diese Formeln könnten Seiten füllen.

(2) Charakteristisch ist auch die **Grundstruktur aller Teilberichte**, sei es über den Ablauf eines Ernteeinsatzes, sei es über die Erfüllung von Maßnahmenplänen oder über den Stand der politisch-ideologischen Weiterbildung: Die Berichterstatte beschreiben zunächst eine positive Entwicklung

245 Informationsrückläufe Oktober 1970., S. 3 und 5, in: UAH, Rep. 9, Nr. 367

246 IB Oktober 1970, S. 5

247 Informationsrückläufe Februar 1972, S. 17, in: UAH, Rep. 9, Nr. 367

248 ebd. S. 7 und S. 3

249 Zwischenauswertung des Rektors und des Akademischen Senats ... vom 22. 4. 1966, S. 14f., in: UAH, Rep. 9, Nr. 167

und stellen neue Erfolge fest und weisen dann mit geradezu formelhaften Wendungen („ohne sie einschränken zu wollen“, „dabei darf aber nicht übersehen werden“, „das soll nicht darüber hinwegtäuschen“...) auf Defizite und oft beträchtliche Mängel hin, deren Darstellung im Umfang weit über die positiven Aussagen hinausgehen können.

Das ist kein irgendwie formalisiertes Berichtsmuster, es scheint den Berichterstattern eher unbewusst und aus langer Gewohnheit so in die Feder zu fließen, gleich, ob sie über die Auswertung des letzten ZK-Plenums oder über den Arbeitseinsatz einer FDJ-Brigade schreiben.

(3) Die Berichterstatter vermitteln den Eindruck, sie glaubten an die Kraft der **Erziehung und Überzeugung**, und es sei ihnen ernst damit, dass nicht Reglementierung und Disziplinarmaßnahmen im Vordergrund stehen dürften, sondern die politisch-ideologische Erziehungsarbeit.²⁵⁰ Immer wieder wird von der Intensivierung der politisch-ideologischen Bildung und Erziehung berichtet, um mehr Studenten zu erreichen, von der Verbesserung der Lehrprogramme und Arbeitsmethoden, von der Qualifizierung der Zirkelleiter, und es wurden für solche Maßnahmen große Anstrengungen, auch große finanzielle Aufwendungen gemacht. Noch im September 1989, traf die *Sektion ML die erforderlichen Abstimmungen, damit die Lehrveranstaltungen im Grundlagenstudium mit noch größerer Wirksamkeit anlaufen.*²⁵¹

Die Auffassung, die DDR sei eine Erziehungsdiktatur gewesen,²⁵² kann von den Informationsberichten her unterstützt werden.

(4) Die Informationsberichte spiegeln die **Dogmatisierung und Bürokratisierung** des politischen Lebens und Denkens in der DDR wider. Die politische und ideologische Führung gab fertige und allbekannte Antworten, die am Leben und Denken der Studenten vorbei gehen mussten:

Als sie im Jahre 1968 ihre drängenden Fragen zu der Entwicklung in der ČSSR vortrugen, stellten die *Seminarleiter folgende Probleme zur Klärung der aufgeworfenen Fragen in den Mittelpunkt: Die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse – Das Wesen der Macht der Arbeiterklasse – Die allgemeine Gesetzmäßigkeit beim Aufbau des Sozialismus und die Aufgaben der Hochschulreform.*²⁵³

250 Anlage zum IB August 1973, S. 2 und 3

251 IB September 1989, S. 1; s. Dok. 40

252 u. a. K. Schröder, Der SED-Staat (1999), S. 618

253 IB Oktober 1968, S. 2

Als die Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Erziehung per Direktive erhöht werden sollte, wurde ein Apparat von Gremien, Ausschusssitzungen, Weisungen und Ausführungsbestimmungen in Gang gesetzt; die Sektion ML sollte festlegen, welche marxistisch-leninistischen Grundprobleme wo und wann unter Berücksichtigung der Klassiker studiert werden, und alle Maßnahmen sollten über das zentrale Leitungsinformationssystem der MLU kontrolliert werden.²⁵⁴

(5) Die **Sprache der Berichte** drückt die angesprochenen Tendenzen und Erscheinungen aus.²⁵⁵

- Es gilt, *den vorhandenen Prozentsatz weltanschaulich gefestigter Studenten zu erhöhen* (Analyse des Studienjahres 1964/65).
- Mit den Rückkehrern aus der ČSSR *werden Aussprachen geführt, das gleiche gilt für 40 slowakische Studenten der Landwirtschaftlichen Fakultät, mit denen bereits ideologisch gearbeitet wird* (IB August 1968).
- Von der Sektion ML *wurde eingeschätzt, dass die Grundtendenz in der Befriedigung über die Festigung der kommunistischen Weltbewegung besteht* (IB Juni 1969).
- Es wurde ein „Welthöchststandsbüro“ für Chemie und eine „Rückständigkeitskommission“ eingerichtet (Anlage zum IB Juni 1969).
- *Die Hauptaufgabe, auf die orientiert wird, besteht darin, eine hohe Effektivität in der Erziehung und Ausbildung durch das richtige Herangehen an die Verwirklichung der Direktive zu erreichen* (IB August 1970).
- *Alle staatlichen Maßnahmen (sind) so anzulegen, dass wir an der Gesamtuniversität mit der Durchsetzung der Direktive stärker in die Breite kommen* (IB August 1970).
- *Daß der Vertrag ein Erfolg unserer Politik ist, wurde ... nicht erkannt und musste als Erkenntnis erst hineingetragen werden.* (IB Dezember 1972).
- *Es wird festgestellt, dass wir der Anordnung des Staatssekretärs über Westreisen und Empfang von Westbesuch sicherlich noch nicht voll ideologisch gewachsen sind* (Sonderinformation 3, IB November 1972).

254 siehe das Beispiel Marxismus-Leninismus, S. 26 f.

255 Die Beispiele sollen nicht als Blütenlese verstanden werden, sondern als Beispiele für einen gewöhnlichen Sprachgebrauch in vielen Berichten.

Die Studenten

Die Studenten, um deren politische Argumente und Stimmungen es hier geht, kommen nie direkt zu Wort, sondern nur über die Berichte der Informationsbeauftragten. Die Vermittlung ihrer Meinungen und Standpunkte durch die verschiedenen Berichterstatter ist nicht problemlos, wir hatten darauf schon hingewiesen.²⁵⁶

Außerdem müssen wir berücksichtigen, in welcher Gesprächssituation sich die Studenten äußerten, nämlich in der Öffentlichkeit der Lehrveranstaltungen und Seminargruppen.

Die kritischen Meinungen werden hier vermutlich nicht oder eher zurückhaltend vorgetragen worden sein, oder mit schwejscher List versteckt in der Sprache des ND.

Die Forderung, die der Juni-Bericht 1973 wiedergibt, wird ihre Berechtigung gehabt haben: *Begrüßt wurde die Forderung, überall eine solche Atmosphäre zu schaffen, dass über alle Fragen offen geredet werden kann und unsere Politik überzeugend vertreten wird, ... ein Klima des Vertrauens, in dem jeder mit seinen Fragen „rauskommt“, richtige Meinungen gefestigt und falsche kameradschaftlich und prinzipiell widerlegt und geklärt werden.*²⁵⁷

An der folgenden Beobachtung des Berichterstatters werden die Schwierigkeiten mit dem „offenen Reden“ noch deutlicher: *Nachdem wir in diesen Fragen [revisionistische Auffassungen – die Autoren] zur Offensive übergegangen sind, [ist] bei den Studenten eine verstärkte Zurückhaltung in den Diskussionen zu diesem Problem zu beobachten.*²⁵⁸

Wir können auf der Grundlage der vorliegenden Materialien keine abgesicherten Ergebnisse von Umfragen zu den Meinungen der Studenten vorlegen, gleichwohl aber nach Tendenzen und Grundlinien fragen, denn die Berichte umfassen einen langen Zeitraum von mehr als 30 Jahren, in denen regelmäßig und sehr detailliert auf einigen tausend Seiten Aussagen über politische Meinungen von Studenten gemacht wurden, und zwar aus der Sicht unterschiedlicher Verfasser und unter wechselnden politischen Umständen.

Wir können sagen, wo in diesen Berichten Studenten sich überwiegend zustimmend zur Politik von Partei und Regierung geäußert haben, wo überwiegend ablehnend und wo eher gleichgültig.

256 s.o., S. 2

257 IB Juni 1973, S. 7

258 IB Mai 1970, S. 11

Überwiegend Zustimmung konnten wir feststellen

- zu „Abrüstung“ und „Friedenspolitik“
- zu jeder Form der Annäherung der beiden deutschen Staaten
- zum Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nach der Ablösung Ulbrichts
- zu allen Befreiungsbewegungen (Nicaragua, Südafrika, Chile, Palästina ...)
- zur Kritik am Vietnamkrieg der USA
- zur Bürgerrechtsbewegung in den USA
- zur Politik der KPdSU unter Gorbatschow

Überwiegend Ablehnung stellten wir fest gegenüber

- der SED-Politik in der Nationalen Frage, der Abgrenzung gegenüber der BRD, der Konzeption von zwei deutschen Nationen
- den Mängeln in der Versorgung und den Problemen des Alltags
- der Beschränkung privater Kontakte zur BRD
- der Informationspolitik der DDR-Regierung
- der Einschränkung der Reisefreiheit
- der führenden Rolle der Sowjetunion (bis 1985)

Überwiegend gleichgültig scheinen die Studenten reagiert zu haben

- auf die offizielle Staatspolitik, auch bei Ereignissen von Rang, wie die Ablösung Ulbrichts
- auf Verlauf und Beschlüsse von Parteitage und ZK-Plenen
- auf Konferenzen und Deklarationen im Rahmen der Sozialistischen Integration

Es fällt bei der Lektüre der Dokumente auf, dass sich die kritischen Stimmen nicht orientieren an theoretischen Entwürfen oder politischen Programmen, wie beispielsweise die studentische Opposition der späten 50er Jahre an der Plattform der Gruppe Harich oder auch an Schriften Rosa Luxemburgs. So spielen auch Namen wie Wolf Biermann, Rudolf Bahro oder Robert Havemann in den Berichten über Diskussionen und Meinungen keine Rolle.

Widerspruch und Kritik der Studenten lassen sich – die Nationale Frage ausgenommen – weniger an prinzipiellen Fragen festmachen als vielmehr an den Problemen des Alltags, an Fragen des Lebensstandards und den Beschränkungen der persönlichen Reisefreiheit.

Die uns vorliegenden Akten können die Auffassung stützen, dass sich die Studentenschaft gegenüber Partei und Staat mehrheitlich loyal verhielt.²⁵⁹ Die Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“, die Montagsdemonstrationen und Runden Tische waren nicht von Studenten ausgegangen. Auch in den stürmischen Tagen im Herbst 1989 blieb es an den Universitäten lange ruhig.

Noch einmal: Die Akten

Der **Stellenwert und die Aussagekraft der Akten** und Dokumente aus der DDR sind nicht unumstritten. Klaus Schröder hat die Diskussion darüber zusammengefasst und seinerseits einfache aber überzeugende Hinweise gegeben: Drei Aspekte sind für die Beurteilung der Aussagekraft eines Dokumentes und letztlich auch eines Aktenbestandes bedeutsam: erstens die Frage nach der Form, in der berichtet wird, zweitens die Frage nach dem, was und worüber der Verfasser berichten konnte (Nähe zum Geschehen), und drittens die Frage danach, was und worüber er berichten wollte.²⁶⁰

Zum Ersten: Die Akten, die unserer Arbeit zugrunde liegen, sind Berichte an eine auftraggebende vorgesetzte Dienststelle, das Ministerium bzw. Rektor und Prorektor, die wirklichkeitsgetreu informiert werden wollte. Sie hatte ihre Erwartung an diese Berichte mehrfach präzisiert und in Anforderungskatalogen zusammengefasst.

Diese Informationsberichte wurden in einem Gremium besprochen und gebilligt und als Vertrauliche Dienstsache bzw. als „Nur für den Dienstgebrauch“ auf dem Dienstwege an den Auftraggeber gesandt.

Zum Zweiten: Die Verfasser der Sektionsberichte standen in unmittelbarer „Nähe zum Geschehen“, der Verfasser der Informationsberichte nur mittelbar, in Einzelfragen musste er sich auf die Zuverlässigkeit seiner Informanten verlassen.

Insgesamt kann man von einer Kompetenz der Berichterstatter ausgehen.

Zum Dritten: Was und worüber die Verfasser berichten **wollten**, ist weniger eindeutig zu beantworten.

259 Schröder, S. 563; 1968 hatte ein Student aus dem Bereich Mathematik/Physik in einer FDJ-Versammlung erklärt, *daß unsere Studenten nicht das Recht besäßen, sich revolutionär zu nennen. Das dürften höchstens die Westberliner und die Studenten in der ČSSR tun*. Der Diskussionsleiter und die Teilnehmer der Versammlung setzten sich mit diesen Argumenten auseinander: *Sie erläuterten die Rolle des westdeutschen Imperialismus und den Inhalt der Globalstrategie*. – in: Informationsbericht vom 1. 10. 1968, S. 1

260 K. Schröder, Der SED-Staat (1999), S. 630

Es musste ihnen daran gelegen sein, den genau und mehrfach ausgesprochenen Erwartungen der vorgesetzten Dienststelle zu entsprechen und sie also über „die wirkliche Stimmung“ zu informieren. Sie mussten es auch als ihre Pflicht als Staatsbürger sowie als Genosse ansehen, die Regierung auf diese Weise zu unterstützen, „schnell und richtig zu reagieren“

Soweit sollte man die Informationsberichte als zuverlässige Quelle betrachten können.

Ihr Wert könnte aber auch wieder in Frage gestellt werden:

Auf die methodischen Probleme bei der Zusammenfassung der Sektionsberichte in einem Informationsbericht hatten wir schon hingewiesen.

Es könnte auch sein, dass mancher Berichterstatter die monatlichen Berichte als lästige Pflicht empfand und sich ihrer gleichgültig und schlampig entledigte.

Andere könnten der Versuchung nachgegeben haben, ihr Institut, ihre Sektion, ihre Hochschule bei den Vorgesetzten in gutem Licht erscheinen zu lassen und die Missstände zu verschweigen, um zu zeigen, wie sie alles im Griff haben.

Es wird gewiss auch das Bestreben gegeben haben, so unauffällig und glatt wie möglich durch diese Berichtspflicht zu kommen, Kollegen nicht zu gefährden und Nachfragen zu vermeiden, also vor allem das zu schreiben, was alle sagten oder schon wussten.

Und wir können uns vorstellen, dass manchem Berichterstatter in festem und bestem Glauben an die gute Sache des Sozialismus der klare Blick auf die Realität verstellt war und er sie durch eine ideologisch konstruierte Scheinwirklichkeit ersetzte, wie Kolakowski das beschrieben hat.²⁶¹

Diese Bedenken sehend, die mutatis mutandis für beinahe jede historische Quelle gelten, meinen wir gleichwohl, dass die Berichterstatter zutreffend über die Argumente, Meinungen und Stimmungen berichtet haben, die sie in ihrem Bereich an der Martin-Luther-Universität feststellen konnten.

261 in: E. Hasselblatt (Hg.), 1984 – Orwells Jahr, Berlin 1984, S. 87f.

Allgemein

Nr.

- UA Halle, Rep. 9, Nr. 167
- 1 Konzeption Konzeption für die Studienjahresanalyse 1965/66 (Fragespiegel des MHF)
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1284
- 2 MHF an MLU vom 27. 2. 69 Schreiben des MHF betr. Berichterstattung und Informationssystem
- UA Halle, Rep. 9, Nr. 369
- 3 Weisung des Rektors vom 22. 12. 69 „Rahmengliederung“ für die Berichterstattung der Sektionen und Institute
- 4 Arbeitspapier Zusammensetzung der „Arbeitsgruppe Information“ an der MLU
- 5 Arbeitspapier Die Sektionen der MLU
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1285
- 6 IB Dezember 1970 Titelseite und „Aktuelle politische Ereignisse“
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1291-4
- 7 Weisung des 1. Prorektors vom 1. März 1988 Weisung zur Erstattung von Meldungen über außergewöhnliche Vorkommnisse

Chronologisch

- UA Halle, Rep. 9, Nr. 167
- 8 Bericht 1965 Bericht über die Ergebnisse des Studienjahres 1964/65 (Ergebnisse der sozialistischen Erziehung der Studenten)
- BArch DR 3.3545
- 9 IB Oktober 1968 ČSSR 1968 und Hochschulreform (mit Randbemerkungen aus dem MHF)
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1285
- 10 IB Oktober 1970 Bericht über den Arbeitseinsatz einer Studentenbrigade in der SU

- 11 Weisung des MHF vom 17. 12. 70 Fernschriftliche Weisung: Sonderinformationen zum 14. Plenum
- 12 IB Mai 1971 Der XXIV. Parteitag der KPdSU und Auswertung des 16. Plenums (Ablösung Ulbrichts vom Amt des 1. Sekretärs)
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1286
- 13 IB Dezember 1971 Friedensnobelpreis für Bundeskanzler Brandt
- 14 IB Mai 1972 Politische Vorbereitung der Olympischen Spiele
- 15 IB Juli 1972 Maßnahmeplan zur politisch-ideologischen Vorbereitung der Olympischen Spiele in München
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1287
- 16 IB Juni 1973 Honecker zum Empfang von westlichen Massenmedien
- 17 IB August 1973 Analyse der Disziplinarverfahren bei Studenten im Studienjahr 1972/73
- 18 IB November 1973 Entwicklung im Nahen Osten, Zionismus
- 19 IB Februar 1974 Krisensituation in den kapitalistischen Staaten und Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1289
- 20 IB Mai 1976 Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien: Eigene Positionen der französischen und italienischen KP
- 21 IB September 1976 Wahlen zur Volkskammer
- 22 IB November 1977 Mängel in der sozialistischen Produktion
- UA Halle, Rep. 7.1290
- 23 Zsf. Nov./Dez. 1977 Preispolitik und sozialistischer Wettbewerb (Versorgung, Intershops und Exquisitläden)
- UA Halle, Rep. 7, Nr. 1291
- 24 IB Juli 1981 Besorgnis wg. konterrevolutionärer Entwicklung in Polen